



Plenarprotokoll

92. Sitzung

Freitag, 18. Juli 2008

Abschaffung der Regionalschulen und rechtliche Gleichstellung der Gymnasien und Gemeinschafts- schulen.....

6755

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2162

Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6755, 6768
Sylvia Eisenberg [CDU]..... 6757
Dr. Henning Höppner [SPD]..... 6759
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6761, 6772
Anke Spoorendonk [SSW]..... 6763, 6765
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 6765, 6773
Dr. Johann Wadepful [CDU]..... 6766
Jürgen Weber [SPD]..... 6768

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für
Bildung und Frauen..... 6769

Beschluss: Ablehnung..... 6774

**Bericht über die Ostseeaktivitäten
der Landesregierung 2007/2008
(Ostseebericht 2008)..... 6774**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2132

Uwe Döring, Minister für Justiz,
Arbeit und Europa..... 6774
Hartmut Hamerich [CDU]..... 6775
Hans Müller [SPD]..... 6776
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6777
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 6778
Anke Spoorendonk [SSW]..... 6779

Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	6780	Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	6799
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Wohnraumför- derung in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holsteinisches Wohn- raumförderungsgesetz SHWoFG)...	6781	Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	6801
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2134		Gesundheitscheck der Gemeinsa- men Agrarpolitik.....	6801
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	6781	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2137	
Gefährdungen durch die Giftmüll- deponie Schönberg.....	6781	Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	6801
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2172		Günther Hildebrand [FDP].....	6802
Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	6781, 6790	Klaus Klinckhamer [CDU].....	6803
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6782, 6788	Ulrike Rodust [SPD].....	6804
Axel Bernstein [CDU].....	6784, 6792	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6805
Olaf Schulze [SPD].....	6785	Lars Harms [SSW].....	6806
Günther Hildebrand [FDP].....	6785	Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	6807
Lars Harms [SSW].....	6787	Konsequenzen aus der Neufassung des § 46 SGB II.....	6807
Hans Müller [SPD].....	6788	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2145 (neu)	
Frank Sauter [CDU].....	6789	Beschluss: Annahme in geänderter Fassung.....	6807
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6790	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags.....	6807
Konrad Nabel [SPD].....	6791	Drucksache 16/2173	
Beschluss: Antrag Drucksache 16/ 2172 und Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt.	6793	Beschluss: Annahme.....	6807
Milchmengensaldierung stoppen.....	6793		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2165			
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6793, 6800		
Claus Ehlers [CDU].....	6794		
Ulrike Rodust [SPD].....	6795		
Günther Hildebrand [FDP].....	6797		
Lars Harms [SSW].....	6798		

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind Monika Schwalm von der CDU-Fraktion und Detlef Buder von der SPD-Fraktion. Weiterhin von diesem Ort aus gute Besserung an die beiden!

(Beifall)

Beurlaubt ist Sandra Redmann von der SPD-Fraktion.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich die Bundesgrenzschutzkameradschaft Lübeck, ehemalige Bundesgrenzschützer, sowie Mitarbeiter und Bewohner der Werkstatt am Drachensee. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Abschaffung der Regionalschulen und rechtliche Gleichstellung der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2162

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Itzstedt im Kreis Segeberg ist vor einem Jahr aus zwei Hauptschulen eine Gemeinschaftsschule gebildet worden. Die beiden Hauptschulen hatten im Jahr zuvor noch zusammen 20 angemeldete Kinder, jede zehn. In diesem Jahr wurden an der Schule 104 Kinder angemeldet, also fünfmal so viel wie vor zwei Jahren.

Die gegenteilige Entwicklung können Sie in der Gemeinde Selent im Kreis Plön beobachten. Selent hat sich für eine Regionalschule entschieden. Entgegen der Prognose des Schulverbandes wurden dort nur 33 Kinder angemeldet.

Auch in Lübeck haben sich mehrere Schulen darum beworben, Gemeinschaftsschule zu werden. Die CDU-Mehrheit im Rat wollte das gegen den Eltern-

(Karl-Martin Hentschel)

willen verhindern. Meine Damen und Herren von der CDU, das Ergebnis dieser Politik ist beeindruckend: Die CDU schaffte es, ihr Ergebnis von 51 % auf 26 % glatt zu halbieren.

Nun wollen Vertreter der CDU in Lübeck aus ihren Fehlern lernen und ihren Widerstand gegen die Gemeinschaftsschule aufgeben. Gut so!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Rasmus Vöge, hat dasselbe gefordert. Gut so! Und der Fraktionsvorsitzende Wadephul hat sich in seinem bemerkenswerten Sommerinterview ebenfalls in diese Richtung geäußert, musste das aber zwei Tage später wieder richtigstellen.

Fazit: Die Regierungspartei SPD und alle Oppositionsparteien lehnen das **Modell Regionalschule** ab. In allen Befragungen lehnt die Mehrheit der **Eltern** diese Schulform ab. In Lübeck und einer Reihe anderer Gemeinden in Schleswig-Holstein wollen die Ratsversammlungen nun die von den Eltern abgelehnten Entscheidungen gegen Gemeinschaftsschulen kippen. Und die CDU, der wir diese ungeliebte Schulart zu verdanken haben, streitet sich intern immer mehr, ob diese Entscheidung richtig war.

Ich frage Sie: Ist es da wirklich noch sinnvoll, dass jetzt, nach den Sommerferien über 30 solche Schulen neu beginnen sollen? Wollen Sie das den Eltern, den Lehrern und vor allem den Kindern wirklich zumuten?

Es gibt einen alten Indianerspruch: Wenn du feststellst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.

(Zurufe)

Herr Wadephul, es ist Zeit. Steigen Sie ab!

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den weiteren Punkten des Antrags. Wer die neu gegründeten **Gemeinschaftsschulen** besucht und mit den Eltern und Lehrerinnen und Lehrern redet, der stellt fest, dass wir noch eine ganze Reihe anderer ungeklärter Probleme mit der Schulreform haben. Die Ursache dieser Probleme liegt nicht in den Schulen. Die Ursache liegt darin, dass die **Schulform** von der CDU nicht gewollt wird und sie sich deswegen nach allen Kräften bemüht hat, den Schulen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, gestatten Sie mir ein Zitat von einer Ihnen gut bekannten linken Bildungsideologin:

„Das dreigliedrige Schulsystem steht für eine Lernorganisation mit möglichst homogenen Schülergruppen und einer Lernförderung nach unterschiedlichen Begabungen. Die internationale Lernforschung kommt in der Mehrheit der vorliegenden empirischen Studie jedoch zu dem Befund, dass sowohl die Leistungsfähigen wie die Leistungsschwächeren in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen größere Lernfortschritte machen. Es kommt entscheidend auf die individuelle Lernförderung an.“

Die linke Bildungsideologin, die das gesagt hat, heißt übrigens Rita Süßmuth und war für die Union einmal Bundesministerin.

(Zurufe)

Wenn sie recht hat - und das ist die Grundidee der Gemeinschaftsschule -, dann müssen wir unter allen Umständen verhindern, dass wir von einer Dreispaltung der Schülerschaft zu einer Zweispaltung kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn dann würde auch die Gemeinschaftsschule zur **Restschule**. Dann gehen in wenigen Jahren zwei Drittel aller Schüler aufs Gymnasium und der Rest wird abgehängt.

Wenn wir das nicht wollen, gibt es meines Erachtens nur einen Weg: Schaffen wir gleiche Chancen für **Gymnasien** und **Gemeinschaftsschulen**! Setzen wir auf einen kreativen Wettbewerb zwischen zwei Schulkonzepten, die beide zum Abitur führen können!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, dass wir fordern, dass Gemeinschaftsschulen und Gymnasien rechtlich gleichgestellt werden sollen. Das gilt für den rechtlichen Rahmen, die Freiheit der Curricula und für die Zugangsberechtigung. Damit fällt auch die Grundlage für die Einschränkung des Elternwillens bei der Wahl der Schulart und für das Querversetzen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch, dass die Entscheidung über die **Länge der Schulzeit**, nämlich G 8 oder G 9, nach der 9. Klasse fällt. Es ist Unsinn, die Schüler schon mit zehn Jahren einzuteilen. Es ist auch Unsinn, den ganzen zusätzlichen Schulstoff in die Jahre der Pubertät zu packen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Karl-Martin Hentschel)

Wenn wir in Zukunft auf **individuelle Förderung** setzen, dann kann nach der 9. Klasse individuell entschieden werden, ob die oder der Jugendliche direkt in die Oberstufe geht oder noch ein 10. Schuljahr als Vertiefungsjahr eingelegt.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt betrifft die **Lehrerinnen und Lehrer**. Es ist ein Unding, dass Lehrerinnen und Lehrer, die an derselben Schule dieselben Klassen unterrichten, auch in Zukunft unterschiedlich bezahlt werden und unterschiedliche Beförderungschancen haben. Es geht auch nicht an, dass Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen mehr unterrichten müssen als Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien, wenn sie die **gleiche Arbeit** tun. Die Unterschiede sind nur dann gerechtfertigt, wenn Lehrerinnen und Lehrer auch unterschiedliche Anforderungen bewältigen.

Wir halten es weiterhin für notwendig, dass alle Gemeinschaftsschulen eine eigene **Oberstufe** haben. Das kann auch bedeuten, dass mehrere Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien eine gemeinsame Oberstufe haben, also ein Oberstufenzentrum. Dabei wollen wir dann auch die **Beruflichen Gymnasien** mit einbeziehen.

Eine solche Lösung ist für die Schülerinnen und Schüler sehr attraktiv, weil dann ein viel breiteres Angebot an **Oberstufenprofilen** möglich ist. Auch musisch-künstlerische Profile, von denen jetzt überall befürchtet wird, dass sie verloren gehen, auch Profile mit seltenen Fremdsprachen wie Chinesisch, Japanisch oder Russisch oder mathematisch-technische Profile, die heute selten angeboten werden, hätten dann eine bessere Chance.

Wenn wir wollen, dass die Jugendlichen an allen Schulen **gleiche Chancen** haben, dann müssen wir auch die unterschiedliche Zusammensetzung der Schülerschaft berücksichtigen. Schulen sind je nach Stadtteil und nach sozialer Herkunft der Schülerinnen und Schüler in unterschiedlicher Weise mit pädagogischen Problemen konfrontiert. Deswegen müssen wir einen **Förderfaktor** einführen, wie es zumindest in Skandinavien üblich ist. Schulen, die Schüler mit Handicap aufnehmen, Schulen, die sich größeren Herausforderungen bei der Förderung von schwachen Schülern stellen, müssen dafür entsprechend zusätzliche Ressourcen bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer A sagt, muss auch B sagen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ach was!)

Wer eine Reform des Schulsystems einleitet, muss auch die **Rahmenbedingungen** dafür schaffen. Die

Blockade gegen die Herstellung von akzeptablen Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsschulen schadet nicht nur den Schulen. Sie schadet auch der Union, wie man an den Wahlergebnissen in vielen Gemeinden sieht, wo sie den Elternwillen ignoriert hat. Ich fordere Sie deshalb auf, unserem Antrag zu folgen, damit wir möglichst noch in diesem Jahr eine entsprechende Novelle des Schulgesetzes verabschieden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hentschel. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Sylvia Eisenberg.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir werden die Debatte gewinnen!)

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir führen fast wieder so ein Ritual durch, wie wir das in diesem Halbjahr mindestens sechsmal gemacht haben. Von den Grünen kommt ein Antrag, entweder das Gymnasium abzuschaffen oder die Regionalschule abzuschaffen, aber zumindest die Gemeinschaftsschulen zu vereinfachen und flächendeckend zu gestalten, und von uns kommt natürlich immer mit entsprechenden Argumentationen eine andere Auffassung. So ist das.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern in ihrem Antrag die **Abschaffung der Regionalschulen**. Ich muss schon sagen, das ist ein starkes Stück. Ihr Antrag, Frau Birk und Herr Hentschel, ist ein Schlag ins Gesicht für alle 35 Regionalschulen mit nunmehr 2.210 Schülerinnen und Schülern, für Lehrer, Eltern und Schulträger, die sich für diese Schulart zum erstmöglichen Startbeginn im Jahre 2008 entschieden haben,

(Beifall bei der CDU)

Schulen, die schlüssige **pädagogische Konzepte** erarbeitet haben, die von ihren Ideen überzeugt sind und die diese jetzt umsetzen möchten. Ich frage Sie, Frau Birk und Herr Hentschel: Warum billigen Sie diesen Schulen nicht das Recht und die Möglichkeit zu, ihre pädagogischen Konzepte mit Leben zu füllen, genau wie wir es bei den Gemeinschaftsschulen tun?

(Sylvia Eisenberg)

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Geben Sie den neuen Regionalschulen Raum und Zeit, ihre Schulen umzustrukturieren! Unterlassen Sie Ihre Anfeindungen, die besonders unfair sind, da sie erfolgen, bevor die Regionalschulen überhaupt ihre Arbeit aufgenommen haben! Hier wird von Ihnen eine Schulart systematisch demontiert. Sie reden die Regionalschule bewusst schlecht, weil sie nicht in Ihr begrenztes ideologisches Bildungsfenster passt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Birk, ich weiß gar nicht, warum Sie nicht reden, Sie haben doch den Antrag gestellt. Es überrascht mich, Frau Birk, dass Sie in Ihrem für mich sehr schwer ernst zu nehmenden Antrag nicht auch gleich die Abschaffung des Gymnasiums fordern. Dann hätten Sie doch das eigentliche Ziel Ihrer ideologischen Vorstellungen, was unser Schulsystem angeht, erreicht.

Ich weiß sehr wohl, dass Sie mit der geforderten **Egalisierung** von **Gemeinschaftsschule** und **Gymnasium** auf allen Ebenen genau diesen Weg beschreiten wollen. Es wäre jedoch ehrlicher gewesen, wenn Sie hier gleich mit offenem Visier gekämpft hätten. Und ich sage Ihnen auch, warum Sie das, was Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung rigoros durchgezogen hätten, heute nicht konsequent fordern: die Abschaffung der Gymnasien. Das **Gymnasium** ist nämlich die Schulart, der die Eltern in unserem Lande die höchste Akzeptanz entgegenbringen - fast 11.000 Schülerinnen und Schüler. Hier hätten Sie den **Elternwillen** mit Füßen treten müssen, was Sie natürlich auch tun würden, wenn Sie die Möglichkeit zur Regierungsbeteiligung hätten oder vielleicht irgendwann einmal haben werden. Gott bewahre uns davor, kann ich da nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es nicht wahr haben wollen: Das **Modell der Regionalschule** ist bereits in neun Bundesländern beheimatet und wird seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Unter den Parteien vor Ort in den anderen Bundesländern ist das Regionalschulmodell unstrittig, weil es gut funktioniert. In Schleswig-Holstein darf dies offensichtlich nicht der Fall sein, weil eine Lübecker Abgeordnete - oder die Grünen insgesamt -, die auch möglicherweise noch von der lokalen Presse dabei unterstützt wird, festlegt, dass die bewährten Strukturen der

Regionalschule in unserem Land scheitern müssen. Wie Sie zu dieser Einschätzung gelangen, Frau Kollegin, ist mir schleierhaft.

(Zuruf von der SPD: Das nennt man Eingebung!)

Meine Damen und Herren, die **Regionalschule** startet mit 35 Schulen in zehn von 14 kreisfreien Städten und Kreisen. Das kann man belächeln und kleinreden, man kann aber auch positiv bewerten, dass es auf Anhieb 35 Schulen sind, vor allem vor dem Hintergrund, dass Regionalschulen ab dem Schuljahr 2010/2011 **flächendeckend als Regelschulen** entstehen werden. Warum sollten sich also Schulen schon jetzt mit pädagogischen Konzepten, Anträgen und dergleichen herumplagen? Ich sage Ihnen, warum: weil sie von der Zukunft dieser Schulform überzeugt sind. Und dafür haben sie unser aller Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt werden im nächsten Jahrgang 2.210 Schülerinnen und Schüler die neuen Regionalschulen besuchen. Das sind etwa so viele Kinder wie die, die ihre Schulkarriere an der **Gesamtsschule** fortsetzen werden. Und diese blickt immerhin auf eine jahrzehntelange Tradition in Schleswig-Holstein zurück. Hier hat es von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seltsamerweise nie einen derart diskriminierenden Antrag auf Abschaffung gegeben. Das ist etwas merkwürdig.

Natürlich gibt es bei den anstehenden geballten Reformen im Schulbereich eine große Verunsicherung auf Elternseite, von Lehrern, aber auch von Kommunen. Aber das betrifft alle anstehenden beziehungsweise bereits angelaufenen Neuerungen. Auch bei der Etablierung der Gemeinschaftsschule ist noch reichlich Sand im Getriebe. So konnte die **Gemeinschaftsschule** ihrem Anspruch, eine Schule für alle sein zu wollen, bisher nicht gerecht werden. Es ist ihr, nunmehr im zweiten Jahr des Bestehens, erneut nicht gelungen, ausreichend gymnasial empfohlene Kinder zu gewinnen. Der Prozentsatz von 3,9 % **gymnasial empfohlener Kinder** an 48 neuen Schulen, das zwangsfusionierte Fehmarn Gymnasium eingeschlossen, macht deutlich, dass dieser integrierende Ansatz aller Schularten klar verfehlt wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ob Sie meinen, das sei Unfug oder nicht - wir werden das in der Zukunft sehen.

(Sylvia Eisenberg)

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Die Zahlen sprechen für sich!)

Es wird zukünftig keine gymnasiale Bildung - und wenn dann nur gering -, geschweige denn eine gymnasiale Oberstufe an den neuen Gemeinschaftsschulen aufgebaut werden können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schlichtweg unwahr!)

Diese Entwicklung ist natürlich sorgsam zu beobachten.

Was die **Oberstufe** betrifft, möchte ich noch einmal deutlich hervorheben, dass Schülerinnen und Schüler auch mit dem Besuch der Regionalschule das **Abitur** nach neun Jahren ablegen können - und zwar entweder an einem allgemeinbildenden Gymnasium ihrer Wahl oder auch an den bewährten Beruflichen Gymnasien.

Diese **Beruflichen Gymnasien** werden übrigens von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch um ihre Zukunft gebracht, wenn das Abitur, wie von Ihnen angedacht, nur an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen absolviert werden soll. Für die Beruflichen Gymnasien, die heute von über 35 % aller Schüler nach der Realschule besucht werden, bleibt nicht mehr so viel übrig.

Auch über die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erneut angepriesenen **Sekundarstufenlehrer** möchte ich nicht schon wieder reflektieren müssen. Vielleicht nur als Denkanstoß für Sie, Frau Birk und Herr Hentschel - ich habe hier immer noch Frau Birk stehen -: Wir leben in Schleswig-Holstein nicht auf einer Insel. Bundesweit bemüht man sich zurzeit um **einheitliche Ausbildungsstrukturen** bei der Lehrerbildung. Im Rahmen des **Bologna-Prozesses** erfolgt die Umstellung auf **Bachelor- und Masterstudiengänge**. In den einzelnen Bundesländern sind diese unterschiedlich weit vorangeschritten. Allen gemein ist jedoch - bisher jedenfalls - eine Ausbildung ausgerichtet an den bestehenden Schularten.

Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist gerade auf einem guten Weg, sein bildungspolitisches Inseldasein abzuschütteln. Arbeiten wir als politisch Verantwortliche, also gemeinsam, für die neuen Rahmenbedingungen, die wir mit dem **Schulgesetz** gerade erst seit 2007 geschaffen haben.

Für die CDU-Fraktion bitte ich um Ablehnung des Antrags.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg. - Für die SPD-Fraktion erhält nun Herr Abgeordneter Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Schulgesetz haben wir im Januar des Jahres 2007 - vor 18 Monaten - verabschiedet. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir in jeder Plenarsitzung danach einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nicht von uns!)

- Auch von Ihnen. Wenn man einen solchen Antrag schreibt - ich nehme an, das geht an die Adresse der Grünen -, so muss man feststellen: Zurzeit besteht eine große **Verunsicherung** bei den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie bei den Kommunen bezüglich der **Weiterentwicklung der Regionalschulen**. Da kann ich nur sagen: Wer ständig Gesetzentwürfe einbringt und alles wieder auf den Prüfstand stellen möchte, der verunsichert in der Tat die Eltern.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das ist etwas, was wir uns nicht leisten sollten. Ich glaube, dass wir durchaus in der Lage waren, auch dieses **Schulgesetz** nach draußen zu kommunizieren. Die intensive Diskussion, die draußen, vor Ort bei den Schulträgern, aber insbesondere bei den Eltern stattgefunden hat, ist ein Aspekt, der sagt, dass dieses Schulgesetz ein gutes Schulgesetz ist.

Das **Schulsystem** steht ja auch noch nicht fertig da. Wer hat denn vor, dass im Jahre 2010/2011 alle Schulen beginnen sollten, den Veränderungsprozess aufzunehmen? Dass es viele schon weit vorher getan haben, ist natürlich eine schöne Sache. Das begrüßen wir natürlich.

(Beifall bei der SPD)

Was die Situation in den Schulen angeht: Wir haben an allen genehmigten **Regionalschulen** und an allen genehmigten und schon existierenden **Gemeinschaftsschulen** noch die Situation, dass **gemeinsamer Unterricht** erteilt wird. Wir sind im Grunde über die Orientierungsstufe noch gar nicht hinaus. Es ist noch an keiner einzigen Realschule oder Gemeinschaftsschule bisher der Unterricht im Sinne der **Differenzierung** erteilt worden. Auch das muss man sehr deutlich sehen.

(Dr. Henning Höppner)

Wir freuen uns als Sozialdemokraten natürlich darüber, dass die von uns in die Diskussion eingebrachte Schulform der Gemeinschaftsschule flächendeckend so gut angenommen wird, stärker, als wir selbst erwartet hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis der Kommunalwahlen wird auch dazu beitragen, dass die bisherigen gallischen Dörfer, wenn wir sie einmal so nennen wollen - die Landeshauptstadt **Kiel** und die Hansestadt **Lübeck** -, ihre Verweigerungshaltung gegenüber der neuen Schulart aufgeben werden, denn diese Haltung ist von den Wählerinnen und Wählern nicht belohnt worden.

Wir haben in Schleswig-Holstein - auch zusätzlich beziehungsweise neu - eine **Mindestgrößenverordnung** eingeführt. Dies ist auch deswegen besonders wichtig, weil wir an einer Vielzahl von sehr kleinen Schulen doch sehr üppig mit den Personalressourcen umgehen. Ich glaube, dass auch dies ein wichtiger Schritt ist, die Schulentwicklung in Schleswig-Holstein positiv zu steuern.

Was die Strukturen angeht, bedeutet das natürlich, dass wir nicht an jedem Standort **Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen** nebeneinander anbieten können. Das ist eine Erkenntnis, mit der wir leben müssen. Sie bezieht sich ja insbesondere auf den Aspekt des **Wahlrechts der Eltern**, den Sie in Ihrem Antrag anführen. Auch in einem Zwei-Säulen-Modell kann man nicht sozusagen den Eltern die Wahlfreiheit geben, sondern die Wahl ist immer auch verbunden mit Wegen, weil natürlich an einem Standort, wie ich eben sagte, nicht eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium gemeinsam vorhanden sein müssen.

Unser Schulgesetz garantiert, dass Eltern, deren Kind mindestens eine Realschulempfehlung hat, nach der Grundschule entscheiden können, ob sie ihrem Kind den kürzeren, vielleicht sehr viel anstrengenderen Weg über acht Jahre zum **Abitur** zuzumuten wollen oder ob sie sich für den neunjährigen Weg über die Gemeinschaftsschulen entscheiden. Über die Regionalschulen wird dieser Weg auch möglich sein sowie über die Fachgymnasien und die Beruflichen Gymnasien.

Das neue Schulgesetz stellt für unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für die Eltern und die Schulträger in manchen Punkten eine große Herausforderung dar. Deswegen lehnen wir es ab, zu diesem Zeitpunkt die jetzigen **Grundstrukturen der weiterführenden Schulen** in Schleswig-Holstein neu zu definieren.

Wir stehen zu diesem Schulgesetz, das wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner erarbeitet haben und das wir auch, wie ich vorhin schon sagte, draußen sehr gut vermitteln können.

In Schleswig-Holstein können **Schulträger** zukünftig eine Entscheidung treffen, welche Form der weiterführenden Schule sie **neben dem Gymnasium** vorhalten wollen. In der Vergangenheit sind je nach Stellung der Orte im System der zentralen Orte die weiterführenden Schulen mehr oder minder zugeordnet worden - Hauptschulen in die Trägerschaft der Gemeinden, Realschulen in die Trägerschaft der zentralen Orte. Die Wahlfreiheit der Schulträger zwischen Regionalschulen und Gemeinschaftsschule halten wir in der SPD für eine deutliche Stärkung des Selbstverwaltungsrechts, das unseren Gemeinden ja verfassungsmäßig zusteht. So haben viele Schulträger im Hinblick auf die **Hebung der Standortqualität** ihrer Gemeinden eine Entscheidung zugunsten der Gemeinschaftsschule getroffen. Das sind, wenn wir in den Landesteil Schleswig oder in den südlichen Landesteil, nach Lauenburg, schauen, immerhin Schulträger und Gemeinden gewesen, die nicht sozialdemokratisch geführt worden sind. Das muss man an dieser Stelle auch sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt ja kaum noch welche!)

Auch in den kommunalen Kreisen der CDU hat die Gemeinschaftsschule eine hohe Akzeptanz, vielleicht eine manchmal höhere als die Regionalschule.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was wir Sozialdemokraten für besonders wichtig halten - deutlich mehr als in der Vergangenheit -: Den Eltern wird ein **Wahlrecht** gegeben. Dies ist besonders wichtig für uns, weil wir natürlich wollen, dass sich Eltern in den Schulen auch engagieren. Das tun sie natürlich weniger oder überhaupt nicht, wenn es eine Schulart gibt, die ihren Wunschvorstellungen nicht entspricht, siehe die Probleme, die wir an den Hauptschulen bezüglich der Aktivitäten der Eltern hatten.

Es sind zum beginnenden Schuljahr 35 Regionalschulen genehmigt worden, die Kollegin hat es schon gesagt, mit 2100 Schülern, die diese Schulen besuchen werden. Ich gehe davon aus, dass auch im nächsten Schuljahr etwa die gleiche Größenordnung vorhanden ist. Sechs davon werden erst einmal befristet installiert. Im vergangenen Schuljahr, also ein Jahr vorher, wurden sieben Gemeinschafts-

(Dr. Henning Höppner)

schulen eingerichtet, zum Schuljahr 2008/09 weitere 48. Das sind schon mehr als 5.100 Kinder, die die unteren Klassen der Gemeinschaftsschulen besuchen. Ich selbst habe Kenntnis von 38 Beschlüssen für eine Antragsstellung zum Schuljahr 2009/10. Dann wären wir insgesamt bei 93 Gemeinschaftsschulen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

25 Gesamtschulen sollen den Weg in die Gemeinschaftsschule gehen. Das haben wir in der Großen Koalition so beschlossen. Von der 26., der Kurt-Tucholsky-Schule in Flensburg, wissen wir nicht, wie sie sich entscheiden wird. Das wären dann schon 118 Schulen. Das sind mehr, als wir Gymnasien haben, und ich bin der festen Überzeugung, dass wir schon 2010 eine Situation haben, wo die **Gemeinschaftsschule** die stärkste Schulart in Schleswig-Holstein sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Entwicklung, die wir als SPD ausgesprochen begrüßen. Diese Entwicklung wird vor Ort breit getragen, über alle Parteigrenzen hinweg. Das muss hier auch deutlich gesagt werden. Das ist auch ein deutlicher Hinweis darauf, dass unser Schulgesetz, das wir vor 18 Monaten verabschiedet haben, auch richtig angenommen wird. Wir wissen auch, dass die meisten Bundesländer mit großer Aufmerksamkeit nach Schleswig-Holstein schauen. Für uns jedenfalls in der SPD ist dies auch ein Grund, keine neuerlichen Änderungen an der Architektur unseres Schulgesetzes vornehmen zu wollen. Ich beantrage deshalb, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner und erteile für die Fraktion der FDP dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist vorsichtig ausgedrückt ein wenig seltsam, wenn die Grünen die Landesregierung in einem Entschließungsantrag dazu auffordern, das Schulgesetz zu ändern, statt selber einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

(Beifall bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, noch eigenartiger ist es, wenn die geforderten Änderungen weder dem politischen Willen der beiden Regierungsparteien noch - das erstaunt mich am meisten - der bildungspolitischen Programmatik der Grünen entsprechen. Ich habe gestern Abend einmal auf Ihrer Internetseite nachgeschaut, und da steht etwas zum Thema „Die Schule der Zukunft - Vorschlag für ein neues Schulsystem“, und dabei geht es auch um die Abschaffung der Gymnasien. Das ist mit Ihrem Antrag wohl nicht ganz so kompatibel. Oder soll es vielleicht durch die Hintertür passieren?

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Kollege Hentschel, vielleicht haben Sie dreifach schlau gedacht, aber irgendwie sind Sie doch ein bisschen daneben gelandet.

(Beifall bei der FDP)

Von daher sehen wir den vorliegenden Antrag als eine Gelegenheit an, vor der Sommerpause noch einmal im Landtag über das hier schon so oft diskutierte Thema der Entwicklung der schleswig-holsteinischen Schullandschaft zu sprechen. In der Sache halten wir den Antrag für wenig gewichtig, so dass man auf die einzelnen Punkte nicht im Detail eingehen muss.

Meine Damen und Herren, das Bildungsministerium hat Anfang Juli einen Umdruck vorgelegt, der die **Anmeldungszahlen** für die einzelnen **Schular-ten** nennt. Danach sind an den neuen **Regionalschulen** landesweit rund 1.700 Schüler angemeldet worden. An den **Gemeinschaftsschulen** hingegen sind es rund 4.700 Schüler. Diese Zahlen sprechen in der Tat für sich.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der im Schulgesetz von der Union unternommene Versuch, die Regionalschule als Gegenmodell zu dem von den Sozialdemokraten bekanntlich favorisierten Konzept der Gemeinschaftsschule zu etablieren, ist weitgehend gescheitert.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist nämlich genau das eingetreten, was ich Ihnen - das hören Sie natürlich nicht gern, Kollege Wade- phul - vor rund eineinhalb Jahren in beiden Lesungen zum Schulgesetz vorausgesagt habe. Ihr Modell erscheint nämlich den Eltern und den Kommunalpolitikern - oft auch Ihren eigenen Kommunalpolitikern - in den Gremien vieler Schulträger viel we-

(Dr. Ekkehard Klug)

niger attraktiv als das konkurrierende **Konzept der Gemeinschaftsschule**. Dies resultiert aus den unterschiedlichsten Gründen, die wir hier bereits angesprochen haben.

Das ist besonders an jenen Orten deutlich geworden, wo die beiden alternativen neuen Modelle, die das Schulgesetz ermöglicht, nebeneinander ausprobiert worden sind. So verzeichnet beispielsweise die in **Bad Oldesloe** ursprünglich geplante **Regionalschule** gerade einmal zehn Anmeldungen für das nächste Schuljahr. Daher ist sie nicht zustande gekommen. Diejenigen, die sich ohnehin immer für das Modell der Gemeinschaftsschule stark gemacht haben - Herr Stegner freut sich jetzt sehr -, die darin also die bildungspolitische Zukunftsverheißung per se gesehen haben, werden die Entwicklung, die sich jetzt ganz objektiv abzeichnet, auf die Anziehungskraft ihres Schulmodells zurückführen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Völlig richtig!)

Vieles spricht allerdings dafür - jetzt möchte ich etwas Wasser in diesen sauren sozialdemokratischen Wein gießen -, dass sich das **Wahlverhalten der Eltern** eher nach dem Grundsatz der Wahl des kleineren Übels gerichtet hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Keine Ahnung!)

Dafür gibt es eine Reihe von Indizien. Nehmen Sie beispielsweise die NDR-Umfrage „Schleswig-Holstein Trend“ von einer Woche vor der Kommunalwahl, in der doch 69 % der Bürger die Schulpolitik der Großen Koalition als schlecht oder sogar sehr schlecht und nur 24 % als gut bewertet haben. Ein weiterer Hinweis: Interessant ist doch das Elternwahlverhalten dort, wo sich die Schulträger in der Abwägung zwischen Gemeinschaftsschule und Regionalschule nicht für ein Sowohl-als-auch, sondern für ein Entweder-oder entschieden haben.

Ich nenne als Beispiel die **Stadt Husum**. Im nächsten Schuljahr gehen zwei neue **Gemeinschaftsschulen** an den Start. Die eine hat ausweislich der Pressemitteilung des Bildungsministeriums 64 Anmeldungen. Sie erreicht also ganz knapp die erforderliche Mindestgröße. Die andere neue Gemeinschaftsschule hat 168 Anmeldungen. Die erste der beiden Schulen war bisher eine Hauptschule, die zweite eine Realschule.

In **Lübeck** hat die alte CDU-Mehrheit in der Lübecker Bürgerschaft für das nächste Schuljahr eine neue **Regionalschule** und eine neue **Gemeinschaftsschule** an den Start gehen lassen. Die Regionalschule hat erstaunlicherweise deutlich mehr

Anmeldungen, nämlich 106. Die neue Gemeinschaftsschule hat deutlich weniger Anmeldungen, nämlich nur 75. Die neue Regionalschule in Lübeck ist die Holstentor-Schule, also die bisher einzige Ganztagsrealschule mit gutem Ansehen im ganzen Land. Und in der neuen Gemeinschaftsschule steckt als Vorgängerschule neben einer Realschule auch eine Hauptschule drin.

Daraus lässt sich doch eine ziemlich eindeutige Schlussfolgerung ziehen: Offensichtlich haben sich die Eltern bei ihrer Entscheidung nicht zuletzt daran orientiert, aus welcher alten Schulart das neue Schulangebot hervorgeht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die von den Schulsystemveränderern aller Schattierungen so verschmähte Schulart **Realschule** übt hinsichtlich ihrer Attraktivität eine ganz bemerkenswerte Ausstrahlung auf die neuen Schulen aus. Ich denke, wenn man sich die Zahlen im Lande anschaut, darf man dieses Faktum nicht ignorieren. Das bestärkt uns in unserer Auffassung, dass in einem künftigen Schulsystem neben den Gymnasien und neben den Gemeinschaftsschulen die Realschule jedenfalls als eine **Angebotsschule** wieder eine Chance erhalten sollte. Wir sind davon überzeugt, dass die Attraktivität, die diese Schulart entfalten wird, wesentlich über derjenigen der Regionalschule liegen wird.

(Beifall bei FDP)

Eines ist auch klar: Die Ankündigung der Großen Koalition, mit dem Anfang 2007 verabschiedeten Schulgesetz in Schleswig-Holstein dauerhaft lebensfähige Schulstrukturen zu schaffen, zerplatzt an der Realität im Lande wie eine Seifenblase. Die Schulart Regionalschule wird in weiten Teilen des Landes überhaupt gar nicht erst eingerichtet, und zwar oft mit dem Segen christdemokratischer Kommunalpolitiker.

Anderorts gerät die Regionalschule durch das Nebeneinander von Gemeinschaftsschule und Regionalschule von vornherein ins Abseits. An vielen Standorten erreichen neu geschaffene Regionalschulen und zum Teil auch neu geschaffene Gemeinschaftsschulen nur mit Mühe die vorgegebenen **Mindestgrößen** oder sie kommen überhaupt nur mit einer Sondergenehmigung mit Schülerzahlen unterhalb der Mindestgröße zustande. Was dies angesichts des vorausgesagten 20-prozentigen **Schülerzahlenrückgangs** in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren bedeutet, das kann sich jeder ganz leicht ausrechnen. Die neue Schullandschaft - der vermeintlich große Wurf der Großen

(Dr. Ekkehard Klug)

Koalition - wird tatsächlich an etlichen Schulstandorten den Härtesten der demografischen Entwicklung in den nächsten zehn Jahren nicht bestehen. Das ist so.

(Beifall bei der FDP)

Die Zielsetzung der Landesregierung, durch größere Einheiten zu mehr **ökonomischen Klassenbildungen** zu kommen, also auch zu höheren Klassenfrequenzen, wird in zahlreichen Fällen absehbar nicht aufgehen. Das hängt mit den vielen Ausnahmen und den vielen Schulen zusammen, die nur ganz knapp über den vorgegebenen Mindestgrößen liegen. Auch dies und die damit verbundenen Probleme werden die Politik im Land noch etliche Jahre in Atem halten.

Kleine Schulen mit **niedrigen Klassenfrequenzen** erhöhen den **Lehrerbedarf**, wenn man den Schülern ein ordentliches Unterrichtsangebot geben will. Die **Unterrichtsversorgung** bleibt damit für viele Jahre noch ein brennendes Thema, obwohl die Große Koalition angekündigt hat, so erstaunlich hohe Zahlen zusätzlicher Stellen in den nächsten beiden Jahren im Doppelhaushalt, der vor uns liegt, einzurichten.

Fakt ist allerdings, dass von diesen angekündigten neuen Stellen herzlich wenig zur tatsächlichen Verbesserung des Unterrichtsangebots vor Ort an den Stellen ankommen wird. Allein das **Auslaufen der Vorgriffsstunde** kostet im nächsten Schuljahr durch den damit verbundenen Verlust an Unterrichtsstunden Stellenkapazitäten im Gegenwert von **175 Stellen**. Die **Rückzahlung** der Vorgriffsstunde kostet im nächsten Schuljahr dann noch einmal **420 Stellen**. Also, viele der neu eingerichteten Stellen werden absorbiert, ohne dass bei den Schülern eine einzige zusätzliche Stunde im Unterrichtsangebot ankommt.

Dann kommt noch die **einheitliche Unterrichtsverpflichtung** für die Lehrer der **Gemeinschafts- und Regionalschulen** dazu, die Sie als Koalition beschlossen haben und die nach Aussagen des Ministeriums in einer Antwort auf eine von mir gestellte Anfrage mit dem Gegenwert von **300 Stellen** zu veranschlagen ist. Die neuen Stellen, die Sie an die Schulen bringen, werden vor Ort tatsächlich nicht zu einer Verbesserung der Unterrichtssituation führen, und die daraus resultierenden Konsequenzen werden uns noch eine ganze Zeit beschäftigen.

Jahr für Jahr erwarten die neuen Gemeinschaftsschulen eine Ausstattung auf der Basis der Kriterien, die Sie ihnen beigeordnet haben, 36 Wochen-

stunden. Im Vergleich zu den 28 Wochenstunden, die die Vorgängerschularten pro Klasse hatten, ist das deutlich mehr, -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

sodass praktisch bei einer dreizügigen Schule pro Jahrgang eine Lehrerstelle mehr Bedarf generiert wird. Im nächsten Anmeldedurchgang kommen zusätzliche Schulen dazu. Es kommen Jahrgänge dazu. Das heißt, die Kurve steigt nicht so, sondern viel steiler. Diese Entwicklung werden Sie in den nächsten Jahren zu spüren bekommen, denn Sie sind für diese Entwicklung verantwortlich,

(Beifall bei der FDP)

Sie tragen Sorge für eine ordentliche Unterrichtsversorgung, die Sie bislang nicht gewährleisten können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Das Wort für den SSW im Landtag hat die Vorsitzende des SSW im Landtag, Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den Grünen, das war ein schwieriger Antrag. Wir werden ihn ablehnen. Ich lege aber Wert darauf festzustellen, dass das aus anderen Gründen geschehen wird als von den regierungstragenden Fraktionen hier hervorgebracht.

Klar ist, dass das neue Schulgesetz die Schullandschaft in Schleswig-Holstein schon heute nachhaltig verändert hat. Wenn man bedenkt, wie die **ungeteilte Schule** im Landtagswahlkampf geradezu verteuftelt wurde, dann hat sich mit der Einführung von Gemeinschafts- und Regionalschulen insbesondere die CDU bewegt. Laut Aussagen Ihres Fraktionsvorsitzenden wird sie sich weiter bewegen müssen. Daher ohne Polemik: Wenn man in CDU-Pressemittteilungen aus Nordrhein-Westfalen oder Berlin von der Gemeinschaftsschule als Mittelmaßschule oder Sackgasse liest, kann man ermesen, was sich hier in Schleswig-Holstein in den Köpfen vieler CDU-Wähler getan hat.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Anders herum ist die Einführung der Regionalschule ein Beispiel dafür, dass ein politischer Kompromiss nicht immer zum Wohl der Betroffenen ist.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den SSW zumindest war von Anfang an klar, dass die **Regionalschule** in eine Sackgasse führt. Genau dies belegen auch die Anmeldezahlen. Sehr viele Eltern wählten die Gemeinschaftsschule für ihre Kinder, denn moderne **Gemeinschaftsschulen** bieten ihren Schülerinnen und Schülern individuelle Förderung und ein reiches soziales Leben. Genau das wollen Eltern offensichtlich für ihre Kinder.

Bei der NDR-Umfrage - lieber Kollege Klug, die ich anders gelesen habe - fanden 60 % der Befragten die Regionalschule eher nicht so gut; nur jeder Dritte im Land gab zu dieser Schulform ein positives Urteil ab. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, die **Schulstruktur** in Schleswig-Holstein wieder aufzuschnüren. Das würde ohne Zweifel zu mehr Transparenz führen und den Eltern die schwierige Entscheidungsfindung bei der Schulauswahl für ihre Kinder wesentlich erleichtern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies spricht für den vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hinzu kommt, dass sich Gemeinschafts- und Regionalschulen im schulischen Alltag weiter einander angenähert haben. So nehmen **Lehrkräfte beider Schularten** an den gleichen **Fortbildungsmaßnahmen** teil, wie mir erzählt worden ist. Mit anderen Worten: Wenn man bedenkt, wie viel einfacher alles bei der Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen werden könnte, dann spricht alles für und nichts gegen diesen Antrag - es sei denn, man würde bemängeln, dass es für die Betroffenen unzumutbar ist, nach massiven Veränderungen des neuen Schulgesetzes, die sich noch in der Umsetzung befinden, jetzt wieder Strukturänderungen zu beschließen. Für so ein Argument hat der SSW großes Verständnis. Doch auch hierzu könnte gesagt werden: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte anmerken, dass sich der Vorschlag der Grünen weitgehend mit den Vorstellungen deckt, die sich auch hinter den **Anmeldezahlen** verbergen. Denn richtig ist ja, dass auch die Anmeldezahlen des **Gymnasiums** 2007 gestiegen

sind. Sie machen also das Rennen - gemeinsam mit der **Gemeinschaftsschule**.

Dennoch ist für den SSW der Antrag der Grünen inhaltlich eher eine Wahl zwischen Pest oder Cholera. Aus Sicht des SSW ist vorhersehbar, dass bei einer **Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen** letztlich die Ziele der Gemeinschaftsschule ins Hintertreffen geraten. Wir bekämen eine neue Art der Regionalschule, dadurch gekennzeichnet, dass Kinder mit Gymnasialempfehlung weiterhin nach der 4. Klasse auf das **Gymnasium** überwechseln. Denn während die Gemeinschaftsschule per Definition eine Schule für alle sein soll, ist die Regionalschule es eben nicht. Und der Vorschlag der Grünen zementiert diese Trennung.

Der Antrag zementiert weiter, dass die Gymnasien in diesem Land ein Eigenleben führen. Für sie gelten die Grundsätze der **individuellen Förderung** von Kindern anscheinend nur in dem Maß, wie sie in das **Konzept des Gymnasiums** hineinpassen. Wer sich für den gymnasialen Weg entscheidet, ist bekanntlich dorthin sortiert worden. Da dem Antrag der Grünen nicht zu entnehmen war, ob angedacht wird, die **Grundschulzeit** auf sechs Jahre zu verlängern, wird dies in gewohnter Weise mit der Orientierungsstufe nach der 4. Klasse geschehen.

Mit anderen Worten: Das Abitur des traditionellen Gymnasiums wird weiterhin den Kindern vorbehalten sein, die von einem Elternhaus mit Klavier kommen, wo am Mittagstisch schon mal die letzte Philosophieklausur auseinandergenommen wird.

(Beifall beim SSW - Widerspruch bei FDP und CDU)

Für alle anderen Schulkinder wird es das **Abitur** an den **Beruflichen Schulen** oder an den **Oberstufen** der neuen **Sekundarschule** geben. Dagegen ist erst einmal nichts einzuwenden. Das Gleiche gilt für die zu organisierenden **Oberstufenzentren**. Diese Konstruktion beantwortet aber nicht die zentrale Frage, wie das Angebot der Oberstufe nachhaltig in der **Fläche** gesichert werden kann. Schon heute gibt es Anzeichen für einen stärker werdenden Wettbewerb zwischen den verschiedenen gymnasialen Angeboten.

Soll heißen: Aus Sicht des SSW hat nur die Einrichtung von Oberstufenzentren wirklich eine Zukunft. Für den SSW steht somit fest, dass eine Schule für alle eine Schule für alle sein muss. Wir wollen eben keine „Hamburger Verhältnisse“. Wir wollen die **ungeteilte Schule** im ganzen Land einführen

(Anke Spoorendonk)

(Beifall beim SSW)

und kein gegliedertes Schulwesen erhalten.

Ich teile dennoch die Auffassung der Grünen, dass das von ihnen vorgestellte Modell sehr wohl dasjenige sein könnte, das wir in ein paar Jahren hier haben. Es existiert schon in einer ganzen Reihe von Bundesländern.

Ich sage noch einmal: Ich will hier und heute die reine Lehre verkörpern und sage deshalb: Es macht keinen Sinn, unseren Kindern die holprigen Bildungswege von vorgestern zuzumuten, wenn wir ihnen mit Beharrlichkeit, mit Ausdauer und mit weiterhin guten Argumenten eine moderne Bildungsautobahn in die Zukunft bieten können. - Wir werden also, wie schon gesagt, den Antrag ablehnen.

(Beifall beim SSW - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen radikal!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk. - Das Wort für die Restredezeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun die Frau Abgeordnete Angelika Birk. Wir haben als Restzeit zweieinhalb Minuten festgestellt.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wichtige Dinge bringt in jeder Fraktion der Fraktionsvorsitzende in die Diskussion. Dass das Thema nicht ganz unwichtig ist, macht die Aufmerksamkeit deutlich. Das Pfeifen im Wald war sehr laut, Frau Eisenberg. Vieles, was Sie kritisch gegen mich gewandt gesagt haben, ist in Wirklichkeit an Ihre eigene Fraktion und Partei gerichtet. Die Stimmen werden unüberhörbar, auch in der Öffentlichkeit, nicht nur aus Ihrer Jugendorganisation, sondern auch bis in die Partei- und Fraktionsspitze hinein, dass sich das mit der **Regionalschule** offensichtlich nicht bewährt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Abstimmung der Eltern** mit den Füßen wurde hier schon in verschiedener Form reflektiert. Ich möchte ein zweites Süßmuth-Zitat anbringen. Sie sagte vor einiger Zeit beim Volkshochschulverband in Schleswig-Holstein zur Bildungssituation: Viele Eltern denken so: An die Gymnasien kommen nur die Besten - und mein Kind.

Das heißt, klar ist: Die Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Wer wollte sie dafür verurteilen? Das **Gymnasium** gilt nun einmal - das ist auch erwiesen - als die Einbahnstraße, die am schnellsten zum **Abitur** führt. Wenn Sie das wissen, müssen Sie ein Angebot machen, das der jetzigen Dynamik in der Bevölkerung entspricht. Es gibt eine Dynamik. Die Eltern bewegen sich. Die Lehrerkollegien bewegen sich.

Frau Spoorendonk, Sie sagen, wir verließen damit sozusagen unsere Ideale. Völlig klar ist: Wir halten gemeinsam an dem Konzept fest: Das gemeinsame Lernen ist das Beste, und wir wollen keine Aufteilung der Schulen in bestimmte soziale Kategorien. Das ist es nämlich letztlich. Das wurde hier an verschiedenen Beispielen deutlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir jetzt aber eine Situation haben, in der es die Chance gibt, die Dreiteilung zu überwinden, bevor sie etabliert wird, wäre es sträflich, diese Chance nicht zu nutzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sagen wir: Ein Stück mehr Gerechtigkeit wäre die rechtliche **Gleichstellung von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien** mit allen Konsequenzen, wie wir sie in unserem Antrag aufgezeigt haben, auch mit der Konsequenz, dass man an beiden Schulen schneller oder langsamer zum Abitur kommen kann. Dieser Gedanke wurde noch wenig beachtet.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Damit bin ich auch am Ende. Ich glaube, ich habe allen wesentlichen Gegenargumenten widersprochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ja diesen berühmten alten Spruch von Groucho Marx: „Ich habe meine Ideale, aber, mein Herr,

(Anke Spoorendonk)

wenn Sie meine Ideale nicht haben, habe ich auch noch andere.“

(Heiterkeit)

Darum sage ich noch einmal: Dieser pragmatische Ansatz der Grünen ist falsch, denn vor Ort geschieht ganz viel. Die Schullandschaft hat sich noch gar nicht zurechtgefunden. Wir sehen die Diskussionen vor Ort in den Kommunen. Wir sehen, dass Eltern die Gemeinschaftsschule wollen. Wir sehen, dass sich Schulträger der Situation bewusst sind und dass man überlegt: Wie soll es eigentlich mit dem Gymnasium weitergehen? Wir werden in ein paar Jahren Oberstufenzentren bekommen. Das muss mit der Profiloberstufe auch kommen. Dann werden wir eine neue Situation haben. Dann ist es der richtige Zeitpunkt, zu sagen: So, jetzt haben wir die Möglichkeit, eine Schule für alle zu bekommen. Diesen Weg wollen wir uns nicht verbauen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ja durchaus dafür - das wissen Sie -, die Schullandschaft in Schleswig-Holstein mit einem offenen Auge und auch mit innerer Offenheit zu betrachten. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass viele Entscheidungen auch für Gemeinschaftsschulen, von denen es in der Tat mehr gibt, als ich das gedacht habe, als wir das Schulgesetz verabschiedet haben, von CDU-Kommunalpolitikerinnen und CDU-Kommunalpolitikern getroffen worden sind. Nur, Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben das im Hinblick auf die Regionalschule sehr zugespitzt; der Kollege Klug aber auch. Im Sinne von „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ über die Regionalschule zu sprechen,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das habe ich nicht getan!)

- doch -, das finde ich unangemessen. An den **Regionalschulen** findet in den ersten beiden Jahren genau der gleiche Unterricht, nämlich **gemeinsamer Unterricht**, wie in den **Gemeinschaftsschulen** statt. Es sind sehr viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, die dort ihre Arbeit machen. Es sind übrigens, Herr Kollege Klug, 473 mehr, als Sie gesagt haben; denn

die Zahlen sind mittlerweile aufgrund von Entscheidungen in Brunsbüttel und in Büsum korrigiert worden, wo sich die Bürgerinnen und Bürger in einer direkten Abstimmung für die Regionalschule und gegen die Gemeinschaftsschule entschieden haben.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es bei aller Bereitschaft, über Vieles miteinander zu diskutieren, überhaupt keinen Anlass, jetzt die **Regionalschule** schlechtzureden, sondern wir sollten hinter den Lehrerinnen und Lehrern und hinter den schulpädagogischen Konzepten stehen, ihnen den Rücken stärken und ihnen alles Gute wünschen und nicht von vornherein als Landtag ein Schulgesetz infrage stellen, das gerade erst verabschiedet worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfehle, auch einmal einen unideologischen Blick in die Schulen hineinzuworfen, darauf zu sehen, was wir dort erwarten und was dort stattfindet, und zwar unterschiedlich in Regionalschulen und in Gemeinschaftsschulen. Wir sollten mal darauf sehen, welche Schülerinnen und Schüler dort hingehen und welcher Unterricht dort stattfindet. Wenn ich jetzt die **Anmeldungszahlen** sehe, dann haben wir bei den Gemeinschaftsschulen - das ist an der Stelle wahrscheinlich weniger, als viele angenommen haben, die die Gemeinschaftsschule befürwortet haben - nur einen ganz geringen Teil von Gymnasialempfohlenen, und zwar im Unterschied zu den bisherigen Gesamtschulen. Nur 4 % sind gymnasialempfohlen. Damit haben wir in etwa eine gleiche Anmeldungslage wie bei den Regionalschulen. Das heißt, wir haben in etwa die gleiche **Schülerklientel**, die wir dort vorfinden, und wir haben auch pädagogisch ganz ähnliche Konzepte, die dort angewandt werden. Wir haben in der fünften und sechsten Klasse auf jeden Fall zwingend gemeinsamen Unterricht.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit, Herr Kollege! Tut mir leid, es ist ein Kurzbeitrag.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Dann versuche ich das sehr schnell zu Ende zu bringen. Wir haben ab der **7. Klasse der Regionalschule getrennten Unterricht** vorgesehen, und wir haben die Möglichkeit in einer **Gemeinschaftsschule**, das gemeinsam zu machen. Viele Konzepte an den Gemeinschaftsschulen sehen schon jetzt vor, dass das auch ausdifferenziert stattfinden soll.

(Dr. Johann Wadephul)

Die Wirklichkeit zeigt also, dass wir an Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen eine im Wesentlichen gleiche Schülerklientel haben und dass wir im Wesentlichen gleiche schulpädagogische Konzepte haben, das heißt eine weitgehende Annäherung.

Darüber, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte man ohne ideologische Scheuklappen in allen politischen Lagern offen miteinander diskutieren. Das ist eine schwierige Diskussion, nicht nur in meiner Partei. Sie sollte mit Offenheit auch in anderen Parteien geführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Wadephul, einen kleinen Moment. Herr Kubicki hat sich zu einer Frage gemeldet. Sind Sie bereit, die zu beantworten?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Wenn Sie mir dafür weitere Zeit zur Verfügung stellen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das tun wir und rechnen das nicht mehr an. Wir sind ja ein modernes Parlament.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Eine Minute, gut; vielen Dank.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Wadephul, wenn ich Sie richtig verstanden habe und der Unterricht der gleiche ist, die Schülerpopulation gleich ist, eigentlich alles gleich ist, warum haben wir dann eine Regionalschule und eine Gemeinschaftsschule und nicht gleich eine Gemeinschaftsschule?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Kubicki, ich sehe mit Freude die schulpolitische Diskussion bei der Freien Demokratischen Partei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind damit durch!)

- Dann haben Sie ja Herrn Klug schneller vom schulpolitischen Paulus zum Saulus gemacht, als wir das je erwartet hätten. Das wird in der Zukunft vieles in der Politik vereinfachen, vielleicht auch

künftige Koalitionen. Da sind wir enger beieinander, als wir das in der Vergangenheit waren.

Ich will dazu nur Folgendes sagen: Der Anspruch der Gemeinschaftsschule - das ist hier ja auch geäußert worden; das liegt dem auch zugrunde; das ist die Grundidee - ist in der Tat, eine Schule für alle zu sein. Dem wird sie nach meiner Auffassung nicht gerecht. Bei 4 % Gymnasialempfohlenen kann man nicht sagen, dass es eine Schule für alle ist. Deshalb sagen wir als CDU auch ganz klar: Wir stehen zum Gymnasium. Das unterscheidet uns wahrscheinlich auch von unserem Koalitionspartner. Ich bin auch nicht der Auffassung, dass man nur Klavierunterricht braucht, um dort hingehen zu können. Das ist in der Wirklichkeit auch anders. Wer sich heute einmal die Bilder von Abiturienten gerade in Kiel, die entlassen worden sind, anschaut und darauf achtet, wie viele dort schon vom Namen her einen Migrationshintergrund haben, wie viele dort aus anderen Bereichen kommen, der sieht - Frau Spoorendonk, ganz im Gegensatz zu Ihren Ausführungen -: Das Gymnasium ist offen. Wir brauchen das Gymnasium, und wir sollten es stärken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Minute ist um. Lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk zu?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Wenn meine Zeit dann noch einmal verlängert wird, bin ich dazu bereit.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

So machen wir das, Herr Kollege.

(Zuruf: Das ist ja wie in der Fragestunde!)

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Eine Fragestunde kann sich nur an die Regierung richten, und der gehöre ich nicht an.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Kollege Wadephul, soll ich Ihre Ausführungen so verstehen, dass Sie im Grunde doch dem Antrag der Grünen zustimmen?

- Nein. Ich bitte, es mit Blick auf die Geschäftsordnung bei dieser kurzen Antwort zu belassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass die Diskussion wieder etwas in die heitere Variante hinübergeglitten ist. Trotzdem glaube ich, es gibt einen guten Anlass, auf das eine oder andere noch einmal kurz zu reagieren.

Es ist ja schön, dass wir uns heute Morgen alle noch einmal gegenseitig unsere schulpolitischen Grundauffassungen sagen. Das kann nie schaden. Aber im Kern geht es doch darum, dass wir über die Frage nachdenken, wie wir das Schulsystem, das wir in ein neues Schulsystem gegossen haben, weiterentwickeln, wann der Zeitpunkt gekommen ist, darüber nachzudenken, ob nachjustiert werden muss und wie das passieren kann. Es kann doch keiner ernsthaft sagen, dass man ein Schulgesetz, das gerade dabei ist, sich in eine vernünftige und richtige Richtung zu ändern, schon nachjustieren kann.

Ein Satz der Kollegin Spoorendonk hat mich dazu geführt, mich noch einmal zu melden. Kollegin Spoorendonk, Sie haben gesagt, Sie stimmten den Grünen nicht zu, weil kein Weg verbaut werden solle. Daran ist im Kern deshalb etwas Richtiges, weil ich in der Diskussion den Eindruck hatte, dass nicht erkannt wird, dass Schule natürlich ein lernendes System ist, dass es ein sich weiterentwickelndes System ist, dass sich Schule verändern kann.

Das ist sozusagen ein beginnender Prozess, der nicht allein an Schulformen oder Schulstrukturen hängt. Eine Regionalschule, die jetzt eingerichtet ist, vernünftig arbeitet und bei den Eltern akzeptiert ist, muss sich weiterentwickeln können. Es kann sein, dass an einem Standort, an dem eine **Regionalschule** existiert, der Schulträger, die Eltern, die Schule selbst meinen, man wolle sich zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln. Das kann sie dann tun. Sie kann es auch lassen. Wir haben ein sehr flexibles System und sind sehr überzeugt davon - Herr Kubicki und alle Kollegen im Hause, die sich dazu kritisch geäußert haben -, dass sich das an der Qualität orientieren wird. „Schule für alle“ ist ein Angebot, das alle Kinder, egal welcher Herkunft, egal mit welchen Startchancen, in dieser Schule entwickeln können. Das heißt nicht, dass wir von Beginn an aufgrund der Schulartempfehlung so etwas wie eine Parität herstellen. Wir alle

wissen, wie begrenzt aussagekräftig Schulartempfehlungen für 9- oder 10-jährige Kinder sind. Das ist doch überhaupt nicht neu.

Ich komme zum Schluss. Das Schulgesetz hat erhebliche Entwicklungsperspektiven. Wir sind sicher, dass das, was wir für längeres gemeinsames Lernen, für mehr Chancengleichheit auf den Weg gebracht haben, der richtige Weg ist. Wir haben mit den Kollegen von der Union ein Schulgesetz gefunden, das die Möglichkeit schafft, dass sich mit der Unterstützung des Landes vor Ort Schule so entwickeln kann, wie es die Eltern wollen und wie es für die Kinder am besten ist. Geben Sie dieser Entwicklung eine Chance. Dann können wir nach zwei oder drei Jahren einen ersten Zwischenschlussstrich ziehen und sagen, was sich bewährt hat und was nicht. Wir wollen jetzt nicht von oben herab eine Entwicklung zerstören, mit der wir gerade angefangen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sache wird ja richtig spannend. Die FDP geht mittlerweile auch davon aus, dass nur noch ein zweigliedriges Schulsystem notwendig ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Nein!)

- Ihre Äußerungen haben sich schon so angehört. - Der SSW könnte unserem Antrag zustimmen, aber weil er im Herzen radikaler ist, Frau Anke Spoorendonk, stimmen Sie dem Antrag doch nicht zu. Nicht, weil wir zu weit gehen, sondern weil wir nicht weit genug gehen. Wir sollten also noch radikaler formulieren, wenn ich das richtig verstanden habe.

Die CDU weist darauf hin, dass der Antrag überflüssig ist, weil es sowieso keine Unterschiede zwischen Regional- und Gemeinschaftsschulen gibt. Da fragt sich natürlich jeder berechtigterweise, warum es dann überhaupt noch zwei unterschiedliche Schularten gibt.

Die SPD sagt, man wäre wahrscheinlich in zwei Jahren so weit.

Hierzu sage ich Folgendes: Jetzt ist es in der Tat so, wie Herr Wadephul sagt: Die **Differenzierung in**

(Karl-Martin Hentschel)

den **Regionalschulen** beginnt erst nach zwei Jahren. Die Regionalschulen starten gerade. Wir machen also nichts kaputt, wie hier gesagt worden ist, sondern wir greifen korrigierend ein. Nach meiner Kenntnis waren es an fast allen Orten mit ganz wenigen Ausnahmen nicht die Schulen, die Regionalschulen werden wollten, sondern es waren die Gemeindevertreter, die häufig gegen den Willen der Eltern und Lehrer in diese Richtung gedrängt haben.

(Zuruf von der CDU)

- In den meisten Orten, nicht überall. - Es wäre sinnvoll, diese Entwicklung zu überdenken und die Konsequenzen aus dem Anmeldeverhalten zu ziehen. Eine Entscheidung sollte getroffen werden, bevor wir ein **neues dreigliedriges Schulsystem** etablieren, das niemand in diesem Saal will. Deswegen ist unser Antrag gestellt worden.

Wir als Grüne können nicht entscheiden, was von oben herab geregelt wird, sondern es geht darum, dass alle Parteien nachdenken. Die Diskussion ist nicht von uns angestoßen worden. Nicht wir haben diese Diskussion initiiert. Diese Diskussion ist von Mitgliedern der CDU initiiert worden, der einzigen Partei, die das dreigliedrige Schulsystem in neuer Form wollte. Ausgerechnet die einzige Partei, die die Regionalschule einführen möchte, nämlich die CDU, hat diese Diskussion in Lübeck durch ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden losgetreten, indem gesagt wurde: Es ist an sich blöde, dass wir drei Schulen haben. Wir brauchen nur noch zwei. Angesichts dessen, Herr Wadehul, dass Sie die Diskussion losgetreten haben, finde ich es unfair, die Schulen im Regen stehen zu lassen und zu sagen: Nun macht einmal weiter.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Frau Präsidentin. - Ich appelliere an Sie: Bevor wir in eine Richtung marschieren, die niemand in diesem Hause will, sollten wir korrigieren und die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Landesregierung hat nun die Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wenn Sie das neue Schulgesetz noch vor der endgültigen Umsetzung, bevor also noch ein einziger Regionalschüler irgendeine Schule dieser Art besucht, wirklich ändern wollen, dann rate ich Ihnen dringend zu einer anderen Vorgehensweise. Auf nichts reagiert die Bevölkerung so sensibel wie auf Bildungspolitik. Da ist es schon fast naiv, zu glauben, man könnte mit ein paar Federstrichen mal eben rigoros von oben herab, denn genau um solch eine Debatte handelt es sich - ich versetze mich gerade in die Situation von Lehrern und Schülern in Schleswig-Holstein -, neue Tatsachen schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Lieber Herr Klug, ich meine schon, dass wir mit der Verabschiedung des Schulgesetzes nach einer anderthalbjährigen und einer auch hier im Parlament sehr heftig geführten Debatte nicht von oben herab - darauf komme ich noch zurück - neue Tatsachen geschaffen haben. Vielmehr haben wir ein neues Gesetz mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit auf den Weg gebracht. Das ist - mit Verlaub - ein Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht - das frage ich in Richtung der Grünen -, wie bei der anzustrebenden Größe einer Gemeinschaftsschule, ihrer inneren Struktur, ihrem kompletten Angebot an Wahlpflichtfächern, an Fremdsprachen, ausgestattet mit den entsprechenden Ressourcen, das sie vorhalten sollen, das in Schleswig-Holstein möglich sein soll? Hierüber muss man sich mehr Gedanken machen, wenn man nicht einfach davon ausgeht, dass das Schulangebot noch einmal mit einem entsprechenden Ausbluten in der Fläche konzentriert werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich kann Ihnen nur sagen: Lange genug haben Sie darüber nicht nachgedacht. - Schauen Sie einmal auf den derzeitigen Stand. 48 neue Gemeinschaftsschulen sind zusätzlich zu den bereits 7 bestehenden genehmigt worden. Vorhin hat jemand von einer zwangsfusionierten Schule auf Fehmarn gesprochen. Ich kann mich nicht erinnern, dass dort jemand zwangsfusioniert wurde,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern es waren demokratische Beschlüsse der Schulträger. Insofern muss ich das zurückweisen.

Rund 5.200 Schülerinnen und Schüler sind zum nächsten Schuljahr an den **Gemeinschaftsschulen** angemeldet worden. Im Bereich der **Regionalschulen** haben wir knapp 2.200 Anmeldungen an 35 Standorten. Entsprechend kleiner sind die dort entstehenden Systeme. Wenn man in die Richtung eines zweigliedrigen Schulsystems gehen wollte, worüber man ja bei einer günstigen Gelegenheit reden könnte, also nicht am letzten Tag vor den Parlamentsferien, dann müsste man sich die Konsequenzen für die Schullandschaft - das sage ich insbesondere Ihnen, Herr Wadephul - sehr sorgfältig anschauen. Eines käme jedenfalls nicht infrage, nämlich die Rückabwicklung der Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weder der Name dieser Schulart noch der Anspruch, eine Schule für Kinder aller Begabungen zu sein, steht für uns zur Disposition.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Die Zahlen in Schleswig-Holstein geben ja einen deutlichen Eindruck davon, in welche Richtung die Entwicklung unserer Schullandschaft geht, die wir vor anderthalb Jahren mit dem neuen Schulgesetz angestoßen haben. Wir haben nämlich dem Schulträger, den Eltern und den Schulen selbst mehr Freiheit gegeben, angefangen bei der Entscheidung über die Schulart auf der Trägerseite über die pädagogischen Konzepte der Schulen bis hin zur freien Auswahl aus dem Schulangebot auf Elternseite. Diese Freiheit hat sich bewährt. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass wir im ganzen Land jemals so eine im positiven Sinn intensive Auseinandersetzung über **Schulentwicklung** hatten wie in den vergangenen Monaten. Eine entscheidende Rolle spielt dabei in der Tat der **Elternwille**. So soll es auch bleiben beziehungsweise an einigen Standorten werden.

Wir erleben also bei der Aufgabe, bestehende Schulen in die neuen Schularten zu überführen, einen gewaltigen Gestaltungswillen der Schulträger. Sie können in den Zeitungen jeden Tag etwas darüber lesen, wie die Schulträger in die neuen Schularten investieren, und zwar von der Ausstattung bis hin zum zusätzlichen Personal, zum Bei-

spiel Sozialpädagogen, was wir würdigen sollten. Es wird natürlich niemanden überraschen, dass ich mich als sozialdemokratische Bildungspolitikerin darüber freue, dass sich das durchgehende gemeinsame Lernen bis Klasse 10 an so vielen Standorten mit guten Konzepten und mit viel Engagement bei den Lehrkräften durchsetzt. Das ist das eine.

(Beifall bei der SPD)

Genauso gilt für mich als Bildungsministerin, dass die knapp 2.200 Regionalschüler, die jetzt an den Schulen anfangen und an ihnen unterrichtet werden, die gleichen Rechte haben wie alle anderen. Auch diesen Schülern sollten wir nun nicht vermitteln - ich finde, das sollte lieber zurückgenommen werden -, dass sie sozusagen Opfer eines Schreckens ohne Ende werden.

(Widerspruch der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Ja, liebe Frau Kollegin, das war flapsig gesagt. Ich weiß das. Aber es war eine Aussage im selben Geist wie die der Grünen: Das ist eine Schulart, die eigentlich nichts taugt. Die armen Schüler, die dort hingehen müssen! - Ich finde, so geht es nun auch nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Gern.

Anke Spoorendonk [SSW]: Liebe Frau Ministerin, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich in meiner Argumentation im Konjunktiv versucht habe - ich kann das nicht so gut im Konjunktiv - darzulegen, was für den Grünen-Antrag sprechen könnte. Da habe ich dieses Bild benutzt. Ich habe nicht gesagt, dass das das ist, was der SSW will. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das ist keine Frage, Frau Kollegin.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Das nehme ich zur Kenntnis, auch wenn es keine Frage war. Ich glaube auch nicht, dass Sie wirklich so denken.

Auch diese Schulart ist nämlich eine Weiterentwicklung, eine erfreuliche Weiterentwicklung gegenüber dem bisherigen System dreier voneinander abgeschotteter Schularten. Da hat es eine gewaltige Bewegung gegeben, und es gibt auch noch genug Widerstände, unter anderem auch unter vielen Mitgliedern der CDU - das weiß ich wohl.

Wir haben die Entscheidung der Eltern für diese Schulart zu respektieren. Wenn wir die **Regionalschule** nun in einem Hauruckverfahren wieder abschaffen würden, wäre aktuell der Schaden größer als der Nutzen, den Sie sich davon versprechen.

Ihnen geht es vor allen Dingen um Klarheit - sagen Sie -, und so begründen Sie auch Ihren Antrag. In der Praxis würde das so aussehen: Erst lassen Sie die Schulträger, die Schulen und die Eltern in aufwändigen Prozessen abstimmen und zu Entscheidungen kommen - viele Schulträger befinden sich noch mittendrin in diesem Prozess -, und wenn sich eine Tendenz herauskristallisiert, dann sagen wir einfach: „Jetzt reicht es aber mit der Entscheidungsfreiheit, jetzt schaffen wir die Schulart mit weniger Anmeldungen einfach wieder ab!“

Ebenso wenig hilfreich - auch das muss ich sagen, Herr Wadephul; ich hatte mir von Ihnen heute eigentlich ein bisschen mehr Klarheit erhofft -, waren Ihre vagen Andeutungen gegenüber der Presse, dass es in Zukunft weder Regional- noch Gemeinschaftsschulen geben sollte, sondern „eine Mischung aus beidem“. Das machen Sie einmal den Eltern klar, die ihr Kind bei einer Gemeinschaftsschule angemeldet haben, dass Sie diese Schulart verändern wollen, weil sie stärker nachgefragt wird als die Regionalschule. Das macht wirklich keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Nun ein Wort zum Mantra **Schulartempfehlung**. Das Argument, dass bisher nur wenige Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung bei den Gemeinschaftsschulen angemeldet worden sind, das zieht einfach nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Nein?)

- Nein. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Belegen dafür geben - dafür reicht meine Zeit aber lei-

der nicht -, dass Menschen mit Schulartempfehlungen den eingeschätzten Begabungen und Fähigkeiten nicht entsprachen und später einen höheren Schulabschluss gemacht haben, als ihnen prognostiziert wurde.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt Hauptschulempfohlene, die inzwischen renommierte Wissenschaftler sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum macht man das dann noch?)

- Ja, warum machen wir das noch? Das kann man sich wirklich fragen. Nach meiner Auffassung ist die Schulartempfehlung auch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen obsolet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber wir haben uns darauf verständigt, dabei bleibt es vorerst. Ich kann Ihnen aber sagen: Das ist überholt, auch wissenschaftlich überholt. Schulartempfehlungen sind Momentaufnahmen. Wir wissen genau, wie sich Kinder weiterentwickeln können, wenn sie in einem anderen, anregenden Schulumilieu sind. Sie wissen ganz genau, dass Kinder, wenn sie mehr Förderung bekommen, auch höhere Schulabschlüsse ablegen können, als ihnen sozusagen in die Wiege gelegt worden ist. Es ist aber auch nicht so, dass an den Gymnasien nur Kinder herumlaufen, die zu Hause schon den Klavierunterricht haben. Das stimmt auch nicht. Aber es gibt 30 % Realschulempfohlene an unseren Gymnasien. Was sagen Sie dazu? Wie viele von ihnen kommen denn zum Abitur? Wieso soll das denn bei den Hauptschulen, den Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen in Zukunft anders sein?

Es gibt übrigens ein schönes Beispiel in Schleswig-Holstein, nämlich Trappenkamp. Als diese Gesamtschule gegründet wurde, hatte sie nur ganz wenige Schüler mit Gymnasialempfehlung. Das wurde immer wieder dazu genutzt, diese Schule zu diskreditieren. Inzwischen ist es soweit, dass diese Gesamtschule eine Oberstufe bekommen hat mit Schülern, die das Abitur ablegen werden, die aus dieser Gesamtschule hervorgegangen sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man muss bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Einteilung von Kindern im Alter von zehn Jahren - in Hamburg wird es wenigstens zwei Jahre hinausgeschoben - wirklich nichts mehr ist, was für

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

die Zukunft noch Bestand haben kann. Nichts ist für die Ewigkeit, auch nicht die Schulformen. Wir können gern über die langfristige Weiterentwicklung der neuen Schulformen reden, aber dann bitte auf der Grundlage von vernünftigen Konzepten, die dazu geeignet sind, alle Beteiligten mit ins Boot zu holen. Dafür ist dieser Antrag nun wirklich nicht geeignet.

Ich lasse alle Einzelheiten zu anderen Punkten weg - darüber kann man gern bei anderer Gelegenheit noch einmal reden - und will nur sagen: Schularten sind übrigens auch kein Selbstzweck. Sie sind nicht nur nicht für die Ewigkeit und auch kein Selbstzweck, sondern sie dienen bestimmten Zielen. Veränderungen in den Schulstrukturen sollen Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen und wissenschaftliche Erkenntnisse geben,

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zum Beispiel auf die schlimme Erkenntnis, dass bei uns in Deutschland der **Bildungsweg** eines jungen Menschen immer noch durch seinen **sozialen Hintergrund** vorgezeichnet ist. Das ist doch nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So sollte es jedenfalls sein, wenn dabei nicht auch Traditionen, Denkweisen und Parteiprogramme, die in der Bildungspolitik übrigens ein starkes Gewicht haben, stärker als in anderen Politikbereichen, eine hohe Bedeutung hätten. Aber dass die Idee von der Bildungsgerechtigkeit und längerem gemeinsamen Lernen in Schleswig-Holstein und zunehmend bundesweit so viel Unterstützung findet, das ist vor diesem schwierigen Hintergrund ein großer Erfolg, auf den wir alle gemeinsam stolz sein können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die FDP war früher einmal eine Reformpartei! - Heiterkeit)

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ach, Herr Neugebauer, gehen Sie in Urlaub, Sie müssen sich ausruhen!

(Heiterkeit)

Vielleicht können wir uns jenseits aller Meinungsverschiedenheiten in einem Punkt einigen: Egal welche Bezeichnung an der Tür einer Schule steht, ob Gemeinschaftsschule oder Regionalschule, entscheidend ist, dass die Schülerinnen und Schüler Unterricht von hoher Qualität bekommen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Frau Ministerin, da gibt es nun ein paar Punkte, bei denen man fragen muss, ob Sie hier nicht etwas nachbessern, nachjustieren müssen. Wenn in dem neuen Mitgliedermagazin der GEW - ich nehme einmal eine Quelle, bei der keiner behaupten kann, das sei ein großer Gegner der Gemeinschaftsschule - darauf hingewiesen wird, dass das **Fremdsprachenangebot** - ich meine jetzt die zweite Fremdsprache an den **neuen Schularten** - sowohl an der Regionalschule als auch an der Gemeinschaftsschule, faktisch schlechter ist als bislang an den Realschulen, wo viele, viele Schüler - das wird an Beispielen deutlich gemacht - Französisch als zweite Fremdsprache gewählt haben, gibt das zu denken.

Weil aber an den neuen Schularten dieses Wahlpflichtfach, für das man sich am Ende der sechsten Klasse entscheiden muss, von vornherein für vier Jahre belegt werden muss, ist das schlicht und ergreifend mit dem Problem verbunden, dass viele Schüler davor zurückschrecken, sich von vornherein für diesen langen Zeitraum für ein schwieriges Fach wie Französisch festzulegen. Da schreibt die Autorin in dem Artikel des GEW-Magazins, dass das zu einer massiven Verschlechterung des Angebotes in der zweiten Fremdsprache Französisch in den neuen Schularten Gemeinschaftsschule und Regionalschule führen wird.

Über solche Punkte kann man sich jenseits aller Unterschiede in den bildungspolitischen Grundsatzzpositionen schnell einig werden. Da muss schleunigst nachgebessert werden, damit sie auch der ersten Schülerpopulation, den ersten Schülerjahrgängen, die diese neuen Schulmodelle durchlaufen, ein gutes, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot liefern.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Ekkehard Klug)

Ein letzter Punkt: Es darf nicht das passieren, was wir heute in einem Artikel der „Dithmarscher Landeszeitung“ lesen, nämlich weil Lehrer nicht da waren - so die Botschaft - in manchen Fällen ein Zivildienstleistender und in anderen Fällen ein Ein-Euro-Jobber Unterricht gehalten haben. Mit anderen Worten: Da wird wirklich etwas - pädagogische Hilfsarbeiter zum Mindestlohn - praktiziert, was in diesem Land zum Stopfen der überall aufgerissenen Löcher in der Unterrichtsversorgung nicht Platz greifen darf. Da gilt es, Einhaltung zu gebieten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja, gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Dr. Klug, habe ich die Position der FDP-Fraktion, die Sie hier dargelegt haben, so richtig verstanden, dass Sie die einzige Fraktion in diesem Haus sind, die sich nicht bei der Ausstattung und Entwicklung der zukünftigen Schulen engagiert, sondern die zurück zu den alten Schulen will, nämlich zur Realschule? Habe ich das richtig verstanden, dass das der Punkt ist, der Sie von den anderen Fraktionen hier im Haus unterscheidet?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch, da haben Sie überhaupt nichts verstanden, sondern nur geschlafen!)

- Dann wiederhole ich das, was ich gesagt habe: Wir halten eine **Weiterentwicklung** des jetzt nach Ihren Vorgaben entstehenden **Schulsystems** für sinnvoll, weil dann in Zukunft neben den Gymnasien und neben den Gemeinschaftsschulen auch die Realschule als drittes mögliches Schulangebot - zumindest als Angebotsschule - wieder eine Chance bekommt. Das ist die Entwicklungsperspektive, die wir mittelfristig für attraktiver und lebensfähiger halten als den Dreiklang von Gymnasium, Gemeinschaftsschule und Regionalschule, den Sie vorgegeben haben, Herr Kollege Stegner. Diese Aussage habe ich vorhin getroffen, und ich wiederhole sie hier auf Ihre Frage hin gern.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die eine Minute ist um, Herr Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Wir glauben, dass wir damit auch bei den Bürgern auf mehr Zustimmung stoßen als Sie.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hat sich wieder einmal in wunderbarer Weise von allen schulpolitischen Perspektiven verabschiedet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie reduziert ihre Argumente immer darauf, dass in der Schule X oder Y Lehrermangel herrscht. Das ist nicht sehr schwierig; damit kann man populistisch immer Stimmen fangen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist aber leider Realität!)

Die Aussage beinhaltet im Grunde genommen: Lasst die Hauptschüler in die Gemeinschaftsschule gehen, damit die **Realschüler** pur und rein in ihrer alten Formation, die es im Übrigen in dieser Form nie gegeben hat, ins Paradies gelangen. Das ist wirklich purer Populismus für einen bestimmten Verband, der eine Volksinitiative startet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Erdsiek-Rave, ich möchte mich auf das beziehen, was Sie gesagt haben.

Erstens machen Sie sich offensichtlich Gedanken - das begrüßen wir sehr -, wie man die **Schulartempfehlung** überwinden kann. Wenn wir an die KMK denken, wird das sicher sehr schwer werden. Es ist aber sehr mutig, dieses Thema anzugehen.

Zweitens haben Sie deutlich gemacht, dass Sie Probleme bei der akuten Umsetzung unseres Antrages sehen, weil Sie **Unsicherheit in der Bevölkerung** befürchten. Diesbezüglich kann man geteilter Meinung sein. Natürlich ist klar, dass dann, wenn eine Landesregierung sich zu solch einem weiteren Korrekturschritt entscheidet, mit großer Behutsamkeit vorzugehen ist. Das war auch der Grund, weswegen wir als Fraktion nicht gleich einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, sondern die Landesregierung zunächst zu einem nächsten Schritt aufgefordert haben. Man muss einen solchen Schritt sorgfältig bedenken und vor Ort auch sorgfältig darüber diskutieren. Den jetzigen Zeitpunkt halten wir dafür aber

(Angelika Birk)

für sinnvoll. Man weiß, dass es noch zwei Jahre dauert, bis die Fünft- und Sechstklässler die Phase erreichen, in der man sich in Bezug auf eine Regionalschule oder eine Gemeinschaftsschule entscheiden muss. Wir wollen diese Zeit nutzen.

Ich will in diesem Zusammenhang einen dritten Punkt ansprechen. Wir müssen uns auch die Situation an bestimmten Schulstandorten vor Augen führen. An bestimmten **Standorten** kann es rein vom Einzugsgebiet her, wenn wir an die Entfernungen auf dem Lande denken, keine Gemeinschaftsschule geben, wenn sich nicht mehrere Schulträger in sinnvoller Weise einigen. Die dortigen Regionalschulen haben allein schon aus Gründen der Größe eine Entscheidung getroffen, die eigentlich nichts mit Schulphilosophie zu tun hat. Wir müssen uns also jeweils sehr genau anschauen, warum eine Schule zu einer Gemeinschaftsschule oder zu einer Regionalschule wird.

Was **Motivation und Akzeptanz** der Schulen angeht, so möchte ich hier ein Zitat des Bürgermeisters aus Handewitt sinngemäß wiedergeben. Er sagte: Ich gebe zu, dass es am Anfang nur darum ging, dass es an meinem Ort eine Schulart gibt, an der man auch das Abitur machen kann. Das war der Grundsatz. Ich habe mich dann aber mit der Schulphilosophie beschäftigt. Sie wissen ja, dass in Handewitt sogar das Förderzentrum integriert ist. Ich bin dann überzeugt worden und stehe jetzt auch inhaltlich ohne Wenn und Aber hinter dieser Schule. Das ist doch eine Revolution hier im Lande. - Daran möchten wir gern anknüpfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag auf Drucksache 16/2162 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP und der Gruppe des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008 (Ostseebericht 2008)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2132

Dazu erteile ich Herrn Europaminister Uwe Döring das Wort.

(Mehrere Abgeordnete verlassen den Saal)

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So schlimm ist der Bericht nicht, dass sich der Saal jetzt gleich leeren muss.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt ja aber eigentlich nicht so sehr auf die Quantität an.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Verbliebene! Die **Ostseezusammenarbeit** hat nach wie vor Konjunktur. Das dokumentiert auch der Bericht, den wir Ihnen vorgelegt haben. Es ist ganz wichtig, dass sich hier wirtschaftliche Potenziale eröffnen, gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen, die wir in Schleswig-Holstein haben. Diese Potenziale sollten wir nutzen.

Zu den regionalen Schwerpunkten zählt mehr denn je die **südwestliche Ostsee**. Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen der strategischen Partnerschaft STRING verbindet Schleswig-Holstein mit den Wachstumsregionen Hamburg, Schonen, Seeland und Kopenhagen. Ich sage hier für die Landesregierung und auch für mich noch einmal: Mit dem Bau der Fehmarnbelt-Brücke wird diese Partnerschaft zusätzliche Schubkraft bekommen. Davon bin ich überzeugt. Dieses Jahrhundertwerk ist mehr als eine Brücke aus Stahl und Beton. Es ist eine Chance für das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Welchen Nutzen hat Ostseezusammenarbeit über wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus? In unserer globalisierten Welt haben kleinere Regionen wie unser Land wenig Chancen, wahrgenommen zu werden und sich im Wettbewerb zu behaupten. Das heißt für uns, dass wir Partner brauchen. Deshalb werden wir auch die **norddeutsche Zusammenarbeit** weiter verstärken. Nur so können wir an der Profilierung von Großregionen im globalen Wettbewerb teilhaben und auch die Richtung der Entwicklung mitbestimmen.

Weitgehende **politische Stabilität** ist gegeben; das gilt auch für die EU-Staaten des Ostseeraums. Auch

(Minister Uwe Döring)

mit Norwegen wird nach gemeinsamen Regeln zusammengearbeitet. Somit sind wesentliche Ziele der Ostseekooperation, die vor 20 Jahren noch weit entfernt schienen, erreicht. Es gibt aufgrund der Osterweiterung bei den nordwestrussischen Regionen und Kaliningrad eine gewisse Außenseiterposition. Deshalb sage ich hier noch einmal deutlich: Die Integration der Russischen Föderation bleibt weiter ein wichtiges Ziel.

Aus meiner Sicht ist aber auch wesentlich, dass **Politik und Projekte** künftig besser miteinander verzahnt werden müssen. Wir haben das Europäische Programm zur Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum. Im Rahmen dieses Programms stehen in der Förderperiode bis 2013 immerhin rund 300 Millionen € zur Verfügung. Die hierdurch ausgelösten Investitionen sollten mit der politischen Zielsetzung der Region übereinstimmen. Projekte mit besonderer strategischer Bedeutung sollten sich der politischen Unterstützung der Ostseeorganisationen versichern.

Ich komme hier zwangsläufig natürlich wieder auf den Bereich der **europäischen Meerespolitik** zu sprechen. Sie wissen, dass ich mich seit drei Jahren für diesen Bereich einsetze. Ich bin sehr dankbar, dass fraktionsübergreifend hier im Landtag mitgetragen wird, dass wir hier mit einer Stimme sprechen. Was diesen Bereich angeht, so hat es in der Kommission eine neue Entwicklung gegeben. Es gibt jetzt für den Nord- und Ostseeraum ein gemeinsames Direktorat. Das entspricht unserer Zielsetzung und dem Anliegen des Landtages und auch der Landesregierung, die Interessen des Ostseeraumes stärker mit den Interessen des Nordseeraums zu verknüpfen. Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren hat hier eine große Chance, die wir nutzen sollten.

Ich setze mich dafür ein, dass die regionale Umsetzung der europäischen Meerespolitik ein fester Bestandteil auch der EU-Ostseestrategie ist. Wir haben darüber vor zwei Tagen beim Parlamentsforum Südliche Ostsee bereits diskutiert. Sie wissen, dass wir im Ausschuss der Regionen eine gemeinsame Gruppe gebildet haben, um Lobbyarbeit für den Ostseeraum zu betreiben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Ostseepolitik Standortpolitik für Schleswig-Holstein ist. In diesem Sinn betreiben wir unsere Partnerschaften im Ostseeraum. Wir nutzen die EU-Programme für territoriale Zusammenarbeit durch Entwicklung konkreter Projekte mit zahlreichen Partnern im Land. Ich nenne hier das Stichwort INTERREG. In diesem Sinne engagieren sich auch die

Fachressorts der Landesregierung in Projekten und in Kooperationen. Sie sehen, neben der Ostseephilosophie, die wir lange Zeit betrieben haben, gibt es auch ganz konkrete Projekte und Maßnahmen, die wir umsetzen müssen. Es gibt noch viel zu tun. Es lohnt sich für uns.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Regierung für den Bericht. - Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion möchte ich dem Europaminister und seinen Mitarbeitern für den hervorragenden Bericht, insbesondere aber auch für die Umsetzung unserer Europapolitik im Ostseeraum danken.

(Beifall bei der CDU)

Lassen wir uns von der Spitzenstellung unseres Landes nicht abbringen. Wir sind das Land an den zwei Meeren mit politischer, wissenschaftlicher und unternehmerischer Kompetenz und Initiative, die herausragend sind, aber auch für die Zukunft höchste Anstrengungen im Blick auf das Ziel erfordern, den **Ostseeraum** bis zum Jahre 2015 zur **maritimen Modellregion Europas** zu entwickeln.

Dies bedeutet, der Ostseeraum soll Pilotregion für die nachhaltige Vereinbarkeit wettbewerbsfähiger Wirtschaft und gleichzeitig eines wirksamen Schutzes der maritimen Ökosysteme werden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Lassen Sie mich aber auch auf einige wenige Inhalte des Berichtes eingehen - Herr Hentschel, wenn Sie das nicht interessiert, stört mich das nicht, aber Sie stören mich im Moment -, die nicht ohne Weiteres beim Lesen die größte Aufmerksamkeit erhalten, aber nach meiner Meinung durchaus hohe Beachtung erfahren müssen.

Dieser Ostseebericht verdeutlicht wesentlich stärker als der vorherige die Notwendigkeit der **Integration** der **nordwestrussischen Regionen der Russischen Föderation** einschließlich Kaliningrads in die Ostseekooperation.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

(Hartmut Hamerich)

Die Russische Föderation ist schon Partner in der „Nördlichen Dimension“ zusammen mit der EU, Island und Norwegen. Das Projekt „Eurofakultät Kaliningrad“ wurde Ende 2007 erfolgreich abgeschlossen, wir haben seit 2001 eine Partnerschaft mit Kaliningrad, und in St. Petersburg sind wir im gemeinsamen Büro mit Hamburg der Föderation ganz nahe. Das reicht aber wohl noch nicht.

Der Bericht selbst sagt, dass sich die Zusammenarbeit mit der **Oblast Kaliningrad** weiterentwickeln muss - von den rein humanitären Ansätzen hin zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe - mit der Erwartung, dass sich die russischen Partner ebenbürtig einbringen. Das sei dringend notwendig. Diese Aussage ist klar und eindeutig, wie auch die Aussage, dass sich die Zusammenarbeit mit der Stadt St. Petersburg auf offizieller Ebene immer noch zögerlich gestaltet. Vielleicht hat ja die Reise des Wirtschaftsausschusses nach St. Petersburg in der vorigen Woche einen kleinen Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit auf Augenhöhe beigetragen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Auf einen anderen im Bericht beschriebenen Sachverhalt möchte ich hinweisen, der meiner Meinung nach ein echtes Problem für die Ostsee darstellt: Es heißt, dass die **ökologische Situation der Ostsee** immer noch besorgniserregend ist und dass die Ostsee überproportional vom globalen Klimawandel betroffen sein wird. Gleichzeitig heißt es, dass sich nach Schätzungen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie das prognostizierte Transportaufkommen in der Ostsee bis 2015 gegenüber 2006 verdoppeln wird, der Öltransport sogar vervierfachen wird. Das würde bei etwa gleicher Schiffsgröße von heute mit circa 250.000 Schiffsbewegungen pro Jahr 500.000 Schiffsbewegungen pro Jahr ab 2015 bedeuten.

Wir müssen unsere Intelligenz darauf verwenden, internationale Ostsee Logistik-Systeme zu entwickeln, die nicht zu dieser Explosion der **Zahl der Schiffsbewegungen** führen. Schleswig-Holstein beteiligt sich laut Bericht an den internationalen Kooperationen zum Schutz der Ostsee mit dem Ziel, die Ostsee zum sichersten beziehungsweise saubersten Seeverkehrsgebiet zu machen.

Das neue Förderprogramm INTERREG III B/Ostsee mit einem gemeinsamen Volumen von 300 Millionen €, die STRING-Partnerschaft mit den Regionen Hamburg, Skane und den neuen dänischen Regionen Seeland und der Hauptstadtregion Kopenha-

gen und alle unsere Kooperationen mit den Ostseeorganisationen geben uns die Möglichkeit zur Problemlösung, zusammen mit den Reedereien. Das ist eine echte Herausforderung.

Auf einen letzten Punkt möchte ich besonders hinweisen: Es ist sehr zu begrüßen, dass die **landgebundene Stromversorgung** von Schiffen während der Hafentagezeiten in den Bericht aufgenommen wurde. Lassen Sie uns gemeinsam mit HELCOM und IMO auch das Problem der **Abwasserentsorgung** insbesondere von Kreuzfahrtschiffen angehen. So sehr wir uns über die fast 130 Kreuzfahrtschiffe mit den fast 200.000 Gästen in diesem Jahr in Kiel freuen, so ist es völlig unakzeptabel, dass im Jahre 2007 keines der 114 angelegten Schiffe in Kiel die mögliche Abwasserentsorgung im Kieler Hafen genutzt hat, sondern die billige, umweltschädliche Entsorgung auf dem Meer vornahm. Das halte ich bei der Forderung zum Schutz der Ostsee für unverantwortlich und unvereinbar mit unseren Zielen.

(Beifall)

Die Ostseeaktivitäten der Landesregierung führen uns in die Spitzenposition. Diese zu erhalten heißt, auch zukünftig unsere Forderungen klar zu sagen, unsere umfassenden Kompetenzen auf höchstem Niveau zu halten und gemeinsam mit allen Anrainerstaaten sowie den nationalen und internationalen Gremien und Partnerschaften konsequent auf das Ziel der maritimen Modellregion Ostsee im Jahre 2015 hinzuarbeiten.

Ich beantrage, den Bericht an den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Müller das Wort.

Hans Müller [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 16. Mai fand das Baltic Sea Forum hier in Kiel statt. An der gut besetzten Podiumsdiskussion zum Thema „Der Ostseeraum - Boomregion im Spannungsfeld zwischen EU und Russland“ haben neben Frau Kötschau Journalisten aus dem Ostseeraum und unter anderem auch Frau Krone-Schmalz mit ihrem besonderen Blick auf Russland teilgenommen. Viele Bereiche, die im Bericht der Ostseeaktivitäten der Landesregierung zu finden sind -

(Hans Müller)

allerdings viel vertiefter und intensiver - wurden auch dort angesprochen.

Für diesen sehr inhaltsreichen und gut lesbaren Bericht zu den Ostseeaktivitäten der Landesregierung möchte auch ich mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Herr Minister Döring, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken.

(Beifall)

Der **Ostseebericht** stellt eindrucksvoll die **Aktivitäten Schleswig-Holsteins** in den einzelnen Gremien der Ostseekooperation und in der Region insgesamt dar. Minister Döring hat in seinem Bericht eine ganze Reihe von Aktivitäten genannt, die die Handschrift Schleswig-Holsteins tragen beziehungsweise von Schleswig-Holstein initiiert und/oder genutzt worden sind. Der Aufgabenkomplex ist bei Ihnen in den besten Händen.

Ich möchte mich aus der Fülle der angesprochenen Themen - der Bericht bearbeitet wirklich einen sehr umfassenden Komplex - auf zwei Themenbereiche beschränken: Das eine ist die sozioökonomische Situation, und das andere ist der interkulturelle Dialog.

Im Bericht selbst ist das große **sozioökonomische Gefälle** zwischen westlichen und östlichen Ostseeanrainern angesprochen. Hier stellt sich wie auch gestern in verschiedenen Beiträgen die Frage nach dem sozialen Europa. An die Ostsee grenzen Staaten mit den höchsten sozialen Standards in Europa neben denen, die diesen Sprung gern schaffen würden. Der Weg dorthin ist aus unserer Sicht nicht zu schaffen, wenn man beispielsweise Gewerkschaften in Schweden hindert, ihre originären Möglichkeiten wahrzunehmen. Das EuGH-Urteil ist gestern von Frau Spooendonk erwähnt worden. Ralf Stegner hat recht, wenn er sagt: Recht hat eine dienende und keine herrschende Funktion.

Wir Sozialdemokraten werden dazu beitragen, im Raum der EU zu Regelungen zu kommen, die das Dumping von Standards und Löhnen nicht weiter zulassen. Das Reduzieren dieser über Jahrzehnte erkämpften sozialen Errungenschaften in den am höchsten entwickelten Sozialstaaten an der Ostsee wäre die falsche Antwort und würde mit Sicherheit für soziale Unruhen sorgen oder zumindest den sozialen Frieden stören.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Antwort heißt: soziale Marktwirtschaft.

Herr Wadehul hat eine Befragung erwähnt, die die Motivationen der Iren nach dem Votum erforscht

hat. Es trifft zu, dass dort vielfältige Antworten und Gründe genannt wurden, aber wichtig zu wissen ist: Die ablehnenden Voten in den Niederlanden, Frankreich und Irland gegen die Verträge waren durch die tiefe Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten darüber motiviert, ob es sich um ihr Europa oder ein Europa der Eliten handelt.

Der zweite Bereich, den ich hier nennen möchte, ist der Bereich der **Kultur** und des **interkulturellen Dialogs**. Denn das Wissen um und das Verständnis gegenüber anderen Mentalitäten ist das Fundament, die Voraussetzung einer erfolgreichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen auch dieser Region. Multilaterale Kulturkooperation wie etwa Ars Baltica - wo Schleswig-Holstein eine führende Rolle einnimmt -, JazzBaltica, folkBaltica, der Russland-Schwerpunkt des Schleswig-Holstein MusikFestivals samt Begleitprogramm des Landeskulturverbandes sind ebenso zu nennen wie die Nordischen Filmtage, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiern.

Die grenzüberschreitenden kulturellen Aktivitäten zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark verdienen hier auch eine besondere Erwähnung und werden auch in diesem Bericht besonders hervorgehoben - besonders das Kinder-Theaterfestival.

In diesem Sinn kann ich nicht nur uns an der Ostsee, sondern auch der Mittelmeerunion auf dieser Grundlage alles Gute wünschen. Wir beantragen die Überweisung an den Europaausschuss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr fahrt trotzdem nicht nach Zypern!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion ist für Schleswig-Holstein ein wichtiges Themenfeld. In Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, beim Umweltschutz, im kulturellen Sektor und im Jugendaustausch trägt die Kooperation mit Partnern rund um die Ostsee dazu bei, unser Land zu stärken und hier Zukunftschancen zu entwickeln.

Der Bericht kennzeichnet den Ostseeraum zutreffend als eine Wachstumsregion, dies wird im Anhang durch die dort veröffentlichten Einfuhr- und Ausfuhrstatistiken für die zurückliegenden Jahre in eindrucksvoller Weise untermauert - und zwar nicht

(Dr. Ekkehard Klug)

nur im Hinblick auf den Handelsverkehr mit Skandinavien, sondern auch in starkem Maße zu den neuen Partnern in Osteuropa, hier namentlich Polen und Russland.

Erfreulich sind aus unserer Sicht auch die Perspektiven für eine **europäische Regionalpolitik** in der Ostseeregion. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung - EFRE - stellt für die laufende Förderperiode 2007 bis 2013 um rund 70 % höhere Mittel als in der vorigen Förderperiode zur Verfügung. Für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion, die aus dem Haushalt der EU finanziert werden können, gibt es damit deutlich bessere Fördermöglichkeiten als bisher.

(Beifall bei der FDP)

Eine der Zielsetzungen der Ostseekooperation - Minister Döring hat das schon genannt - besteht darin, auch **Russland**, also das einzige Ostsee-Anrainerland, das nicht zur EU beziehungsweise nicht zum europäischen Wirtschaftsraum gehört, in ein **Netzwerk von Partnerschaften** einzubeziehen. Dies liegt im Interesse aller Partner, denn viele Problemlösungen, wie zum Beispiel die Sicherung des Schiffsverkehrs auf der Ostsee, sind nur unter Einbeziehung Russlands möglich. Hier voranzukommen ist aber bekanntlich nicht ganz einfach. Herr Minister Döring hat bei früherer Gelegenheit davon berichtet, wie sehr sich die russische Seite dagegen sträubt - so wie sie es sieht - in EU-Politikkonzepten vereinnahmt zu werden und da sozusagen zum Mitmachen veranlasst zu werden. Das hängt mit einer gewissen nationalen Stimmungslage zusammen, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

Aber es gibt doch auch ganz erfreuliche Entwicklungen, was die politische Stimmungsveränderung in Russland angeht. Wir sind im Mai mit dem Ältestenrat auch in St. Petersburg gewesen und haben dabei feststellen können, dass man bei Themen wie der Sicherheit des Seeverkehrs - wo in der Vergangenheit darauf verwiesen worden war, das sei der Kompetenzbereich der russischen Bundesregierung in Moskau, und das müsse man mit derjenigen Stelle in Russland diskutieren, die zuständig sei - jetzt die Antwort auf unsere Frage gegeben hat: Natürlich sei das der Kompetenzbereich der Zentralregierung, aber es betreffe natürlich die Küstenregion in besonderer Weise und deshalb wolle man gern darüber sprechen. Es gibt also ein wachsendes **regionales Selbstbewusstsein**, das wir in St. Petersburg zur Kenntnis nehmen konnten. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass man vielleicht auch im Dialog der Partner in der Ostseeregion in Zukunft politisch et-

was weiterkommt, und zwar auch in Bezug auf Vereinbarungen mit der russischen Seite.

Wir als FDP-Fraktion haben deshalb auch gesagt, dass wir die Bitte unserer Kollegen aus der gesetzgebenden Versammlung der Region St. Petersburg gut finden, mit dem Landtag von Schleswig-Holstein eine Vereinbarung zu einer intensiveren parlamentarischen Zusammenarbeit zu schließen, und zwar auf der Basis dessen, was bereits in einer Vereinbarung mit der Hamburgischen Bürgerschaft von den St. Petersburgern fixiert worden ist. Wir wollen das aufnehmen und in diese Richtung gehen, und zwar auch deshalb, weil das sehr gut formulierte Vorbild der Hamburger Vereinbarung deutlich macht, dass es nicht nur um Austausch von Mandatsträgern und Amtsinhabern geht, sondern auch um den zivilgesellschaftlichen Bereich bis hin zum Jugendaustausch und Studentenaustausch. Wir haben während unseres Aufenthalts in St. Petersburg den internationalen Masterstudiengang „POMOR“, der auf Polar- und Meeresforschung ausgerichtet ist, besucht und waren alle beeindruckt von dem großen Engagement der jungen Leute, die an diesem auf internationale Kooperation ausgerichteten akademischen Bildungsgang teilnehmen.

Zum Abschluss ganz kurz noch eine Anmerkung auch zu Russland: Uns ist auch vom deutschen Generalkonsul und vom Leiter der deutsch-russischen Außenhandelskammer in St. Petersburg mitgeteilt worden, dass es erhebliche Hürden und Hindernisse bei der Erteilung von **Visa für russische Staatsbürger**, die in die EU reisen wollen, gibt. Auch dieses Thema - auch wenn es nicht unsere Kompetenz ist - sollten wir vielleicht im Gespräch mit unseren Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene noch einmal angehen, denn es kann nicht angehen, dass die Kontakte und Partnerschaften, bei denen wir uns in Zukunft einen Ausbau wünschen, möglicherweise an solchen Hürden scheitern oder jedenfalls gebremst werden.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben unterschiedliche Schwerpunkte für die Berichterstattung für die jeweiligen

(Angelika Birk)

Fraktionen gewählt. Das ist aus den Redebeiträgen schon deutlich geworden. Ich habe mich vor allem mit dem kultur-, bildungs- und wissenschaftspolitischen Aspekten beschäftigt. Eines der ältesten und erfolgreichsten ständig wachsenden kulturellen Netzwerke rund um die Ostsee ist ein Ereignis, auf das ich als Lübeckerin sehr gern zu sprechen komme: die **Nordischen Filmtage Lübeck**. Sie werden zwar in dem Bericht erwähnt, aber eher peripher. Diese Institution wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Ganz ohne EU- und Landesförderung ist sie groß geworden, sie zieht heute Zigtausende von Menschen an, Laien wie Fachleute. Lübeck ist jährlich im November das Fenster der skandinavischen und baltischen Filmkunst zum Europa südlich der Ostsee. Nicht der seit einigen Jahren gestartete Versuch der Landesregierung, dieses Ereignis mit roten Teppichen und Glamour aufzuhübschen, ist das Geheimnis des Erfolgs, sondern der Wunsch aller beteiligten Laien wie Fachleute nach gemeinsamem Filmleben und unverkrampftem Dialog.

Nicht zuletzt werden hier **Geschäfte** eingefädelt. Gut drei Monate vor der Berlinale finden hier Filmpremierer aus den nördlichsten Staaten in Deutschland statt. Die erfolgreiche Schleswig-Holsteinische Filmmachwuchsförderung, die Filmemacher wie den legendären Buck hervorgebracht hat, wären nicht denkbar ohne diesen lebendigen produktiven Dialog mit Skandinavien und den baltischen Ländern.

„Wir können auch anders“ - dieser bucksche Filmtitel kann auch für die vielen kulturellen Aktivitäten unter dem Stichwort *Ars Baltica* stehen, zu denen sich nach *Jazz Baltica* als jüngstes Kind die *folk-Baltica* dank enthusiastischer Publikumsteilhabe erfolgreich etablieren konnte. Hier findet wirklich Völkerverständigung und europäische Integration an der Basis statt.

Der Bericht der Landesregierung enthält keine Haushaltszahlen. Das hätte ich mir aber manchmal gewünscht. Denn diese Zahlen dürften in dem einen oder anderen Fall auch peinlich für die Landesregierung sein. Die Mittel, die aus dem Landeskulturretat oder aus der EU für diese nachbarschaftliche Kooperation, wie ich sie gerade skizziert habe, zur Verfügung stehen, sind, abgesehen vom Schleswig-Holstein MusikFestival, das auch zunehmend zu einem nordeuropäischen Ereignis wird, eher minimal.

Ohne das Engagement und das Geld der Städte Lübeck und Flensburg für die genannten Ereignisse, ohne privates Sponsoring und ohne den Zuspruch des Publikums könnten diese Leuchttürme dieser europäischen Kultur nicht stetig blinken. Diese

Leuchttürme dürfen nicht leichtfertig durch Rasenmähersparmaßnahmen zum Flackern oder gar Verlöschen gebracht werden. Dies sag ich auch angesichts dessen, dass wir im Herbst über den Haushalt diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Nachgezogen und deutlich an Qualität und Dichte zugenommen haben in den letzten Jahren auch die **Kooperationen** rund um die Ostsee auf dem Gebiet der beruflichen und wissenschaftlichen **Bildung**, der Lehrerbildung und der Forschung. An manchen Hochschulen, nicht nur in Flensburg, sind sie zum Kern der Aus- und Fortbildung in zentralen Fächern geworden. Dies wollten der bisherige Wissenschaftsminister und manche hier im Parlament nicht wahrhaben. Sie stellen diesem vermeintlichen Luxus der Kooperation mit Dänemark - ich erinnere an die Hochschuldebatte zu Flensburg in der letzten Landtagstagung - und anderen nordischen Ländern die Konzentration auf Pflichtaufgaben gegenüber. Sie verkennen also, dass das spezifische Profil, das Pfund, mit dem unsere Hochschulen wuchern können, genau diese Kooperation mit unseren Nachbarregionen sind, mit Staaten und Kommunen, von denen wir gerade in der Schul- und Wirtschaftspolitik viel lernen können.

(Beifall beim SSW)

Mein Fazit: Anstatt in Brücken aus Asphalt, wie die Fehmarnbelt-Querung, sollte Schleswig-Holstein deutlich mehr in Kultur- und Bildungskooperationen rund um die Ostsee investieren. Das ist nicht nur nice to have, das ist substanziell.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von dieser Kooperation würden wir schließlich auch wirtschaftlich profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der deren Vorsitzender, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung ist in gewohnter Weise ein gutes Nachschlagewerk, das belegt, wie

(Anke Spoorendonk)

vielfältig die Ostseeaktivitäten der Landesregierung sind, dass Ostseepolitik wirklich Landespolitik ist. Dafür, Herr Minister, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank.

(Beifall beim SSW)

Seit der EU-Osterweiterung ist die **Ostseezusammenarbeit** wirklich kontinuierlich und stetig vertieft worden. Dass jetzt acht Ostsee-Anrainerstaaten zur Europäischen Union gehören, hat auf der einen Seite diese regionale Zusammenarbeit erleichtert, denn nicht zuletzt auf Druck Schleswig-Holsteins sind auch in Brüssel wichtige Akzente für die Entwicklung einer EU-Ostseestrategie gesetzt worden. So hat der Europäische Rat im Dezember letzten Jahres die Kommission aufgefordert, spätestens im Juni 2009 eine EU-Strategie für den Ostseeraum vorzulegen. Diese Ostseestrategie soll im Rahmen der jetzt beschlossenen Nördlichen Dimension der EU-Zusammenarbeit entwickelt werden.

Dabei stoßen wir auf der anderen Seite auf die Herausforderung, die sich daraus ergibt, dass Russland außerhalb der EU-Zusammenarbeit steht. Das ist ja schon von meinen Vorrednern angesprochen worden. Auch aus Sicht des SSW ist die **Zusammenarbeit mit Russland** ein ganz wichtiger Punkt, wenn es darum geht, die Ostseeaktivitäten auch der Landesregierung weiter auszuweiten. Norwegen und Island sind zwar auch keine EU-Mitglieder, haben aber enge Beziehungen zur EU und auch viele Kooperationsverträge mit Brüssel.

Die Zusammenarbeit mit Russland bleibt eine andere Baustelle und ist gleichzeitig von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Ostseekooperation, wie es ja auch - ich sagte es bereits - im Bericht der Landesregierung heißt und wie dem Ältestenrat bei seinem Besuch in Helsinki und St. Petersburg noch einmal deutlich geworden ist.

In den letzten Jahren war zu beobachten, wie sich Russland verstärkt darum bemühte, an die alte Rolle als Weltmacht anzuknüpfen und in vielerlei Hinsicht nicht immer gewillt gewesen ist, konstruktiv mit der EU zusammenzuarbeiten. Vor dem Hintergrund der enormen Öl- und Gasreserven des Landes bei gleichzeitig stark ansteigenden Preisen befindet sich Russland ja auch in einer Position, die es dem Land zum Teil bereits erlaubt, der EU seinen Willen aufzuzwingen. Wir brauchen aber einen konstruktiven russischen Partner, wenn wir die Ostseekooperation erfolgreich weiterführen wollen. Das heißt, alle Ostsee-Anrainerstaaten müssen sich gemeinsam darum bemühen, Russland noch besser in diese Zusammenarbeit zu integrieren. Auch das war

ja eine deutliche Botschaft unseres Besuchs in Helsinki, denn nicht zuletzt Finnland bemüht sich um die Weiterentwicklung der Nördlichen Dimension und hat ja letztlich auch diese Strategie oder diese Dimension erfunden. Das ist ein langer Prozess.

Wie schwierig sich dieser Prozess gestaltet, zeigt unter anderem die aktuelle Diskussion um die Ostsee-Pipeline. Auch die angespannten Beziehungen der baltischen Staaten zu Russland stellen immer wieder eine Hürde dar. Wir brauchen aber eine differenzierte, eine vertiefte Nachbarschaftspolitik mit Russland, ohne dass wir in der Ostseekooperation von unseren Prinzipien in entscheidenden Fragen abweichen. Auch das ist wichtig festzuhalten, denn gerade im Bereich der **maritimen Wirtschaft** und in der Meerespolitik müssen alle Ostsee-Anrainerstaaten an einem Strang ziehen, um der besonderen Empfindlichkeit des Ökosystems Ostsee Rechnung zu tragen. Die Prognosen für die Zunahme des Schiffsverkehrs, der sich nach Schätzungen bis 2015 sogar verdoppeln soll, zeigen, vor welchen Herausforderungen wir in diesem Bereich stehen. Auch das sagte der Kollege Heinrich vorhin in seinem Beitrag. Insgesamt sollten aber alle Ostsee-Anrainer ein gemeinsames Interesse daran haben, dass die Vision der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz 2007 in Berlin, den **Ostseeraum** zu einer **Modellregion** vor allem in Bezug auf die Bereiche Energie, integrierte Meerespolitik, Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt zu machen, auch umgesetzt wird.

Letztlich bleibt es für den SSW wichtig, dass wir die Ostseezusammenarbeit nicht nur unter den Aspekt eines gemeinsamen Marktes betrachten. Vielmehr muss die völkerverständigende Komponente im Mare Balticum weiter ausgebaut werden. Das hat mit der Arbeit für ein soziales Europa zu tun. Das hat aber insbesondere mit der Erweiterung von Kultur - und Jugendaustauschmöglichkeiten zu tun, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es ja: Nichts vertieft die Beziehungen zwischen Nachbarländern so sehr wie der Ausbau der kulturellen Begegnungen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 16/2132 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

(Präsident Martin Kayenburg)

Meine Damen und Herren, ich weiß zwar nicht, ob es die Aufmerksamkeit erhöht, aber vielleicht wächst die Präsenz im Saal etwas, wenn ich jetzt Tagesordnungspunkt 6 aufrufe:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz SHWoFG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2134

Die Fraktionen schlagen vor, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen und dann in der zweiten Lesung darüber zu diskutieren. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden, und die vereinbarte Endzeit rückt wieder etwas näher.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 26 a auf:

Gefährdungen durch die Giftmüldeponie Schönberg

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2172

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen, ob in dieser Tagung ein mündlicher Bericht erfolgen soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann erhält der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort. Herr Minister, bitte.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worüber reden wir im Augenblick, wenn wir die Schlagzeilen in der Zeitung lesen und wenn wir auch die Debatten in der Kommunalpolitik vor Ort mitverfolgen? Wir reden über eine epidemiologische Vorstudie, und mein Eindruck ist, wenn man die Studie einmal gesehen hat und ihren Umfang zur Kenntnis nimmt, dass offenbar nur wenige sie gelesen haben, aber viele über sie reden und noch mehr Konsequenzen aus einer Studie fordern, die sie wirklich nie gelesen haben.

Worum ging es in dieser Studie? Es ging um zwei Untersuchungsbereiche, nämlich einmal um **Tumorerkrankungen** bei der Bevölkerung in der Umgebung der Deponie und zum anderen um Tumorerkrankungen der Belegschaft. Was sagt die Studie aus? Sie sagt aus, dass bei der Bevölkerung keine konsistente statistisch signifikante Erhöhung der Krebsinzidenz und/oder Mortalität im Nahbereich der Deponie festgestellt wurde. Sie sagt zu den Beschäftigten aus, dass bei ihnen ein moderat erhöhtes Krebsrisiko vorhanden ist. Betroffen sind dabei Mitarbeiter, die bereits vor der Wiedervereinigung dort tätig gewesen sind.

Wenn man also aus dieser Studie etwas zum Gefährdungspotenzial für den Menschen ableiten will, dann belegt diese Studie zunächst einmal nur eines. Sie belegt, dass sich der real existierende Sozialismus gegen die Umwelt und gegen seine Bürgerinnen und Bürger im wieder - auch noch in den 80er-Jahren - in unverantwortlicher Weise verständigt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn ich die Beschreibung in der Zeitung lese, welche Entwicklungen ein Mitarbeiter dort noch in den 80er-Jahren gesehen hat und welche Tatsachen er beschreibt, dann ist das wirklich grauenerregend und man muss heute den wiederkehrenden Nachfolgern der alten SED manchmal vielleicht vor Augen halten, was damals auch in ihrer Verantwortung geschehen ist.

Es ist allerdings keinerlei - das wird eindeutig gesagt - Ansatz dafür sichtbar, dass es eine **Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung im Nahbereich der Deponie** gibt. Inwieweit das auch für weitere Beschäftigte gilt, die später eingestellt worden sind, kann die Studie ausdrücklich nicht sagen. Darum ist angekündigt, dass nach dieser Vorstudie weitere Studien erstellt werden sollen. Wir begrüßen das ausdrücklich. Ich möchte mich hier aber - und das sage ich auch noch einmal ganz deutlich in Bezug auf die aktuellen Debatten auch vor Ort - ausdrücklich vor alle meine Vorgänger stellen, die hier seit 1990 im Amt gewesen sind, denn das Thema stand immer auf der Tagesordnung.

Dieses Thema war eines, das immer - von Herrn Heidemann bis Herrn Müller - mit Sorgfalt behandelt worden ist. Deshalb haben wir uns nicht allein auf die Auswertung des Geologischen Landesamts in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 1996 verlassen. Dies hat nämlich festgestellt, dass es eine wirksame Abdichtung gibt und dass im Untergrund

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

keine Kontaminationen durch die Deponie festzustellen sind.

Im Jahr 2000 haben unter Herrn Müller umfangreiche Untersuchungen durch das LANU stattgefunden. Das Untersuchungsprogramm zur Untertraverinne belegt, dass im Bereich der **Trave** eine unterirdische geologische Struktur verläuft, die eine wirksame Barriere für Grundwasserströme aus den angrenzenden Wasserleitern Mecklenburg-Vorpommerns bildet.

Wir sind deshalb sehr sicher, dass es hier keine Verunreinigungen gibt. Im Übrigen wird regelmäßig an allen Ecken der **Deponie** gemessen. Die Messungen werden zunächst einmal von Mecklenburg-Vorpommern selber vorgenommen. Es gibt weder Wissensdefizite noch keine kontinuierliche Überwachung. Wichtig ist darüber hinaus, dass diese Überwachungsergebnisse mitgeteilt und veröffentlicht werden. Der Prozess der **Überwachung** verläuft also transparent.

Meine Vorgänger und insbesondere Herr Müller haben sich dafür eingesetzt, dass im Jahr 2002 ein **Beirat zu Umweltfragen** ins Leben gerufen wurde. In diesem Beirat sind Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bürgerinitiativen aus Lübeck, Selmsdorf, Kreisbehörden und Deponiebetreiber vertreten. Alle erforderlichen Unterlagen sind von den beteiligten Behörden zeitnah vorgelegt worden, und deshalb gibt es im Moment überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der betriebene Abschnitt der **Deponie Ihlenberg** nicht nach Recht und Gesetz und entsprechend dem Stand der Technik verfüllt wird. Darum gibt es weder die Notwendigkeit noch die rechtliche Möglichkeit, Abfalltransporte aus Schleswig-Holstein in diesem Bereich zu stoppen. Nach einer Auswertung von Begleitscheinen, die im Rahmen des **abfallrechtlichen Nachweisverfahrens** für gefährliche Abfälle zu führen sind, wurden in den letzten anderthalb Jahren circa 48.000 Tonnen **Sonderabfälle** aus Schleswig-Holstein auf der Deponie Ihlenberg abgelagert. Das waren kontaminierte mineralische Abfälle. Entsprechend den rechtlichen Nachweisregelungen hat diese Entsorgungsvorgänge nicht Schleswig-Holstein, sondern das für die Deponie Ihlenberg zuständige Bundesland **Mecklenburg-Vorpommern** genehmigt.

Ich sage es noch einmal: Die Studie bietet vieles. Sie bietet auch eine Grundlage, um die Nachfrage zu stellen, wie es heute mit Mitarbeitern aussieht, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten in der Deponie gearbeitet haben. Dafür ist eine Studie angekündigt. Diese werden wir uns angucken.

Die Studie gibt allerdings keinen Anlass, um Panik in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Sie gibt vielmehr für den Nahbereich der Deponie Grund zur Entwarnung. Ich finde, man sollte diese Studie sorgfältig analysieren, bevor man sich in der Öffentlichkeit medienwirksam dazu äußert.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorstudie der Universität Greifswald über die gesundheitliche Gefährdung der Menschen durch die **Mülldeponie Schönberg** hat eine erschreckende Häufung von krebserkrankten Arbeitern zutage gefördert. Sie hat vor allen Dingen einen symbolischen Wert. Denn alle Deponiebetreiber - ob nun die Exponenten der ehemaligen DDR, die späteren Privatbetreiber wie die Hilmer-Gruppe oder jetzt die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern - haben immer gesagt, dass die Deponie nicht gesundheitsgefährdend ist.

Nun liegt zum ersten Mal schwarz auf weiß eine Aussage über die Mitarbeiter, die dort tätig waren, vor. Man muss allerdings eine Einschränkung vornehmen: Es wurden nur diejenigen untersucht, die von 1983 bis 2004 dort tätig waren.

Die kritischsten Dinge sind allerdings in den Anfängen ab 1979 passiert. Es wurden beispielsweise nicht die Lastwagenfahrer und Lokführer untersucht, die sich jetzt durch die Veröffentlichung ermutigt sehen, ihr Schweigen zu brechen und in den Medien Auskunft über die Konditionen der **Deponiebelieferung zu DDR-Zeiten** zu geben. Sie sind zwar schwer krank, sagen aber selber, dass sie nicht wissen, worauf ihre Krankheit beruht. Wenn man allerdings berücksichtigt, was diese Menschen erlebt haben, dann kann man sich schon denken, dass die Bedingungen auf der Deponie ein Indiz für die Krankheit sein können.

Die Situation ist also so, dass nur eine Teilpopulation derer, die mit schweren **Giften** zu tun hatten, untersucht worden ist. Trotzdem vernehmen wir eine beunruhigende Anhäufung von **Krebserkrankungen** und Todesfällen.

Vielleicht erinnern wir uns nicht mehr alle daran, aber uns muss klar sein, dass europaweit eine der

(Angelika Birk)

gefährlichsten Giftmülldeponien gleich hinter der Grenze von Lübeck auf einer durchlässigen Kiesgrube liegt und dass sie illegal den gefährlichsten Dreck aus Europa, aber auch aus Nachbarbundesländern aufgenommen hat. Es wurde damals häufig versucht, die **westdeutschen Standards** zu umgehen, indem man beispielsweise nur auf osteuropäischem sozialistischen Territorium diese Güter transportiert hat. Diesbezüglich ist der Bericht in den „Lübecker Nachrichten“ aus den letzten Tagen sehr lesenswert. Ich empfehle Ihnen, sich die Geschichte auf Wikipedia anzuschauen. Sie brauchen nur „**Ihlenberg**“ als Stichwort einzugeben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie wissen, dass nicht alles stimmt, was bei Wikipedia steht, oder?)

Dort finden Sie einen sehr kritischen Abriss über die Geschichte dieser Deponie und in vielen Punkten wird auch kritisch auf frühere Landesregierungen von Schleswig-Holstein verwiesen.

Das **Grund- und Trinkwasser** einer ganzen Region in Mecklenburg-Vorpommern und in der Lübecker Region ist gefährdet. Ich kenne die Theorie und ich kenne auch die Aussagen über diese sogenannte Barriere, wonach unterhalb der Trave wasserabweisendes Gestein existieren soll. Ja, es gibt diese Barriere, aber niemand weiß genau, wie lang sie ist und es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass auch diese Barriere nicht hundertprozentig dicht ist. Das wäre auch sehr ungewöhnlich. Schließlich haben wir auch keine völlig dichte Barriere von der Ostsee bis nach Bayern.

Von daher halten wir es nicht für eine übertriebene Panikmache, sondern für sehr sinnvoll, dass sowohl der Umweltdezernent zu Lübeck, Herr Geißler, als auch der Landrat, Herr Sager, als auch der Bürgermeister gefordert haben, entschieden zu handeln. Die Hansestadt hat sich gestern in der Bürgerschaft sehr ausführlich mit dem Thema befasst, was ich begrüße.

Die **Hansestadt Lübeck**, deren Trinkwassereinzugsgebiet unmittelbar berührt ist, ist nur zu ermutigen, ihre Rechte auch mit juristischen Schritten sichtbar geltend zu machen. Hierbei sollte das Land Schleswig-Holstein die Stadt unterstützen. Dies ist der einzige Hebel, um die Grundwasser- und Oberflächengefährdung auszuschließen. Es sind alle **Daten** über die Brunnen zu veröffentlichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Minister Dr. Christian von Boetticher: Sind doch veröffentlicht!)

Eines möchte ich kritisch anmerken: Die Hansestadt Lübeck hat die Daten der Brunnen, die wegen ungenießbaren Wassers geschlossen werden mussten - wir beziehen inzwischen unser Wasser in Lübeck aus der Hamburger Region -, nicht veröffentlicht und auch die Beiratsmitglieder, Herr Minister, sind nicht Ihrer Meinung, dass alles veröffentlicht worden ist.

Die Daten zu den Brunnen wurden mehrfach angefordert. Die CD, die dann irgendwann einmal geliefert wurde, war unbrauchbar. Auch Fachleute aus der Bürgerinitiative - diese verfügen über genug Erfahrung, um diese Daten auswerten zu können - sind der Meinung, dass die CD nicht alle Daten enthält. Insofern kann man verstehen, warum manches Beiratsmitglied das Gremium frustriert verlassen hat.

Also, es muss seitens des **Landes Mecklenburg-Vorpommern** eine lückenlose Offenlegung durchgesetzt werden. Darüber hinaus muss die **Verursacherfrage** geklärt werden. Die Kosten der Behandlung der Menschen, die erkrankt sind, sowie die Kosten für eine völlige Sanierung dieser Deponie müssen den Verursachern auferlegt werden. Deshalb ist es aus unserer Sicht ein Fall für die Staatsanwaltschaft, die aktuellen Veröffentlichungen zum Anlass zu nehmen, um die Verbrechen in den Gründerjahren zu verfolgen.

Eine letzte Bemerkung: Inzwischen sind die Stasi-Akten öffentlich zugänglich.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Birk, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich weiß.

Präsident Martin Kayenburg:

Da Sie es wissen, können Sie ja jetzt Schluss machen.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Anhand der Stasi-Akten kann man nachvollziehen, wie kriminell vorgegangen worden ist. Nach meiner Kenntnis ist das bisher von den Staatsanwaltschaften nicht verfolgt worden.

Es gibt also gute Gründe, um zu sagen, dass diese Deponie erst einmal nicht weiter beliefert werden soll, bevor nicht alles geklärt ist. Obwohl für die heutigen Belieferungen die **TASi-Richtlinien** und

(Angelika Birk)

andere Gesetzgebungen gelten, ist dieser Ort nicht geeignet, um dort noch weiteren Müll anzuhäufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Axel Bernstein das Wort.

Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir investieren jedes Jahr viele Milliarden Euro, um die verheerenden Hinterlassenschaften des sozialistischen Regimes in den Griff zu bekommen. Insbesondere der Umgang mit der Umwelt war vonseiten des Staates DDR von einer erschreckenden Gleichgültigkeit geprägt.

Frau Birk, um auf Ihre Formulierung zu antworten: Man muss hier Ursache und Wirkung auseinanderhalten. Es ist doch bemerkenswert, dass ausgerechnet der Staat, der für sich in Anspruch nahm, eine Zukunftsvision für die künftige Gesellschaftsordnung der Menschheit umzusetzen, das nur solange konnte, weil er sich unter anderem dem Klassenfeind gegen Devisen als Müllkippe angeboten hat.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da wollen wir Ursache und Wirkung nicht aus den Augen verlieren.

Das Gutachten, das jetzt vorliegt und das sich mit der **Krebshäufigkeit** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der **Deponie Ihlenberg** zu **DDR-Zeiten** befasst, kann ein weiterer Hinweis auf diese soeben angesprochene Gleichgültigkeit sein. Ich glaube, der Minister hat alles Nötige zu dem gesagt, was zu tun ist und weiter aufzuklären ist, um hier Klarheit zu erhalten.

Zu einem anderen Punkt. Um es ganz deutlich zu sagen: Die entscheidende Aufgabe für uns muss sein sicherzustellen, dass es keine Gefährdung des **Grundwassers** und der Bevölkerung in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Deshalb wird die Grundwasserqualität intensiv und permanent überwacht. Derzeit - es wurde bereits angesprochen - gibt es keine Anhaltspunkte dafür,

dass es eine Kontamination des Grundwassers geben könnte.

Ich bedanke mich ausdrücklich für den Bericht des Ministers. Er hat eben aufgezeigt, dass es für die **Bevölkerung** in Schleswig-Holstein, in Lübeck keine Gefährdung gibt. Er hat aufgezeigt, dass es eine offensichtlich wirksame geologische Sperre zwischen den Grundwasserleitern in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gibt. Er hat auf die Zusammenarbeit mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern, mit den beteiligten Gebietskörperschaften und den Bürgerinitiativen in der Region hingewiesen.

Wir sollten die aktuelle Diskussion dennoch zum Anlass nehmen, erneut zu prüfen, ob die **Überwachungssysteme**, die derzeit in Betrieb sind, und die geologische und technische **Abdichtung der Deponie** unserem Sicherheitsbedürfnis gerecht werden können.

Eines soll dabei aber auch nicht verschwiegen werden, nämlich dass der aktuell betriebene Teil der Deponie den derzeit geltenden rechtlichen und technischen **Standards** entspricht. Wer deshalb fordert, das Land Schleswig-Holstein solle eine Belieferung von Ihlenberg einstellen oder unterbinden, handelt entweder bewusst populistisch oder weiß eben nicht so recht um diese rechtlichen Rahmenbedingungen. Wenn die Kollegen Baasch, Müller und Rother - sicherlich aus örtlicher Betroffenheit - genau zu dieser Forderung kommen, muss ich, Nachdem Ministerpräsident Engholm bereits 1988 angekündigt hatte, er wolle sich für die Schließung der Deponie einsetzen, schon die Anmerkung machen: So einfach kann es wohl nicht sein. Er hatte bis zum heutigen Tage 20 Jahre Zeit, etwas zu tun.

Es gilt jetzt, das **Gutachten** gründlich auszuwerten. Es gilt zu prüfen, ob darin Hinweise auf eine mögliche Gefährdung von Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein enthalten sind. Es gilt zu prüfen, ob die heutigen Messpunkte, die betrieben werden, geeignet sind, eine potenzielle Gefährdung rechtzeitig zu erkennen. Wir sollten das Land Mecklenburg-Vorpommern und den Bund ermutigen, alle Maßnahmen, die notwendig werden könnten, zu ergreifen, um eine Verunreinigung des Grundwassers durch die Deponie und mit Auswirkung auf Schleswig-Holstein zu verhindern. Das ist unsere entscheidende Aufgabe. Alles andere ist ein bisschen Diskussion über verschüttete Milch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorliegende **Studie** der Universität Greifswald macht eine eindeutige Aussage:

„Eine statistisch signifikante Erhöhung der Häufigkeit maligner Erkrankungen unter den Beschäftigten der Deponie Ihlenberg ist auf der Basis der vorliegenden Untersuchung zu bejahen.“

Die Wissenschaftler haben ein 80 % höheres **Krebsrisiko** ermittelt. Die Studie bezieht sich hier vor allem auf Beschäftigte, die vor der politischen Wende dort gearbeitet haben. Für die Beschäftigten, die später hinzukamen, kann die Studie noch keine abschließenden Bewertungen vorlegen.

Die SPD warnt schon seit Jahrzehnten vor den Gefahren der Deponie und forderte immer wieder deren Schließung. Wir hatten dazu einen Untersuchungsausschuss eingesetzt und waren gegen Transporte von Giftmüll nach Schönberg.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] - Minister Dr. Christian von Boetticher: 17 Jahre!)

Ich zitiere hier Konrad Nabel aus dem Landtagsprotokoll vom 14. August 1996:

„Die schleswig-holsteinische SPD hat es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stets abgelehnt, Müll aus unserem Land in Schönberg zu deponieren.“

Das ist nun fast zwölf Jahre her, und unsere Forderungen und Aussagen haben sich nicht geändert.

Nach der Veröffentlichung der Studie kann sich niemand mehr herausreden. Wer jetzt noch behauptet, von der Deponie gingen keine Gefahren aus, handelt unverantwortlich.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir schließen uns daher den Forderungen der SPD-Fraktion Lübeck an und fordern die sofortige und rückhaltlose **Aufklärung aller Gesundheits- und Umweltrisiken**. Dazu gehört die Offenlegung aller Unterlagen sowie Untersuchungs- und Messergebnisse, die es zu dieser Deponie gibt. Vielleicht kann ja Herr Kubicki noch Unterlagen dazu beisteuern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Fragen Sie doch Ihren ehemaligen Ministerpräsidenten!)

Wir fordern weiter die Durchführung weiterer **Grund- und Oberflächenwasseruntersuchungen** an der Deponie, die Weiterführung der aktuellen epidemiologischen Studie über das Jahr 2004 hinaus, die Erarbeitung und Vorlage eines schlüssigen **Konzeptes** für eine dauerhaft sichere **Deponierung** des dort bereits eingelagerten Sondermülls, die Offenlegung der Art, Menge, Beschaffenheit und Lage des **Sondermülls** sowie des Wasserhaushalts und die Erarbeitung einer **Gefahrenabschätzung** für die Mitarbeiter und Menschen, die um die Deponie leben, sowie für die landwirtschaftlichen Flächen, die sich im Grundwasserbereich der Deponie befinden.

Gerade die erschütternden Aussagen des Lkw-Fahrers, der in den „Lübecker Nachrichten“ zitiert wurde, zeigen uns, wie leichtfertig hier mit **Giftmüll** umgegangen und wie wenig Rücksicht auf die Gesundheit der Mitarbeiter genommen wurde.

Es handelt sich hier um die größte Giftmülldeponie Europas, daher ist das Ganze von überregionaler Bedeutung. Die Regierung Schleswig-Holsteins mit Federführung des Umweltministeriums steht in der Pflicht, die Gefährdung von Menschen und Umwelt mit aufzuklären und dementsprechende Initiativen zu ergreifen. Das Ganze muss in enger Absprache mit dem Sozialministerium durchgeführt werden, da es hier auch um Gesundheitsschutz geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die Regierung im Interesse der eigenen Bevölkerung mit der **Regierung Mecklenburg-Vorpommerns** unsere Forderungen verhandelt und durchsetzt. Ich kann unsere alte Forderung nur wiederholen: Wir wollen die Schließung der Deponie und ein schlüssiges Konzept für die Sanierung der Deponie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Minister Dr. Christian von Boetticher: Wo waren alle meine Vorgänger, fragt man sich da!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesen Forderungen, Kollege Schulze, kann ich

(Günther Hildebrand)

nur sagen, Kollege Schulze: Sie haben doch lange genug selbst die Landesregierung gestellt. Warum ist denn da in diesem Bereich nichts passiert?

(Beifall bei FDP und CDU)

Insofern sollten Sie vorsichtig sein, wenn Sie solche Forderungen stellen. So etwas entlarvt sich sehr schnell.

Im Oktober 2005 hat die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald beauftragt, zu untersuchen, ob von der **Deponie Ihlenberg** ein **höheres Krebsrisiko** für die Beschäftigten und die umliegende Bevölkerung ausgeht.

Die Ergebnisse der Studie wurden am 3. Juli in einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsministeriums und des Sozialministerium, der Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten Mecklenburg-Vorpommern und der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft vorgestellt. Am 4. Juli fand eine gemeinsame Pressekonferenz statt. Die komplette **Studie** ist seit diesem Zeitpunkt im Internet verfügbar. Sie war mit einer Sperrfrist versehen, und ich räume ein, dass diese knapp hinter der Frist für den Redaktionsschluss für Drucksachen zu dieser Tagung lag.

Trotzdem hätte ich mir gewünscht, dass die Grünen am 9. Juli nicht einen Dringlichkeitsantrag zu möglichen Gefährdungen durch die Deponie Ihlenberg gestellt hätten, sondern die Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am gleichen Tag genutzt hätten, um zu einer sachlichen Aufklärung beizutragen.

(Beifall bei der FDP)

Nicht, weil der Landtag in Schleswig-Holstein dieses Thema in dieser Sitzung nicht behandeln sollte. Das laut Studie „moderat erhöhte Krebsrisiko bei Beschäftigten der Deponie“ und die damit verbundene Sorge, dass möglicherweise krebserregende Stoffe oder Emissionen auch die Bevölkerung im näheren Umfeld der Deponie in Mitleidenschaft gezogen haben könnten, erfordern es ohne Frage, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag mit diesem Thema auseinandersetzt. Die entscheidende Frage ist nur,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie!)

wie.

Nach Aussagen der Autoren der Studie erlauben „die Ergebnisse ... derzeit weder einen Rückschluss auf die Ursache des beobachteten Risikos noch eine Aussage darüber, ob dieses Risiko aktuell weiter

besteht ... Eine konsistente statistisch signifikante Erhöhung der Krebsinzidenz und/oder -mortalität im Nahbereich um die Deponie“ wurde nicht festgestellt. „Genauso wahrscheinlich ist ..., dass keinerlei relevante Beeinträchtigung der Gesundheit der umliegenden Einwohner durch Emissionen von der Deponie Ihlenberg vorliegen.“

So weit Zitate aus diesem Gutachten.

Eine dringliche, keinen Aufschub duldende Situation liegt also nicht vor. Auch die eher aktionistischen Forderungen von Herrn Saxe begründen sie nicht. Es hat ja, nebenbei gesagt, auch der Umweltsenator Geißler, unser ehemaliger Kollege, festgestellt, dass es in den Wasserproben aus den **Beobachtungsbrunnen** keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, dass das Wasser irgendwie kontaminiert ist.

Gleichwohl erkenne ich an, dass es sehr wohl - trotz oder auch wegen der jüngsten Aussagen in der Studie - Ängste und Sorgen in der Bevölkerung gibt, dass irgendwie doch eine **Gefährdung von der Deponie** ausgehen könnte.

Um so wichtiger ist es, dass wir uns in einem ehrlichen Umgangston mit diesen Bedenken und dem damit verbundenen Wunsch nach noch mehr Aufklärung sachlich auseinandersetzen. Denn unsere Aufgabe ist es, die Ängste der Betroffenen ernst zu nehmen und keine Ängste zu schüren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Leider sehen die Grünen das offensichtlich ganz anders. Statt fair und transparent mit dem Nichtwissen, wie ich es nennen möchte, um die Krebserkrankungen in Schönberg umzugehen, statt die Studie auszuwerten, sie möglicherweise überhaupt erst einmal angemessen zur Kenntnis zu nehmen, gießen sie ihre eigenen Sichtweisen und Vorurteile voreilig in einen Dringlichkeitsantrag. Die ganze Wortwahl und Fragestellung des Antrags atmet diesen Geist. Sie lehnen die Deponie ab, und alles, was dieser Zielsetzung dient, wird zur vermeintlichen Wahrheit überhöht.

Wir brauchen aber keine emotional aufgeheizte Debatte über die Deponie, wir brauchen die ehrliche und transparente Auseinandersetzung mit den möglichen Problemen vor Ort. Alles andere ist - auch für die Betroffenen - schlicht eine Zumutung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Federführend in dieser Debatte wird und muss sicherlich die **Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern** sein. Ich bin der Hoffnung, dass Ministerpräsident Harald Ringstorff und das zuständi-

(Günther Hildebrand)

ge Team mögliche offene Fragen aufklären können. Nebenbei: Unsere Kollegin Siegrun Reese von der FDP-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern hat zu diesem ganzen Bereich eine Kleine Anfrage mit sieben Punkte gestellt. Auch diese Frage trägt sicherlich zur weiteren Aufklärung bei. Schleswig-Holstein wird, davon bin ich überzeugt, sicherlich dabei auch helfen.

Wir werden auf der Grundlage der Studie und vielleicht sogar darüber hinaus die Deponie und ihre Umgebung genau ansehen, auch wenn es aktuell keine Hinweise darauf gibt, dass die Deponie in der Umgebung in der Bevölkerung Krebserkrankungen ausgelöst hat.

Wir werden die Brunnen und das Trinkwasser in der Umgebung der Deponie und damit auch in Lübeck unter Kontrolle behalten, auch wenn es bislang keinen Nachweis für eine Gefährdung des Lübecker Trinkwassers gegeben hat.

Keinesfalls werden wir uns aber Fragen und Erklärungen hingeben, die vielleicht spannend sind, die aber ebenso wenig geeignet wie dienlich sind, die Wahrheit in der kontroversen Diskussion um die Mülldeponie Ihlenberg zu finden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Der Körpersprache des Kollegen Lars Harms entnehme ich, dass er reden will. Eine Meldung liegt hier aber nicht vor. Gleichwohl, Sie haben das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang des Monats wurde in einer gemeinsamen Presseerklärung der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft, der Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten Mecklenburg-Vorpommern und des dortigen Sozialministeriums veröffentlicht, dass eine dreiteilige Studie der Universität Greifswald vorliegt, die zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Zahl der registrierten **Krebserkrankungen bei den Beschäftigten** der Deponie zwischen 1983 und 2004 um 80 % über dem statistisch zu erwartenden Wert liegt. Weiter wurde festgestellt, dass aufgrund der in der Deponie befindlichen Stoffe eine Belastung mit **krebserregenden Stoffen** nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Bei den Menschen in der **Umgebung** der Deponie sind keine auffällig hohen Krebserkrankungsraten festzustellen, wurde dort

gesagt. Für uns bleibt trotzdem festzuhalten, dass sich die Deponie Schönberg wieder einmal durch negative Schlagzeilen auszeichnet.

Derartige Nachrichten führen natürlich wieder zu Verunsicherungen in der Bevölkerung. Denn das Vertrauen in die Deponie und ihre Betreiber hat über Jahre hinweg gelitten, und die Menschen in Lübeck und Umgebung haben ein Recht darauf, zu erfahren, was sich in ihrer Umgebung abspielt. Daher halten wir es für mehr als angemessen, dass endlich Klarheit über die Deponie und ihre **Auswirkungen auf die Umwelt** geschaffen wird. Wir brauchen klare Aussagen über mögliche **Sicherheitsrisiken** für die Bevölkerung in der Umgebung. Daher ist es richtig und wichtig, dass die Erkenntnisse, die der Landesregierung vorliegen, offengelegt werden, und dort, wo es Defizite gibt, müssen diese abgearbeitet werden. Vermutungen und Annahmen führen nicht weiter und sind der Sache nicht dienlich. Wenn Giftstoffe aus der Deponie in das **Lübecker Trinkwasser** gelangen könnten, brauchen wir hierüber Klarheit, auch wenn Messungen der Stadtwerke Lübeck bislang keine Anhaltspunkte dafür geben.

Die Studie belegt eindeutig und ist ein Warnsignal dafür, dass Handlungsbedarf besteht. Daher können wir als SSW den Forderungskatalog der SPD Lübeck nur unterstützen, der sich in vielen Punkten mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag deckt. Die Forderung nach einer sofortigen **Stilllegung** der Mülldeponie Schönberg/Ihlenberg ist nach Auffassung des SSW jedoch nicht geeignet, um das Problem zu lösen, denn die Ursprünge liegen wohl eher in der Vergangenheit als in der Gegenwart.

Die Wurzel des Übels muss angepackt und ausgemerzt werden, und dazu brauchen wir ein umfangreiches Sanierungskonzept, das wirklich gewährleistet, dass eben nichts von der Mülldeponie entweicht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dies ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Auch dafür ist es wichtig, herauszufinden, wie die **Zuständigkeiten** seit Bestehen der Mülldeponie aussehen haben und in welchem Zeitraum was von wem auf der Mülldeponie gelagert wurde. Das heißt für uns: Wir müssen wissen, wer der Rechtsnachfolger des damaligen Trägers ist. Ich vermute, es ist die Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen wissen, wer dort etwas hingeliefert hat und zu welchen Preisen, und welche Verantwortlichkeiten da bestehen. Die Leute, die das zu verantworten ha-

(Lars Harms)

ben, müssen dann auch Schäden, die jetzt damit verbunden sind, entsprechend ausgleichen.

Wir müssen über das weitere Vorgehen diskutieren und natürlich auch darüber, welche Maßnahmen weiter getroffen werden sollen. Das ist auch richtig so. Was mir jedoch in der ganzen Diskussion fehlt, ist die Verantwortung gegenüber den Personen und ihren Familien, die aufgrund der **Giftmülllagerungen** auf der Deponie im Zeitraum zwischen 1983 und 2004 an Krebs erkrankt sind. Auch diese Verantwortung - das ist auch eine finanzielle Verantwortung - muss klar zugeordnet werden, und die mögliche finanzielle Verantwortung muss dann von den entsprechenden Verursachern auch übernommen werden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Müller das Wort.

Hans Müller [SPD]:

Es wird Sie nicht verwundern, dass auch ich als Lübecker einige Sätze dazu sage. Ich habe allerdings nicht vor, über den Staatskapitalismus und die privatkapitalistischen Geschäfte dort zu sprechen. Aber ich will darauf hinweisen, dass dieser Müll, der dort liegt, seit vielen Jahren dort liegt. Wir wissen bis heute nicht, was da eigentlich alles liegt. Wir wissen nur, dass dieses wirkt. Wir haben noch nicht alle Instrumentarien in Ansatz gebracht, um das zu beheben. Das kostet sehr viel Geld. Es kostet aber möglicherweise auch die Gesundheit von Menschen, wenn wir das nicht tun.

Mit Erlaubnis des Präsidenten will ich aus dem Gutachten zitieren, dass es offensichtlich doch so ist, dass Stoffe auch außerhalb der Deponie gefunden werden. Von der **Deponie Ihlenberg** emittierte Stoffe wurden vorwiegend in den beiden relevanten Belastungspfaden **Deponiegas** sowie **Sickerwasser** nachgewiesen. In den vorliegenden Berichten und Gutachten wurde aufgezeigt, dass die Immissionen weder zeitlich noch räumlich genau definiert werden können. Gasimmissionen wurden auch in einer Entfernung von bis zu drei Kilometern von der Deponie nachgewiesen. Sickerwässer wurden im nördlichen sowie insbesondere im südlichen Gebiet der Deponie Ihlenberg gefunden.

Im Übrigen schließe ich mich den Forderungen von Olaf Schulze an. Ich denke, dieses Gutachten ist

auch für alle, die an dieser Sache interessiert sind, weiterhin lesenswert. Es muss wirklich gehandelt werden!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Der Bericht war ja sehr kurz und knapp. Auf die in dem Berichtsantrag gestellten Fragen sind Sie nicht sehr detailliert eingegangen. Deshalb frage ich Sie noch einmal: Liegen Ihnen denn die Begleitscheine der Transporte in diese Mülldeponie vor, die es seit Beginn und auch in der heutigen Zeit gegeben hat? Liegen Ihnen wirklich alle **Analysen** vor? Liegen Ihnen auch die Analysen vor, die zum Beispiel notwendig gewesen wären, als nach Starkregenfällen in den letzten Jahren diese Deponie nicht mehr befahren werden durfte, weil man Angst hatte, sie sackt zusammen, und weil die Sickergräben überliefen? Liegt Ihnen die genaue Zusammensetzung der Gase, die austreten, vor? Liegt Ihnen insbesondere eine Studie darüber vor, was mit denjenigen Anwohnern in Lübeck ist, an deren Häusern jahrelang die offen ausgasenden und zum Teil Müll verlierenden Wagen in den ganzen 80er-Jahren tagaus, tagein vorbeigefahren sind?

Die sind nämlich in dieser Untersuchung, soweit ich orientiert bin - ich habe das Dokument gelesen -, nicht erfasst, weil ihr Gebiet von der Deponie zu weit weg liegt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Sie lagen aber an der Haupttroute der Lastwagen, wenn diese nicht den Weg allein über Osteuropa genommen haben, was man getan hat, um zu vertuschen. Es gibt also eine ganze Reihe von offenen Fragen, zu denen Sie hier nicht Stellung genommen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Dinge öffentlich gemacht werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Bodenergebnisse auch dem Parlament zur Verfügung gestellt werden, dass alles, was verfügbar ist, zur Verfügung

(Angelika Birk)

gestellt wird, und zwar auch das, was schon in den 80er-Jahren von den kritischen Wissenschaftlern angemahnt wurde? Sie sagen, alles sei im Ministerium vorhanden. Wenn das so ist, dann ist das wunderbar. Legen Sie es vor. Dann werden wir Sie nicht weiter nerven.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wer hat denn neun Jahre lang den Umweltminister gestellt?)

Nach meiner Kenntnis ist vieles auch für Sie nicht zu erreichen, genauso wie es für Ihre Vorgänger nicht einfach zu erreichen war. Sonst hätten diese uns das bereits vorgelegt.

Die Deponiebetreiber behaupten, dass es ein **Kataster** für die **eingelagerten Stoffe** gibt. Es gibt dieses Kataster nach allen Recherchen nicht. Jedenfalls ist es nie veröffentlicht worden. Es gibt bis heute auch keine Sicherheitsanalyse. Die strengen Anforderungen der TASI kann natürlich diese Altdeponie nicht erfüllen.

Nun noch ein Wort an die SPD. Es gibt eine Pressemitteilung, die wir mit Freude gelesen haben: Wir fordern auch die zuständigen Ministerien in Schleswig-Holstein auf, in diesem Sinne aktiv zu werden. Dann werden Forderungen aufgestellt, die wir übrigens als Berichtsfragen aus einem SPD-Antrag übernommen haben. Wir sind also in guter Gesellschaft, was Ihre Schelte angeht. Die SPD fordert auf jeden Fall die zuständigen Ministerien in Schleswig-Holstein auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und in Verhandlungen mit unserem Nachbarland einzutreten. Bis zur zweifelsfreien Beseitigung der Verfahren muss die Deponie geschlossen bleiben. Der Schutz der Bevölkerung hat oberstes handlungsleitendes Prinzip zu sein. Das ist Ihre Presseerklärung vom 14. Juli.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Birk, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Warum erheben Sie das nicht zum Antrag? Unsere Stimme hätten Sie sicher. Wir werden im September auf Sie zukommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Claus Ehlers das Wort.

(Claus Ehlers [CDU]: Nein!)

- Okay, dann nicht. Claus Ehlers verzichtet. Der Kollege Frank Sauter hat das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Lübecker Abgeordneter und Lübecker Bürger nehme ich zur Kenntnis, dass alle Fraktionen hier im Hause die Sorgen und Ängste, die natürlich bei den Menschen, die in der Nähe einer solchen Deponie wohnen und leben, bestehen, nicht nur zur Kenntnis, sondern auch ernst nehmen und diese sozusagen in politische Entscheidungen münden werden. Dafür bin ich dankbar. Das ist ein Signal, das wir in Lübeck mit großer Freude und großem Interesse aufnehmen werden.

Ich füge aber hinzu: Wir müssen auch diejenigen ernst nehmen, die diese Sorgen und Ängste bewusst schüren. Da müssen wir klar unterscheiden. Ich bin dem Kollegen Lars Harms sehr dankbar, der in seinem Beitrag sehr abwägend festgestellt hat, dass es natürlich Dinge gibt, die man tun muss, auch um immer wieder die aktuellen Kenntnisstände zu haben, die man braucht, dass aber eine sofortige Stilllegung einer Deponie schlichtweg unrealistisch ist. Gerade wir Lübecker haben ein Rieseninteresse daran, realistische politische Forderungen zu stellen, weil wir uns sonst in einen Bereich einer politischen Debatte begeben, in der wir das Signal aussenden, nicht tatsächlich ernsthaft etwas bewegen zu wollen. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Sofortige Stilllegung - nein! Viele andere Maßnahmen, die genannt sind, auch in der Presseerklärung der sozialdemokratischen Kollegen aus Lübeck - ja. Das Nein zur sofortigen **Stilllegung** ist ja von Ihnen, Herr Harms, begründet worden. Wenn es Probleme gibt, was wir nicht wissen, aber vermuten, dann liegen diese Probleme im wahrsten Sinne des Wortes tiefer. Das ist das Problem.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob irgend jemand überrascht über das war, was diese Studie ausgesagt hat. Die Studie hat ausgesagt - das ist die einzige verbindliche Feststellung, die diese Studie auch treffen will -, dass vor der Wiedervereinigung für Mitarbeiter dieser Deponie ein signifikant erhöhtes Risiko bestanden hat. Überrascht uns das wirklich zutiefst? - Mich überrascht es nicht, weil es nicht die einzige Deponie in der DDR gewesen sein dürfte, wo man ein solches Risiko für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter feststellt. Das ist zunächst einmal die Analyse.

(Beifall bei CDU und FDP)

Alles andere - das stelle ich fest - wird von der Studie nicht gedeckt. Die Studie kündigt hingegen selber an, dass sie keine Aussagen treffen kann und man mehr untersuchen wird. Diese **Untersuchungen** fordern wir auch. Hierfür setzen wir uns ein. Alles andere ist nichts anderes als Spekulation. Offensichtlich werden hier Ängste der Menschen dazu gebraucht, alte politische Forderungen durchzusetzen. Das, was Frank Sauter gesagt hat, ist wahr: Wenn man das eine mit dem anderen verknüpft, dann macht man sich nicht glaubwürdiger.

Ich sage an dieser Stelle - das tue ich selten -, dass ich mich ganz eindeutig vor meine Vorgänger und deren Politik stelle. Eines ist doch richtig: All das, was hier gefordert worden ist, die Frage, ob ausreichend Messungen durchgeführt worden sind, ob die Offenlegungen weit genug gegangen sind, sind Probleme, die 17 Jahre lang bestanden haben. Die Frage ist doch: Was haben Sie auf die Auskünfte meiner Vorgänger - ich war damals nicht im Parlament - gesagt? Herr Müller hat im Jahr 2000 gesagt: Wir haben eine Barriere untersucht. Die ist dicht. Die schottet ab. Da geht nichts heraus. - Heute sagen Sie plötzlich: Nein, das ist nicht so. Die ist bestimmt undicht. Niemand weiß das so genau. - Haben Sie das Herrn Müller damals entgegengehalten?

(Beifall bei CDU und FDP)

Was haben Sie gemacht, als Herr Heydemann deutlich gemacht hat, dass hier keine Gefährdung für die Bevölkerung besteht? Wo waren da Ihre Forderungen? Das Bild hat sich doch nicht verändert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bitte Sie daher, diese Studie realistisch zu betrachten. Sie sollten das, was Sie aussagt, ernst nehmen und natürlich Mecklenburg-Vorpommern auf

die Finger gucken, dass heute keine **Gefährdung** mehr für die **Mitarbeiter** besteht. Das muss ausgeschlossen sein und durch weitere Studien belegt werden. Sie sollten aber nicht alte politische Forderungen unter dem Deckmantel einer Studie wieder in die Öffentlichkeit bringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Die Redezeiten sind wieder eröffnet. Es stehen allen Fraktionen jeweils drei Minuten zu. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem der Altlasten - das gilt nicht nur für die ehemalige DDR, sondern auch für Schleswig-Holstein und andere Bundesländer - wird uns wahrscheinlich noch mindestens 300 Jahre beschäftigen. So ist zumindest der letzte Stand der Analysen, den ich kenne. Nach diesem Stand dauert es für Schleswig-Holstein etwa noch 250 Jahre, um zu analysieren, was in den **Altlasten** enthalten ist.

Wir haben aus der Geschichte der Industrialisierung der letzten zwei Jahrhunderte ein enormes Potenzial an Giften und Stoffen, das wir unter die Erde vergraben haben. Ein großer Teil dieser existierenden Abfalldeponien ist niemals analysiert worden. Wir beschäftigen uns immer nur mit der Oberfläche, und dort, wo akute Fälle auftreten, greifen wir zu und gucken, was genau vorhanden ist. Das gilt für viele Deponien und insbesondere für Schönberg.

Dass die **Deponie in Schönberg** nicht nach modernen Gesichtspunkten gebaut worden ist, wird sicherlich niemand bestreiten. Diese Deponie ist in keiner Weise nach modernen Gesichtspunkten nach unten abgesichert. Jahrzehntlang ist in dieser Deponie nicht nur normaler Müll, sondern in erheblichem Umfang auch Giftmüll abgelegt worden. Über viele dieser Dinge weiß niemand Bescheid. Das ist ein Riesenproblem, und das wissen wir. Die Sanierungskosten gehen nicht in die Millionen, sondern möglicherweise in die Milliarden. Das sind Größenordnungen, die nur schwer zu bewältigen sind. Das wissen wir alle. Deshalb muss man sehr genau schauen, wo man Prioritäten setzt.

Ich glaube, das ist in der Vergangenheit auch gemacht worden. Es ist vonseiten der Grünen und auch vonseiten des Kreisverbandes der Grünen in Lübeck immer nachgefragt worden, es ist immer

(Karl-Martin Hentschel)

Druck auf das Ministerium ausgeübt worden, auch unter grünen Umweltministern - ganz bewusst. Wir haben immer kritisch nachgefragt: Was kann getan werden? Können neue Analysen gemacht werden? Können neue Informationen gewonnen werden?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das hat nur keiner gemerkt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Natürlich sind deshalb auch diese Studien gemacht worden, die nichts ergeben haben - wie Sie das richtig beschrieben haben.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Was ist passiert?)

Wir haben jetzt eine neue **Studie** vorliegen, die deutlich macht, dass es ein Problem gibt, dass offenbar **Mitarbeiter** krebgefährdet sind. Im Interesse der Menschen, die betroffen sind, aber auch im Interesse der Menschen in der Umgebung ist es wichtig, dass wir diese Studie ernst nehmen und erneut nachfragen und prüfen, was getan werden kann, was noch geklärt werden muss und ob möglicherweise in die Sanierung der Deponie eingestiegen werden muss. Das ist die zentrale Frage.

Wir haben uns etwas mehr zurückgehalten als die SPD-Fraktion, die gleich gesagt hat, wir sollen die Deponie schließen. Das haben wir deswegen getan, weil wir natürlich auch die Vorgeschichte besser kennen als andere. Wir kennen die Fakten sehr genau. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir feststellen, welche Gefährdungen existieren, wie wir darauf reagieren müssen. Möglicherweise kann es dazu kommen, dass wir fordern müssen, dass es eine Komplettsanierung der Deponie gibt. Das würde dann auch Schließung bedeuten. Das ist eine Möglichkeit, die man jetzt nicht ausschließen kann.

Deshalb ist uns wichtig und deshalb bitte ich Sie auch noch einmal ganz dringend, dass alle **Unterlagen** offengelegt werden, dass genau geguckt wird und auch die Unterlagen, zu denen uns die Beitragsmitglieder sagen, dass sie nicht vorliegen - - Ich nehme das ernst. Wenn sie sagen, sie haben Unterlagen nicht bekommen, dann nehme ich das ernst.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hentschel, achten Sie auf Ihre Redezeit!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ich fordere, dass diese Dinge offengelegt werden und dass wir über alles, was mit dieser Deponie im Zusammenhang steht, informiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank an den Minister für den Bericht. Mehr war an dieser Stelle nicht zu erwarten. Der Hinweis darauf, dass auch die Vorgängerinnen und Vorgänger in seinem Amt alles getan haben, was zu tun war, ist richtig. Das haben wir auch stets hier so gesagt. Allerdings haben wir auch - Herr Minister, da muss ich Sie korrigieren - sowohl Herrn Heydemann als auch Frau Müller, als auch Herrn Steenblock, als auch Herrn Müller immer wieder gesagt: Da ist noch etwas.

(Claus Ehlers [CDU]: Aber halbherzig!)

- Nein, nicht halbherzig, Claus Ehlers!

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einen Untersuchungsausschuss gehabt, von dem wir wissen, dass dieser Untersuchungsausschuss vielleicht dreiviertel von dem, was aufzuklären war, aufklären konnte, weil schlicht die Daten fehlten. Dieses Gutachten, das heute vorliegt, ist in der Zeit vor Ihrer Amtszeit

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Vorstudie!)

- diese Vorstudie, gut - in Auftrag gegeben worden. Auch das ist ein Ergebnis der Politik von Schleswig-Holstein in Kooperation mit Mecklenburg-Vorpommern. Von daher haben wir eine neue Sachlage. Diese neue Sachlage zeigt auch, dass erstmals ein Zusammenhang hergestellt werden kann.

Wir alle wissen, ohne dass wir das mit irgendwelchen Schuldzuweisungen diskutieren wollen, wie schwierig es ist, überall in der Welt die Gefährdungen, die von unspezifischen Abfällen in diesem Fall oder auch von anderen Dingen ausgehen, so zu be-

(Konrad Nabel)

weisen, dass sie gerichtsfest sind. Es gibt hier welche im Raum, die wissen das ganz besonders gut.

Die **Abfälle in Schönberg** sind völlig unsortiert. Sie sind nicht ordentlich deklariert und nicht in allen Fällen mit Begleitschein abgeliefert worden. Wir kennen Wege, wo der Müll über den sogenannten sozialistischen Block geführt wurde, und wissen, dass er auch aus der Bundesrepublik Deutschland kam, auch aus unserem Land. Das war aus einem einzigen Grund so, und zwar um Geld zu sparen. Das heißt, man wollte den Profit maximieren. Das muss man doch an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen. Wem hat es denn genützt?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, seien Sie lieber still. - An dieser Stelle kommt dann auch sehr schnell die „Lobbyarbeit“ derer, die sich gewisse Zuständigkeiten anmaßen oder auch haben in Vertretung derer, für die Sie Politik machen. Das haben wir damals nicht akzeptiert, und das akzeptieren wir auch heute nicht.

Wir haben in Brunsbüttel eine **Sondermüllverbrennungsanlage** gebaut. Ich werde da einfach einmal einen Kostenvergleich machen. Eine bestimmte Sorte Flüssigabfalls zu entsorgen kostete zu Beginn dieser Abfallanlage in Brunsbüttel 348 DM/t. In Ihlenberg hat er 80 DM/t gekostet. Und es gab ja nicht nur eine Tonne flüssige Abfälle. In dieser Spanne steckt der Zuwachs an Profit.

Es ist schön, dass wir diese Vorstudie haben; es ist schön, wenn wir ein Gutachten haben. Es ist wichtig, dass weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Die Vermutung der Kollegin Birk, dass sogenannte Dichtschichten oder Abdichtungsschichten unterirdischer Wasserleiter nicht von der Ostsee bis nach Bayern gehen, kann ich nur teilen. Das ist aufgrund der Geologie unseres Untergrundes hier in Norddeutschland sehr unwahrscheinlich, zumal die Elbe mit ihrem Ursprungstal dazwischen liegt. Es gibt undichte Stellen. Die Frage ist: Wann werden sie wirksam?

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Nabel!

Konrad Nabel [SPD]:

Der allerletzte Punkt: Der Müll ist unspezifisch abgelagert worden. Ich sagte das bereits. Er ist in Behältnissen abgelagert worden, die wir heute nicht mehr zulassen würden, in Folien, zweieinhalb Millimeter dick, in Fässern, die heute wegrosten. Das

heißt, ein großer Teil des Potenzials, der dort liegt, wird jetzt erst wirksam. Dafür Untersuchungen anzustellen, lohnt sich allemal, denn es geht um die Gefährdung der Gesundheit nicht nur der Lübecker, sondern auch der Mecklenburger. Das ist genauso wichtig - bei aller Wertschätzung der Lübecker.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Nabel!

Konrad Nabel [SPD]:

Es geht vor allen Dingen um unsere Kinder. Das geht nicht. Deshalb müssen wir am Ball bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Axel Bernstein.

Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister von Boetticher, ich fand es sehr ehrenwert von Ihnen, sich vor Ihre Vorgänger zu stellen und darauf hinzuweisen, dass Sie hier in einer Kontinuität in der Interessenvertretung Schleswig-Holsteins stehen. Ich wäre da aber ein klein bisschen vorsichtig an dieser Stelle. Ich habe die Zeit hier im Parlament nicht selber miterlebt, bin insofern auf die Presseberichterstattung der damaligen Zeit angewiesen. Wenn ich beispielsweise den „Holsteinischen Courier“ vom 9. Juli 1989 anecke, stelle ich fest, dort wird der damalige Umweltminister Heydemann mit den Worten zitiert, dass er die Sondermülldeponie Schönberg für „sehr gut gesichert verglichen mit den Standards, die allgemein von anderen Sonderabfalldeponien bekannt sind“ hält. Mit Verlaub, ich glaube, derartige Einschätzungen waren an dieser Stelle auch nicht immer hilfreich für die Interessenvertretung Schleswig-Holsteins.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir hörten eben die Formulierung des Kollegen Nabel: Da ist noch etwas! Ich glaube, da sind wir uns einig, es wäre erstaunlich, wenn da bei der Entstehungsgeschichte dieser Deponie nicht noch etwas wäre. Die Hinweise, die das jetzige Gutachten auf die Krebserkrankungen gibt, sind auch eindeutig. Diejenigen, die in unmittelbaren Kontakt mit

(Axel Bernstein)

dort abgelagerten Stoffen gekommen sind, haben möglicherweise dadurch auch Schäden für ihre Gesundheit davongetragen. Von daher ist genau das, was gesagt und gefordert wurde, nämlich dass der **Schutz des Grundwassers** oberste Priorität hat, absolut richtig.

Deshalb ist es auch richtig, dass Schleswig-Holstein im Bereich der Messungen und im Bereich der Diskussion über die Ergebnisse der Messungen größeres Augenmerk und größte Sorgfalt walten lässt. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir in dieser Debatte auch darauf achten und dafür sorgen sollten, dass hier nicht der Eindruck erweckt wird, als könne Schleswig-Holstein über eine vernünftige Kontrolle und Ausgestaltung über die Messungen hinaus tätig werden. Dann müssen wir uns bitte an die richtigen Ansprechpartner wenden. Dann kann jeder auf seinen Wegen Druck auf die Kolleginnen und Kollegen und die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ausüben, dass dort die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Thema wird uns sicherlich weiterhin beschäftigen. Ich bin da nicht nur auf die entsprechenden Berichte der Regierung, sondern auch auf die aller Fraktionen darüber sehr gespannt, was sie unternehmen haben, um ihre Kolleginnen und Kollegen auf das Thema anzusetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 16/2172 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Auch der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe damit den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Milchmengensaldierung stoppen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2165

Ich nehme nicht an, dass das Wort zur Begründung gewünscht wird, und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Herr Kollege Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Milchpreise** sind nicht auskömmlich und gefährden die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe. Deshalb brauchen wir Sofortmaßnahmen, um unseren Milchbauern zu helfen.

Herr Minister, noch haben wir einen mengengeregelten Markt. Daher sollten wir Sofortmaßnahmen ergreifen, unabhängig von vielleicht unterschiedlichen Positionen, wie die Märkte in der folgenden Periode der europäischen Agrarfinanzierung geregelt werden sollen. Ich gehe davon aus, dass das unsere gemeinsame Aufgabe im Interesse unserer hart arbeitenden Milchbäuerinnen und -bauern ist.

(Zuruf von SPD: Populist!)

- Der Begriff Populist in dem Zusammenhang, dass sich Menschen in ihrer Existenz gefährdet sehen, die morgens und abends ihre Rinder pflegen müssen, ist, wie ich finde, wirklich inakzeptabel. Ich kritisiere diesen Begriff in diesem Zusammenhang ganz scharf. Haben Sie einmal Kontakt mit solchen Menschen gehabt und wissen Sie, wie es ihnen und ihren Familien auf den Höfen geht?

Die Hauptursache für die Preiskrise ist ein **Angebotsüberhang** auf dem Milchmarkt. Marktwirksame Mengen müssen nicht groß sein. Es sind viele Faktoren im Spiel. Ich erinnere an das BSE-Jahr 2001. Damals führten Angebots- und Nachfrageverschiebung in der Summe von gut 1 % in Deutschland zu circa 5 % höheren Preisen. Im Jahr 2007, als die Preise bei circa 40 ct/l lagen, also um 35 % gestiegen waren und damit für die Bauern die Auskömmlichkeitsgrenze erreicht hatten, gab es auf dem EU-Binnenmarkt eine um 1 Million t geringere Erzeugung von 148 Millionen t. Die Menge in der EU war damit um 0,7 % geringer. Diese relativ geringe Menge hat eine erhebliche Preiswirksamkeit entfaltet. Danach fielen die Preise wieder und trieben die Milcherzeuger zur Verzweiflung, was letztlich in den Milchlieferstreik einmündete. Bevölkerung und Verbraucher zeigten Verständnis und Solidarität für die Bauern. Ich denke, wir Agrarpolitiker sollten die agrarpolitischen Möglichkeiten zur unmittelbaren Hilfe in dieser Situation nutzen. Der Stopp der Saldierung der Liefermengen ist eine sofort umsetzbare und wirksame Maßnahme.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen belasten nicht den öffentlichen Haushalt und steigern die regionale Wertschöpfung und Steuerkraft, was man ebenfalls nicht vergessen darf.

(Detlef Matthiessen)

(Zuruf von der CDU: Und sie fördern die Planwirtschaft!)

Mit dem Lieferstreik haben die betroffenen Bäuerinnen und Bauern gezeigt, wie ernst ihre Lage zu nehmen ist. Die Landesregierung sollte sich dafür einsetzen, die von der Europäischen Union beschlossene **Quotenerhöhung** von 2 % zum 1. Juli 2008 markunwirksam der **nationalen Länderreserve** zuzuführen. Die Bundes- und die Landesreserven dürfen nicht zur Saldierung herangezogen werden.

Die Umsetzung der europäischen Milchmengengarantieverordnung in Deutschland ist dahin gehend anzupassen beziehungsweise zu verändern, dass ab dem ersten Kilogramm der **Überlieferung** bereits die volle **Superabgabe** anfällt.

Der **Umrechnungsfaktor** muss geändert werden, und zwar dahin gehend, dass er auf das normale europäische Niveau von 1,03 kg/l angehoben wird. Herr Kollege Ehlers, Sie hatten das in diesem Hohen Hause in der letzten Legislaturperiode ja gefordert. Machen wir es also doch.

Die Situation der Milchwirtschaft ist durch die Proteste der Milchbäuerinnen und -bauern endlich stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden. Wir haben uns in einer aktuellen Stunde bei der letzten Landtagstagung mit dem Thema befasst. Die Milchpreise sind zu niedrig und gefährden die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe. Wir produzieren schlicht zu viel Milch. Von einer deutlichen Verbesserung der Situation sind wir trotz aller Debatten immer noch weit entfernt. Wir brauchen endlich konkrete Maßnahmen, um gerade der bäuerlichen Landwirtschaft das Überleben zu sichern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grunde müssen wir die Überproduktion beenden und uns in der Milchwirtschaft von unrealistischen Wachstumsfantasien verabschieden. Im Moment ist es nicht möglich, noch mehr Milch gewissermaßen auf den Markt zu drücken. Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deshalb den vorliegenden Antrag eingereicht, in dem ein Stopp der Saldierung der Liefermengen gefordert wird. Derzeit besteht noch die Möglichkeit, die Überproduktion des einen Bauern mit der Unterproduktion des anderen Bauern zu verrechnen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Matthiessen, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ich möchte diesen Antrag nicht als Antrag zur Profilierung der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstanden wissen, sondern als einen Vorschlag, um gemeinsam mit allen Fraktionen in eine Diskussion einzutreten. Ich bin insofern für andere und weitere Vorschläge dankbar. Im Mittelpunkt sollte für uns alle stehen, dass wir unseren Milchbäuerinnen und -bauern zur Seite stehen und sie unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Claus Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Matthiessen, als Eingangsbemerkung möchte ich sagen, dass die Planwirtschaft in der Agrarpolitik ein Ende hat.

(Beifall bei CDU und SSW)

Sie bekennen sich heute aber wieder dazu. Wir sollten den Bauern die Wahrheit sagen, dass ab 2013 und 2015 die Uhren anders gehen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Die im Jahr 1984 eingeführte **Quotenregelung** ist als **Mengenregulierungsinstrument** eingeführt worden. Die Milchquote war jedoch zu keiner Zeit geeignet, die Mengen- und insbesondere die Preisprobleme auf dem Milchsektor zu lösen. Durch ständig neue Zuteilungen wurde die Quote von der EU selbst unterlaufen. Dadurch konnte sich keine aktive Markt- und Preispolitik auf dem Milchsektor entwickeln.

Wir haben in kurzer Zeit ein Milchmengenproblem bekommen. Durch die Saldierung und insbesondere durch die 2-prozentige Quotenanhebung ist ein massiver Preisverfall - im Durchschnitt auf 28 ct/l - entstanden. Für nunmehr 28 ct ist kein Betrieb in der Lage, gewinnbringend Milch zu erzeugen. Die Betriebe machen im letzten halben Jahr massive Verluste.

(Claus Ehlers)

Gerade in jüngster Vergangenheit haben wir erleben können, wie weit die **Saldierungsmöglichkeit** von einigen ausgelegt und ausgenutzt wird. Kaum waren die Milchauszahlungspreise auf einem gewinnbringenden Stand, da haben Milchproduzenten ihr Herz für die segenreiche Milchproduktion geöffnet. Betriebe gänzlich ohne Milchquote haben Milch geliefert und andere Betriebe haben die Milchquote als völlig unverbindliche Empfehlung verstanden. Solche Auswüchse, die letztlich zulasten aller Betriebe gehen, müssen in Zukunft in irgendeiner Art und Weise unterbunden werden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Ein denkbarer Weg - dies wäre ein Kompromissweg - wäre, die Saldierung auf 10 % zu beschränken, auf zwei Jahre zu verteilen und eine Überlieferung über 10 % hinaus auszuschalten. Die Mengengenpolitik darf sich nicht allein an der derzeitigen Situation ausrichten. Sie muss über den heutigen Tag hinaus Bestand haben. Deshalb halte ich überhaupt nichts von Forderungen bezüglich der Ausgestaltung, die ausschließlich den heutigen Stand berücksichtigen, ohne dabei in die Zukunft zu blicken. Offensichtlich haben einige vergessen, dass die Milchauszahlungspreise bereits vor zwei Jahren ähnlich niedrig waren - und dies ohne Quotenanhebung durch die Europäische Union. Die Quote soll ja bis 2015 sukzessive um 15 % angehoben werden, was mit Sicherheit auch auf den Markt drücken wird.

Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene **Umstellung des Umrechnungsfaktors** von 1,02 auf 1,03 würde faktisch zu einer Quotenkürzung von 1 % führen. Dieser Vorschlag ist kontraproduktiv und daher abzulehnen. Den Vorschlag nach dem Motto „von der linken Tasche in die rechte Tasche“ haben Sie nahtlos vom BDM übernommen, Herr Matthiesen, ohne inhaltlich in die Sache einzusteigen.

Die Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine bedarfsorientierte und flexibel am Markt ausgerichtete Ausgestaltung der Milchmengenregelung einzuführen, ist mit uns nicht umzusetzen. Solange die Grünen selbst nicht einmal wissen, wie eine solche Regelung aussehen soll, und sie sich auf unverbindliche Forderungen beschränken, können wir uns darauf nicht einlassen.

(Beifall bei CDU und SSW)

Da nur vier Staaten der Europäischen Union für den Erhalt der Milchquote sind, ist es geradezu töricht, jetzt noch Hoffnungen zu schüren, die später nicht erfüllbar sind.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Wer jetzt noch an der Quote festhält und seinen Betrieb nicht auf sich verändernde Verhältnisse einstellt, wird tief fallen und zu den Verlierern gehören. Wir brauchen jetzt keine Durchhalteparolen, die auf ein Festhalten am Status quo abzielen, sondern innovative Vorschläge für die Zeit nach dem Auslaufen der Quote, aber auch für die Zeit bis dahin, also bis 2015.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann mal zu!)

Mit den planwirtschaftlichen Unsinnigkeiten der Vergangenheit bringen wir unsere Landwirtschaft nicht weiter.

(Beifall beim SSW)

Ich bin froh darüber, dass unsere Landwirtschaft schrittweise in eine Markt- und Preispolitik geführt wird. Unsere Landwirtschaft wird damit gut leben können und am Ende zu den Gewinnern zählen.

Die Bedingungen dafür sind in Schleswig-Holstein hervorragend, ebenso wie die Entwicklung der Weltmärkte. Deshalb erteilen wir einer **Fortführung der** - wie auch immer ausgestalteten - **Milchquotenregelung** eine klare Absage.

Wir sagen seit vielen Jahren: Die Landwirtschaft soll durch ihre Arbeit angemessene Produktpreise und ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften. Daran halten wir fest.

Auch deshalb sage ich: Das planwirtschaftliche Instrument „Milchquote“ muss der Vergangenheit angehören.

Den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können wir im Ausschuss weiter erörtern. Vielleicht gelingt es den Antragstellern bis dahin, ihre sehr unbestimmten Formulierungen mit mehr Substanz anzureichern.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Ulrike Rodust das Wort.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es, dass das Thema Milch erneut auf der Tagesordnung steht, denn die Milchbauern haben unsere Unterstützung wahrlich verdient.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ulrike Rodust)

Nach der Ausschusssitzung der vergangenen Woche war eines deutlich: Die ganze **Umstrukturierung des Milchmarktes** ist verdammt schwierig und eine Lösung nicht in fünf Minuten zu finden, sondern dies bedarf vieler Diskussionen. In einigen Punkten kann ich den Antrag der Grünen unterstützen. Auch ich habe mit der **jährlichen Quotenerhöhung** ein Problem. Wenn es sowieso schon zu viel Milch gibt und dadurch der Preis im Keller ist, ist es schwer nachzuvollziehen, wieso die Quote weiter erhöht wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In einigen Ländern der EU macht dies allerdings Sinn. Dort hat es durch Dürren und Unwetter im vergangenen Jahr nicht genügend Milch gegeben. Doch bei uns? - Wir haben 2007 eine **Überproduktion** von 300.000 t gehabt.

Das eigentliche Ziel, das die EU mit der 2-prozentigen Erhöhung der Quote verfolgt, ist ein Soft Landing: Man geht davon aus, dass durch ein Zuviel an Quoten der Börsenpreis für die Quote gesenkt wird und bis 2015 keiner mehr Interesse an den Quoten hat, weil sie ihren Wert verloren haben. Dann soll aus Sicht der EU die **Marktwirtschaft** greifen und Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Ich bin ziemlich sicher, das wird funktionieren, und somit anderer Meinung als die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Quote beibehalten möchten.

Doch ich bin auch sicher: Wenn wir nicht gemeinsam mit den Milchviehaltern Ideen entwickeln, werden noch etliche kleine Betriebe ihre Pforten dichtmachen. In den Jahren von 1960 bis 2006 haben 87,5 % der **Milchviehalter** aufgegeben. Der Bestand der Kühe ist allerdings gleichgeblieben. Das heißt: Der Strukturwandel hat bei uns umfänglich stattgefunden. Wir wissen allerdings auch: Er ist noch nicht beendet.

Ich will nicht das Wort reden, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Nein, es ist erforderlich, dass auch Landwirte im freien Markt ihre Rolle spielen. Die großen Betriebe bereiten sich darauf vor, und sie werden es schaffen, wenn sie anstatt auf Quantität auf Qualität setzen.

Bei den kleinen werden wir, wird die Politik helfen müssen. Es gilt, alternative und **komplementäre Einkommensquellen** zu erschließen, auszubauen und nachhaltig zu sichern. Über die Biomassestrategie, die rapide wachsende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln und Perspektiven des Tourismus ist bereits hinlänglich gesprochen

worden. Unser besonderes Augenmerk verdient in diesem Zusammenhang die **Honorierung öffentlicher Güter**. Das bedeutet beispielsweise, dass die Landwirte in Regionen, in denen sich die Milchkühhaltung zurückzieht, die bestehenden Grünlandstandorte erhalten und durch extensive Bewirtschaftung die Biodiversität sichern können.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Eine solche gesellschaftlich erwünschte Dienstleistung kann durchaus zu einem durch Marktmechanismen entstehenden Preis honoriert werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ein weiterer Weg für kleine Betriebe, sich zu behaupten, sind die **Direktvermarktung** und die Herstellung von **ökologisch produzierter Milch**. Man hat festgestellt, dass die Preisschwankungen dort wesentlich geringer sind. Von Januar bis Mai dieses Jahres ist der Preis um nur 0,08 Cent gesunken. Im gleichen Zeitraum sank der Preis von konventioneller Milch um 6,6 Cent, und der Preis war um 15,4 Cent geringer als bei der Biomilch. Hier wird deutlich, dass Biolandwirte wesentlich sicherer planen können.

(Beifall bei der SPD)

Der BDM fordert, die **Saldierung** zu stoppen. Dem kann ich zustimmen. Auch ich meine, dass die Superabgabe ab dem ersten Kilogramm Überlieferung fällig und der Umrechnungsfaktor anzuheben ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann nicht sein, dass bei hohen Milchpreisen alles an Milch herausgepresst wird, was möglich ist. So haben wir erfahren, dass Kühe, die eigentlich zum Schlachter sollten, weiter gemolken wurden oder durch besonderes Futter zusätzlich eine Milchsteigerung herbeigeführt wurde.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und was ist jetzt besser? - Weitere Zurufe)

Da haben die Milchviehalter eine große Verantwortung, und sie sollten diese auch ernst nehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Diskussion scheint mir die **Genossenschaftsarbeit** zu sein. Die Landwirte dürfen sich das Heft des Handelns nicht weiter aus der Hand nehmen lassen. Als Mitglieder der Meiereigenossenschaft müssen sie die Molkeereien wieder fest in ihre Hand bekommen, damit sie ihre eigenen Interessen vertreten können. Ansonsten wird der Genossenschaftsauftrag konterkariert.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

(Ulrike Rodust)

Wie gesagt, in fünf Minuten ist dieses komplexe Thema nicht aufzuarbeiten. Lassen Sie uns deshalb im Ausschuss weiter nach Lösungen suchen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Rodust, ich weiß nicht, was ich davon halten soll, wenn Sie es sagen: Kühe dürfen länger leben, um ausgebeutet zu werden. Ist das die schlechtere Alternative, als gleich geschlachtet zu werden?

(Zurufe und Heiterkeit)

Darüber können wir im weiteren Verlauf der Debatte ja noch philosophieren.

Meine Damen und Herren, dass Liberalisierung per se ein Fremdwort ist, ist auch uns Liberalen bekannt. Wie wenig allerdings die Grünen hier im Haus darunter verstehen, war mir jedenfalls bis zu diesem Antrag und der letzten Umwelt- und Agrar Ausschusssitzung neu. Seit Jahren wird auf dem Agrarmarkt und insbesondere im Milchsektor eine großzügigere, freiheitlichere Gestaltung ausdrücklich und funktionsübergreifend gewünscht, und nun präsentieren die Grünen mit einem Mal Vorschläge, die wieder weit hinter diesen Ansatz zurückfallen. Dabei gehörte selbst Renate Künast als ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin zu den Fürsprechern, dass „die Landwirtschaft ... endlich mehr Freiräume für eine marktgerechte Produktion bekommt, statt sich von festgesetzten und festgelegten Subventionen ständig knebeln zu lassen“.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Sicherlich sind wir uns alle einig, dass die **Milcherzeuger** ein Recht auf faire und kostendeckende **Preise** haben. Ein Milchpreis von circa 27 bis 29 Cent, wie er jüngst Anlass zum **Milchboykott** gegeben hat, ist für die Bauern schlicht nicht auskömmlich. Die Frage ist deshalb: Wie lässt sich dieser faire und kostendeckende Preis erzielen? Die Grünen schlagen dazu heute gleich ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor. Es entspricht in Teilen den Vorschlägen des Bundes Deutscher Milchviehhäl-

ter, BDM. Das hat ohne Zweifel den Vorteil, dass es sich damit um Vorschläge aus der Praxis handelt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Nachteil ist jedoch, dass der BDM erklärtermaßen nur Vorschläge unterbreitet hat, die die Situation bis zum Jahr 2015 betreffen. Die Vorschläge stehen damit alle unter dem Vorzeichen, dass es bei einer **Quotenregelung** bleibt, dass es auch künftig einen **Außenschutz** für den Milchmarkt gibt. Genau das ist aber der Haken. Seitdem die WTO unverrückbar den Weg hin zu liberalisierten Weltmärkten beschreitet, ist auch das Ende der gegenwärtigen europäischen Milchmengenregelung vorgezeichnet.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Holger Astrup [SPD] und Lars Harms [SSW])

Bereits heute ist das erklärte Ziel, dass die Milchquoten zum 31. März 2015 abgeschafft werden sollen. Denn die **Quotenregelung**, die 1984 eingeführt wurde - aus welchen Gründen, hat Kollege Ehlers vorhin gesagt -, hat nicht die Ergebnisse gebracht, die man sich davon erhofft hat. Deshalb muss alles unterbleiben, was auch nur den Anschein einer Verlängerung des EU-Quotensystems erwecken könnte.

Unsere Milchbauern brauchen das verbindliche Bekenntnis, dass die Milchquoten wie vereinbart 2015 auslaufen und dass dieser Ausstieg durch ein verlässliches Gesamtkonzept begleitet wird.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Wie kommt man damit aber zu dem eingangs nachgefragten fairen, kostendeckenden Preis? Dazu muss man drei Faktoren berücksichtigen.

Da ist zuerst der Markt. Künftig wird der **Markt** die Basis der **Preisentwicklung** sein - mit allen Chancen und Risiken, mit allen Preisschwankungen, aber angesichts steigender internationaler Nachfrage auch mit insgesamt erfreulichen Perspektiven, gerade bei Berücksichtigung der Strukturen in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Auf diesen Markt wollen und müssen unsere Landwirte vorbereitet sein. Schon heute mehr zu produzieren, fordern die einen, Überlieferungen zu stoppen, tönt es von den anderen, um für weniger Milch höhere Erlöse zu erzielen. Gegen letzteren Vorschlag könnten allerdings kartellrechtliche Überlegungen oder das lieferbereite europäische Ausland

(Günther Hildebrand)

sprechen. Die EU jedenfalls schlägt vor, in einem sogenannten Gleitflug zum Quotenausstieg die Milchquote in den kommenden sieben Jahren leicht zu erhöhen, jeweils um zwei beziehungsweise einen Cent pro Jahr.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 0,5 hatte ich vorgeschlagen!)

Allerdings ist dabei zu bedenken, dass die Milchbauern bereits heute Millionen Euro an **Quotenpreisen** bezahlt haben und jeglicher weiterer Zukauf von Milchquote weitere Bauerngelder binden würde, die sonst innerbetrieblich investiert werden könnten.

(Beifall bei der FDP)

Auch eine Erhöhung des Umrechnungsfaktors kann sich letztlich negativ auf das **Investitionskapital** auswirken - Kapital, das ein Betrieb besser für die Vorbereitung auf den Markt einsetzen könnte.

Zweitens werden wir ein Augenmerk auf die **Molkereistrukturen** zu richten haben. Gerade unsere genossenschaftlichen Molkereien tragen hier eine große Verantwortung, wenn es darum geht, mehr Augenhöhe zwischen Milchwirtschaft und Lebensmitteleinzelhandel einzufordern. Ich teile allerdings nicht die Auffassung der CDU, dass nur **Fusionen** das eigentliche Mittel sind. Ich glaube auch, die Molkereien und Meiereien müssen sich entsprechend ausrichten und beispielsweise auch Nischenmärkte suchen und erschließen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hildebrand, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Günther Hildebrand [FDP]:

- Ja, komme zum Schluss.

Drittens brauchen wir politische Rahmenbedingungen, die den Berufstand sinnvoll nach dem Ende der Milchquotenregelung absichern, damit meine ich Hygiene-, Tierschutz-, Umwelt- und Sozialstandards, die endlich auch Bestandteil der **WTO-Verhandlungen** werden müssen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hildebrand, Ihre Redezeit ist vorbei!

Günther Hildebrand [FDP]:

Am 29. dieses Monats findet der Milchgipfel in Berlin statt. Ich hoffe, dass es nicht bei Unverbindlichkeiten bleibt, sondern Bauern - -

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der letzten Tagung des Landtags haben wir über die Situation der Milchbauern debattiert. Nun liegt uns ein Antrag der Grünen vor, der dort herumdoziert, wo das Übel der Milchwirtschaft beginnt. Das ist nicht als Kritik am Antrag der Grünen zu verstehen, es macht aber deutlich, dass unser **Gestaltungsspielraum** durch **EU-Vorgaben** sehr begrenzt ist. Das grundlegende Problem der europäischen Milchwirtschaft liegt darin, dass der **Milchmarkt** nicht den Kräften der **Marktwirtschaft** ausgesetzt ist. Dies ist gerade das generelle Übel der europäischen Landwirtschaftspolitik. Der Milchmarkt hat bei uns keine Chance, sich selbst zu regulieren. Die Diktatur durch Subventionen, Erstattungen, Interventions- und Beihilfemaßnahmen und ein Quotensystem schnüren das Korsett, in dem sich die Landwirtschaft und die Milchbauern befinden.

Dadurch haben wir eine Förderpolitik, die sich nicht am Markt orientiert, sondern dafür sorgt, dass die Preise künstlich in den Keller oder in den Himmel getrieben werden. Das hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun, aber auf der anderen Seite sollen unsere Bauern für den Markt produzieren. Das führt dazu, dass hier zwei grundlegend verschiedene Wirtschaftssysteme aufeinanderprallen, und das kann nicht funktionieren.

Derzeit erleben wir eine **Überproduktion** von Milch, die die Preise in den Keller getrieben hat. Dann kann man dem nur zustimmen, dass die von der Europäischen Union beschlossene **Quotenregelung** von 2 % markunwirksam der nationalen Landesreserve zugeführt und nicht zur Saldierung herangezogen wird. Mit der **Aussetzung der Saldierung** wird im Gegenzug die volle Superabgabe ab dem ersten Kilogramm Überlieferung zu verlangen, ist ein Schritt, im bestehenden Quotensystem einen Weg zu finden, um den Milchpreis wieder zu erhöhen.

(Lars Harms)

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Forderungen des Antrags der Grünen sind deckungsgleich mit dem Forderungskatalog des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter. Damit haben wir zwar immer noch keinen Markt, aber wir können den Milchbauern damit vorübergehend Luft verschaffen. Das ist genau das, was ich mit „herumdoktorn am System“ meine. Wenn auf europäischer Ebene der **Umrechnungsfaktor** 1,03 kg pro Liter Milch angewendet wird, dann sollten wir dies auch bei uns so übernehmen, um eine EU-weit einheitliche Regelung zu schaffen. Nur so haben wir für alle Waffengleichheit - wie gesagt, immer nur unter der Prämisse, dass wir das jetzt im bestehenden System machen. Das ist keine Aussage darüber, wie wir uns das zukünftige System vorstellen. Insoweit können wir also dem Antrag der Grünen durchaus folgen.

Was die letzten zwei Spiegelstriche des Antrags angeht, steckt der Teufel im Detail. Natürlich ist eine bedarfsorientierte und flexibel am Markt ausgerichtete Milcherzeugung das Ziel, das auch wir verfolgen. Ich bezweifle aber, dass wir das hinbekommen, wenn wir weiterhin die **Milchmengenregelung** hierfür zugrunde legen.

Gute Umwelt- und Qualitätsstandards zu gewährleisten, ist in aller Interesse. Deshalb müssen wir diese über entsprechende **Agrarumweltmaßnahmen** finanzieren. Damit erreichen wir, dass auch die Landwirte existieren können, die eben nicht auf großen ebenen Flächen produzieren. Subventionen und Erstattung sind das süße Gift, das über einen langen Zeitraum gewirkt hat. Das von heute auf morgen umzustellen, wird nicht möglich sein. Daher müssen Wege gefunden werden, wie das **Subventions- und Quotensystem** umgekrempelt und wie die Landwirtschaft langsam von diesem Gift befreit werden kann. Anders wird die gesamte europäische Agrarwirtschaft sonst nicht auf die Beine kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort. - Etwas kürzer, weil Ihnen offenbar der Kollege Hildebrand eben schon ein Zitat weggenommen hat.

(Günther Hildebrand [FDP]: Es gibt zu viele davon!)

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich, Herr Matthiessen, dass der alte Spruch „Milch macht müde Männer munter“ zumindest bei Ihnen Wirkung zeigt. Die agrarpolitischen Anträge der Grünen waren sonst nicht immer so üppig. Diesmal haben Sie sich zwar darauf beschränkt, die BDM-Forderungen abzuschreiben, aber immerhin sind Sie einmal wieder mit einem grünen Antrag in der Agrarpolitik dabei, und das freut mich.

Eine Sache freut mich auch: dass Sie gesagt haben, es geht darum, unsere Milchbäuerinnen und -bauern zu unterstützen. In der Tat, darum geht es, und zwar um die Frage, wie wir das am besten machen. Unsere Milchbauern stellen sich im Augenblick darauf ein, dass sie **2015** stärker in einen Markt entlassen werden und dass die **Milchquote** dann nicht mehr da ist. Das ist jedenfalls der ganz große Anteil. Ein bisschen erstaunt mich dann ein solcher Antrag doch, obwohl ich ihn schon nach den letzten Äußerungen ahnen konnte. Es ist die **Agrarreform von 2003**, die gerade in Deutschland maßgeblich von der eben zitierten Frau Künast geprägt worden ist, mit Kombi-Flex-Gleit, mit erhöhter Modulation, mit Umverteilung von 20 Millionen Euro Bauerngeld aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer

(Konrad Nabel [SPD]: Bauerngeld?)

- das kommt doch jetzt! -, mit den ausdrücklichen Zielen: Abbau von Subventionen, mehr Markt, Öffnung der Weltmärkte für die Ärmsten der Armen. Das waren alles mal Ziele der Grünen, unterstützt vom grünen Umweltminister Müller, der hier noch 2005 gesagt hat, die Milchquote muss eigentlich abgeschafft werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Das ist nahtlos Ihre Politik gewesen. Man muss sagen, hier haben wir alle eine Menge mitgemacht, hier ist eine Menge Bewegung erfolgt. Und auch ein Claus Ehlers sagt heute ganz klar: Wir bekennen uns zum Markt, daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Ulrike Rodust [SPD] und Lars Harms [SSW])

Es erstaunt eben schon, wenn die Grünen auf der Bundesebene diese Signale gesetzt und diesen Zug langfristig in sieben Jahren auf den Weg gebracht haben und Sie heute plötzlich erklären, für einen

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Bereich, dem es in der Tat in diesem halben Jahr schlecht ging: Jetzt ist die ganze Welt anders und jetzt heißt es: „Vorwärts, Kameraden, es geht zurück“, und all das, was wir über viele Jahre erzählt haben, gilt jetzt nicht mehr.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Das erinnert mich ein bisschen an die Biomasse. Da hat Frau Künast noch gesagt: Liebe Landwirte, geht alle in die Produktion, dann werdet ihr die Scheichs der Zukunft sein. Vor Ort sitzen dann die Grünen und sagen: Oh, Monokultur, bloß keine Biomasse-Anlagen! Man muss irgendwann einmal wissen, wohin man will, und das Ziel muss man dann hartnäckig verfolgen. Aber heute hü und morgen hott geht auch in der Agrarpolitik nicht.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Die **Kommission** lässt keinen Zweifel daran, dass sie den **Health Check** auch nutzen will, um eine Lösung in der **Milchquote** auf den Weg zu bringen. Sie kündigt an, dass dieses System über 2015 hinaus keinen Bestand hat. Und wir nehmen auch zur Kenntnis, dass es in der **Doha-Runde** in der WTO künftig eben nicht um die Aufrechterhaltung von **Außengrenzen**, sondern logischerweise um den Abbau gehen wird. Darum überlegt sich die Kommission heute, wie sie es schafft, dass es, wenn das 2015 alles kommt, nicht zu Strukturbrüchen kommt.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Wir versuchen, diese Entwicklung bis 2015 so weiterlaufen zu lassen wie heute. Herr Harms hat das gesagt. Wir versuchen es, innerhalb der **Quote** so weiterlaufen zu lassen wie heute. Wir versuchen, innerhalb der Quote zu arbeiten und heute möglichst eine Preisgarantie zu entwickeln. Das führt dazu, dass für alle 2015 der Strukturbruch gewaltig ist, und ein Großteil derer, denen Sie heute meinen etwas Gutes zu tun, wird 2015 über die Klinge springen.

Oder es gibt die Möglichkeit, das zur Kenntnis zu nehmen und heute mit Mechanismen zu arbeiten, die dazu führen, dass wir möglichst 2015 viele Betriebe haben, die dann auch unter den neuen Rahmenbedingungen immer noch wirtschaften können.

Eines, Herr Matthiessen, wird nicht gehen. Sie können nicht in Berlin für die Öffnung der Märkte und für eine Liberalisierung auch der Agrarmärkte auf der Welt eintreten und gleichzeitig hier das **Modell des BDM** übernehmen, von dem wir alle wissen, dass es nur funktioniert, wenn wir dauerhaft **Au-**

ßenhandelsschutz bei der Milch aufrechterhalten. Beides passt nicht zueinander.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Das heißt, die **flexible Mengensteuerung**, wie Sie es wollen, ist überhaupt nicht definiert. Was ist das? Aber wir wissen alle, dass so etwas nur funktioniert, wenn man **Außengrenzschutz** hat, und der zeichnet sich eben in der Form, wie wir ihn früher hatten, nicht ab.

Konkret sind die 2 % **Milchquotenerhöhung** bereits lange von der Europäischen Union beschlossen, und nun gibt es zwei Möglichkeiten. Wir halten sie unseren Bauern zurück. Dann werden sie, wenn sie mehr produzieren wollen, Milchquote kaufen müssen. Das heißt, es gibt eine erhöhte **Nachfrage**. Das heißt, die Milchquotenkosten steigen bei uns wieder. Alle anderen europäischen Länder verteilen ihre Milchquote. Das heißt, die Ausgangssituation für unsere Milchbauern wird langfristig im Hinblick auf 2015 schlechter. Wir bekommen **Nachteile** im Verhältnis zu den Bauern, an die es ausgegeben wird. Die Quote wird in den anderen Ländern ausgeschüttet. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass die deutschen Milchbauern, die 40 % ihrer Milch exportieren, in Europa sicherlich zu den Leistungsstarken zählen, und es bringt überhaupt nichts, wenn wir sie jetzt benachteiligen.

Darum noch einmal: Man muss systemkonsistent sein. Am Weg in den Markt, sage ich ganz deutlich, wird nach der Ankündigung der Kommission nichts mehr vorbeiführen. Ich möchte, dass wir auch nach 2015 noch fitte Bauern haben, die sich dann einem stärkeren Wettbewerb auch wirklich stellen können.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mich erstaunen die Beiträge schon sehr. Wir haben hier seitens der grünen Fraktion sehr konkrete Vorschläge unterbreitet, wie in dem jetzt mengeregulierten Markt **Sofortmaßnahmen** den Milchbauern helfen können.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Süßes Gift!)

(Detlef Matthiessen)

Sie haben eine Debatte darüber entfacht: Wie könnte es nach 2015 vielleicht weitergehen? Ich habe dezidiert einen anderen Standpunkt als den reinen Markt. Ich habe auch auf das Problem aufmerksam gemacht: Was ist mit den Bergbauern, was mit den Bauern an moorigen reinen Grünlandstandorten, die dann in einem freien Markt schlicht verdrängt werden würden,

(Zuruf von der FDP: Auf den Inseln!)

auf den Inseln und so weiter und so fort? Wir müssen uns also schon irgendwann einmal - aber wir kommen ja gleich zum Health Check - die Frage stellen: Was sind die Aufgaben **nach 2015**? Im Moment aber stellen wir sehr konkrete Forderungen, auf die Sie tunlichst gar nicht erst eingegangen sind, sondern die Zeit nach 2015 diskutiert haben. Herr Minister, Sie stellen sich hier hin als der große Marktwirtschaftler. Ich kann feststellen, dass Sie für unsere Milchbauern als eine der allerersten Maßnahmen in Ihrem neuen Amt die Flächenprämie für Grünlandbetriebe um 15 % gekürzt haben, die wir als Grüne im Bundesrat zugunsten unserer Milch produzierenden Landwirte geschaffen und durchgesetzt haben.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Zulaufen aller anderen!)

Das tun Sie im Interesse unserer Milchbauern.

Meine Damen und Herren, wenn Sie denn so stolz darauf sind, dass jetzt die **Quoten** auch noch erhöht werden: Das Versprechen war ein Gleitflug. Das heißt, wir kommen langsam in eine neue Situation hinein. Was jetzt mit auf Ihren Druck hin passiert - statt 0,5 %-ige Erhöhung auf der europäischen Ebene 2 % -, das ist ein Sturzflug mit Bruchlandung für etliche hart arbeitende Milchbauern, die sich auf ein anderes System verlassen haben, nämlich auf einen tatsächlichen Gleitflug, wo die **Mengen** auch so eingesetzt werden, dass sie durch eine gewisse **Verknappung** mit der Preiswirksamkeit marktwirksam bleiben. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass im Vertrauen auf dieses System ja sehr viele Bauern Quoten gekauft und gepachtet haben und sich auf der Grundlage dieses Systems auch Kosten für ihren Betrieb aufgeladen haben und sich nun völlig verlassen fühlen, weil faktisch durch diese großen Mengenerhöhungen das Quotensystem aufgegeben wurde. Das nenne ich Betrug an diesen Bauern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2165 dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2137

Ich erteile dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Agrarpolitik steht jetzt wieder im Fokus, nämlich mit der Debatte: Was passiert in dem so genannten Health Check, Gesundheitscheck? Sie wissen, wir haben eine Agrarreform aus dem Jahr 2003 in Deutschland umgesetzt. Im Augenblick steht zur Debatte der Europäischen Union, was man als Halbzeitbilanz macht, dass man noch einmal herangeht und diese Reform einer Überprüfung unterzieht.

Ein Gesundheitscheck - wenn man das übersetzen wollte - ist eine Phase, in der man versucht, die auffälligen Krankheiten eines Systems zu analysieren und zu beseitigen. Ein Gesundheitscheck soll keine Geschlechtsumwandlung sein, sondern sich auf Dinge begrenzen, die man vielleicht schon einmal auf den Weg gebracht hat. Das heißt, für uns besteht der Gesundheitscheck auch darin, **Verwaltungsaufwand**, der sich als unnötig oder übertrieben erweist, zu überprüfen und zu beseitigen.

Die **Agrarreform von 2003** - darüber haben wir heute auch schon gesprochen - hat zur Entkopplung der Prämienzahlung von der Produktion geführt, also zu **mehr Markt**. Das war der Weg, auf den man sich auch in Deutschland geeinigt hat. Ab 2003 sollen Prämien für Ackerland und Produktion die gleiche Höhe erhalten. Wir befinden uns darum natürlich in einem Gleitflug. Ich sagte eben: Kombi-Flex-Gleit war das Stichwort in der Bundesrepublik Deutschland.

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Nun ist es wichtig, lieber Herr Matthiessen - und da treffen wir uns dann wieder -, dass man verlässlich bleibt, dass man den Landwirten, die eine Reform, eine schwere Reform in Deutschland auch durch Frau Künast hinter sich gebracht haben, verlässliche Eckpfeiler bietet. Da bin ich dann ganz bei Ihnen.

Wir haben feststellen müssen, dass es eine Krise gibt, vor allen Dingen in der **Veredlung**. Das hat insbesondere den Schweinebereich mit stark gestiegenen Futterpreisen und auch stark gestiegenen Energiepreisen betroffen. Es gibt im Augenblick einen Durchhänger bei der Milch; über den haben wir eben gesprochen.

Für uns ist wichtig, dass zunächst einmal eine Sache wirkt. Das sind die **Direktzahlungen**. Es hat eine lange Zeit gegeben, in der alle Bauern in Schleswig-Holstein vor allen Dingen von den Direktzahlungen gelebt haben. Das führte dazu, dass der Preis für den Verbraucher so niedrig gehalten werden konnte, wie er ist. Am Ende hat damit nicht Landwirtschaft funktioniert - die haben wir lediglich am Leben erhalten -, sondern wir haben Verbraucher subventioniert, die nämlich nur deswegen bei uns so günstig einkaufen können, weil am Ende der Bauer sein Geld nicht über den Preis, sondern vor allen Dingen über die Brüsseler Politik bekommen hat.

Für uns ist wichtig, dass wir diese Schritte der **Liberalisierung** sehen, die auf uns zukommen. Voraussichtlich wird die **Doha-Runde** der WTO für weitere Liberalisierung sorgen und wir werden unsere Märkte für die armen und die Schwellenländer öffnen. Für uns ist aber auch wichtig, dass **Produktionen** mit **Nachhaltigkeit**, mit hohen **Umwelt- und Sozialstandards** belegt sind. Das ist auch der Grund, weshalb wir der Meinung sind, dass eine Zahlung an die Landwirtschaft nicht nur Sinn bis 2013 hat, sondern auch darüber hinaus, wo wir genau diese Umwelt- und Sozialstandards, die hohen Hygienestandards, die wir hier in der Produktion verlangen, natürlich auch weiterhin verlangen wollen.

Nun kommt die Kommission in diesem Health Check auf die Idee, wieder Direktzahlungsgeld von der Landwirtschaft wegzunehmen und in die **Modulation** zu geben. Was heißt das? - Das heißt, Geld, das im Augenblick direkt über unsere Verwaltung an die Bauern gezahlt wird, wird weggenommen und dem Staat - uns hier in Schleswig-Holstein - wieder hingehalten, und uns wird gesagt: Dieses Geld könnt ihr wieder akquirieren, aber nur, wenn ihr dieselbe Summe aus dem Landeshaushalt

oder aus anderen Haushalten noch einmal oben drauflegt. - Es kann sich jeder nach der Debatte, die wir hier über den Doppelhaushalt haben werden, vorstellen, dass auch Schleswig-Holstein nicht in der Lage ist, mal eben 30 Millionen € irgendwoher zu zaubern. Das heißt, das System, aus der ersten Säule in die zweite Säule umzuschichten, mag ja den einen oder anderen begeistern, aber er muss dann sagen, woher die 30 Millionen € **Kofinanzierung** für diese Gelder kommen sollen.

Im Übrigen, Herr Matthiessen, bin ich nun wirklich sehr gespannt darauf - wo Sie doch über so viel Verlässlichkeit in der Landwirtschaft gesprochen haben -, wie verlässlich Sie denn beim Health Check sind. Denn das Geld, die 30 Millionen €, die für die Modulation angekündigt sind, sind echtes Bauerngeld, sind Geld, das im Augenblick beim Bauern landet, Geld, das im Augenblick den Betrieben nutzt, weswegen sie überhaupt noch vernünftig wirtschaften können. Wenn Sie das dort abziehen, müssen Sie auch sagen, dass das Geld, das dort abgezogen wurde, auch in Ihrer Zeit eben nicht immer in die Landwirtschaft geflossen ist, sondern auch in die Dorfentwicklung, in andere Systeme, von denen die Landwirtschaft gar nichts hat.

Insofern lautet unser Motto, verlässlich zu bleiben und die Dinge in der Agrarreform, bei denen etwas falsch gelaufen ist, zu überarbeiten oder zu beseitigen. Ansonsten gilt aber, dass diese alte Strukturreform von 2003 Bestand haben muss, damit die Landwirtschaft bis 2013 verlässliche Rahmenbedingungen hat. **Nach 2013** - das wissen wir alle - wird es weniger Geld geben. Da wird sich die Landwirtschaft auf noch mehr Markt einstellen müssen. Unsere Landwirte sind bereit, diesen Weg zu gehen, aber sie brauchen die von ihnen geforderte Verlässlichkeit in der Politik.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke für den Bericht und eröffne die Aussprache. - Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem GAP-Gesundheitscheck überprüft die Europäische Kommission die 2003/2004 beschlossene grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik auf ihre korrekte Umsetzung.

(Günther Hildebrand)

Es ist gut zu wissen, dass dabei auch unsere Landesregierung im Wesentlichen nur solche Maßnahmen unterstützt, die auf mehr **Marktorientierung** und eine bessere **Wettbewerbsfähigkeit** für unsere Landwirtschaft zielen. Dagegen gibt es ein klares Nein zu allen Eingriffen, die vom europaweit abgestimmten Kurs der Planungssicherheit abweichen. Das ist wichtig, weil unsere Landwirte und der ländliche Raum mit kleinen und mittelständischen Betrieben auf diese Rahmenbedingungen als verlässlich und sicher vertrauen können müssen. Sie brauchen **Planungssicherheit**, damit sie Eigenkapital bilden können, um investieren zu können, um konkurrenzfähig zu sein - im laufenden Betrieb, aber auch in künftigen Generationen.

Im Interesse einer wettbewerbsorientierten Landwirtschaft und zur zukunftsfähigen Ausrichtung unserer Agrar- und Strukturpolitik darf es deshalb keine Anhebung der **obligatorischen Modulation** geben, genauso wenig wie die Einführung einer größenabhängigen progressiven Modulation.

(Beifall bei der FDP)

Die Beihilfen für die Landwirte müssen auch wirklich bei den Landwirten ankommen und dürfen nicht für andere Projekte in der zweiten Säule verwendet werden.

Des Weiteren darf kein Zweifel daran entstehen, dass die **Milchquotenregelung** am Ende ihrer Laufzeit **2015** endgültig abgeschafft wird. Angesichts veränderter agrarpolitischer Rahmenbedingungen hat die Quotenregelung bereits heute in wesentlichen Teilen ihre Berechtigung verloren.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend noch ein Wort zu Entkopplung und **Cross Compliance**. Ohne Frage verdient es Zustimmung, wenn im Zuge des Gesundheitschecks künftig den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Bioenergieerzeugung, Wasserbewirtschaftung und der Erhaltung der Biodiversität stärker Rechnung getragen werden soll. Gleichwohl müssen wir berücksichtigen, dass wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein den Weg weg von den betriebsindividuellen Prämien hin zu einheitlichen Flächenprämien schon sehr konsequent gegangen sind. Neuerliche Zugeständnisse an die europäischen Partner durch die Kommission wären daher kontraproduktiv. Wir brauchen nicht immer wieder mehr Regelungen und noch mehr Ausnahmen und in der Folge noch mehr Bürokratie bei der Umsetzung. Das Gegenteil ist richtig. Wir brauchen bei den Cross Compliance-Regelungen keine zusätzlichen Verpflichtungen.

Mit Standards sind wir gern einverstanden, mit extra Prüfkriterien nicht.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Nun hat Herr Kollege Klaus Klinckhamer von der Fraktion der CDU das Wort.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013 ist 2003 festgelegt worden, in 2008 eine Zwischenprüfung durchzuführen, den sogenannten Gesundheitscheck.

Wie ist die Situation der Landwirtschaft heute? - **Steigende Lebensmittelpreise** - vor allem ausgelöst durch stark gestiegene Preise für Getreide, Soja, Raps und Mais - tragen dazu bei, dass die armen Länder dieser Welt Nahrungsmittel kaum oder nicht mehr bezahlen können. Zu der ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass unsere **Milchbauern** keine **kostendeckenden Erzeugerpreise** erzielen. Die Demonstrationen der letzten Wochen haben dies noch einmal deutlich gemacht.

Auch den **Ferkelerzeugern** und den **Schweinemastbetrieben** geht es ähnlich. Ebenso hat auch die Landwirtschaft unter der Last der hohen **Energiepreise** zu leiden. Pflanzenschutz und Düngemittelpreise sind teilweise ins Unermessliche gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist die Landwirtschaft mehr denn je auf verlässliche Rahmenbedingungen bis 2013 angewiesen. Der aktive Landwirt muss sich auf das verlassen können, was man 2003 beschlossen hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich begrüße, dass der Minister dieser Landesregierung dies genauso sieht und klar zum Ausdruck gebracht hat. Dagegen gibt es von der EU-Kommission schon andere, für uns negative Aussagen. Herr Minister, wehren Sie diese Gefahr ab! Unsere Unterstützung haben Sie.

Wir begrüßen es dagegen, wenn die Überprüfung ergeben sollte, dass unsinnige **bürokratische Regelungen** gestrichen werden könnten. Die Agrarreform von 2003 wird heute von der Landwirtschaft weitestgehend akzeptiert. Deshalb darf an den Eckpfeilern dieser Reform nicht gerüttelt werden.

Die Entkopplung der Prämienzahlungen von der Produktion hat deutlich mehr **Marktwirtschaft** zugelassen, was wir alle grundsätzlich wollen und be-

(Klaus Klinckhamer)

grüßen. Mehr Marktwirtschaft bedeutet aber auch - dies gilt gerade für die Betriebsmittel, die der Landwirt kaum oder nicht beeinflussen kann - immer mehr Risiken und Schwankungen; siehe Energiepreise. Die **Prämienzahlungen**, die ab 2013 für Acker- und Grünland gleich sein werden, sind ein ganz entscheidender Stabilitätsfaktor.

Meine Damen und Herren, ich denke, gerade vor dem Hintergrund der in großen Teilen der Welt hungernden Bevölkerung und der Brandrodung großer wertvoller Tropenwälder um Bioenergie zu erzeugen, wird auch unserer und der EU-Bevölkerung klar, wie wichtig es ist, eine intakte funktionierende Landwirtschaft zu haben, die wertvolle gesunde Nahrungsmittel erzeugt.

Unser ländlicher Raum wäre ohne intakte Landwirtschaft überhaupt nicht denkbar. Es darf aber und kann nicht sein, dass durch die **Modulation** die zweite Säule zusätzlich gespeist wird. Auf Kosten der Betriebe kann nicht die Finanzierung des gesamten ländlichen Raumes aufgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Eine **Kofinanzierung aus Landesmitteln** wird der schleswig-holsteinische Haushalt wohl auch nicht verkraften können. Die Überlegungen der Europäischen Union, hier zusätzliche Modulationsmittel zu schaffen, kosten die Landwirtschaft zusätzlich gut 20 Millionen €. Dies lehnen wir ab.

Nun noch ein Wort zu **Cross Compliance**. Jährlich werden circa 1.000 Betriebskontrollen durchgeführt. Es wurden außer bei Tierkennzeichnungen kaum Verstöße festgestellt, so der Bericht des Ministeriums. Dieser Tatbestand ist außerordentlich zu begrüßen und zeigt, dass es hier keiner neuen Maßnahmen, sondern einer **Vereinfachung der Kontrollen** bedarf. Bei der beschlossenen **Abschaffung der Milchquotenregelung 2015** muss es bleiben.

Meine Damen und Herren, der Gesundheitscheck darf nicht dazu herhalten, auch nur in Teilen und Ansätzen zu einer vorzeitigen Reform zu kommen. Hier muss unser Ministerium mit dem Minister gegebenenfalls entschieden gegensteuern. Die Absicht und der Vorschlag der Europäischen Union, die progressive Modulation einzuführen, zeigen, dass hier Gefahr im Anflug ist. Wenn aber Cross Compliance dazu führt, überflüssige Bürokratie abzuschaffen, unterstützen wir dies jederzeit. Wir fühlen uns hier durch unseren Minister und durch die Landesregierung gut vertreten. Ich möchte mit einem Dank an das Ministerium für diesen deutlichen Bericht abschließen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Ulrike Rodust das Wort.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesundheitsscheck der europäischen Agrarpolitik soll nicht als neue Reform, sondern vielmehr als Überprüfung und Modifizierung alter Herangehensweisen interpretiert werden. Der **Health Check** ist ein Prozess, in den alle Interessenvertreter einbezogen werden, also auch wir, um am Ende das bestmögliche Ergebnis zu erreichen.

Im Wesentlichen formuliert die EU-Kommission in der Mitteilung drei Fragen: Erstens. Wie kann die **Betriebsprämienregelung** vereinfacht und effizienter gemacht werden? Die Empfehlung der Kommission lautet: Abkehr von den zurzeit üblichen Direktzahlungen, die sich auf frühere Einnahmen der Betriebe beziehen. Sie regt die Umstellung auf eine neue Regelung mit einheitlicheren Sätzen und damit weniger unterschiedlichen Zahlungssummen für die verschiedenen Empfänger an.

Zudem soll die bereits durchgeführte Entkopplung der Beihilfen von den produzierten Mengen auch in den Ländern vorangetrieben werden, die in einigen Agrarbereichen weiterhin nach diesem Verfahren zahlen.

Wir in Schleswig-Holstein haben uns für das **Regionalmodell** entschieden. Schleswig-Holstein spricht sich für die **Abschaffung der noch gekoppelten Prämien** aus, da das Fördervolumen relativ klein und der administrative Aufwand unverhältnismäßig groß ist. Ich begrüße dies und unterstütze die Forderung der Landesregierung, dass bei der Einbeziehung weiterer Sektoren in die Entkopplung eventuell freiwerdende Mittel den Mitgliedstaaten gemäß bisheriger Mittelinanspruchnahme zugewiesen werden.

Zweitens. Der zweite, wichtige Themenbereich beim Health Check der EU-Agrarpolitik betrifft die **Marktstützungsinstrumente**. Die Notwendigkeit zur Anpassung dieses Bereichs ergibt sich aus dem Wachstum der EU auf einen Staatenverbund mit mittlerweile 27 Mitgliedern. Auch wir sollten dies nicht ignorieren. Es gilt zu prüfen, ob die Schaffung eines wirksamen **Interventionssystems**, das seiner Funktion als Sicherheitsnetz gerecht wird und dabei

(Ulrike Rodust)

ohne subventionierte Verkäufe auskommt, ein realistisches Ziel ist.

Auch will die Kommission im Zuge des Health Checks herausfinden, ob die heute angewendeten Instrumente zur Angebotssteuerung tatsächlich ihren Zweck erfüllen und die EU zur angemessenen Reaktion auf **Marktsignale** befähigen.

Drittens. Schließlich geht die Kommission im dritten Teil ihrer Mitteilung auf die Möglichkeiten zur Bewältigung neuer Herausforderungen wie den Klimawandel, die Verwendung und Herstellung von Biokraftstoffen, die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und den Schutz der Artenvielfalt ein. Um den vielfältigen Risiken des Agrarmarktes begegnen zu können, sollen im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes Mittel für **Risikomanagementmaßnahmen** zur Verfügung gestellt werden.

Zudem soll die EU-Landwirtschaft, die bereits in der Vergangenheit durch verbesserte Produktionsmethoden und eine Verminderung des Rinderbestandes zum Kampf gegen den Klimawandel beigetragen hat, weitere Maßnahmen in diesem Bereich durchführen. Die Europäische Kommission schlägt eine **degressive Kürzung der Direktzahlungen** vor, bei der die Beihilfen für große Betriebe abhängig von der vorher gezahlten Summe verringert werden. Je höher die Direktzahlungen zuvor ausfielen, desto höher soll dann der Prozentsatz der Kürzung sein. Dieses Geld soll dann in die zweite Säule fließen.

Ich erinnere daran: Der EU-Haushalt wird von allen Steuerzahlern finanziert. Wenn einerseits unsere Landwirte am freien Markt mitwirken wollen, ist eine hohe Subvention der Betriebe dauerhaft nicht mehr zu verantworten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn wir andererseits die Höhe der Gelder im EU-Agrarhaushalt erhalten wollen, müssen wir gute Argumente haben, dass die für die Finanzen zuständigen Haushälter diese nicht kürzen. Die Antwort kann nur eine sein: die Stärkung des ländlichen Raums.

Mit der Stärkung der zweiten Säule ist die EU unserer Ansicht nach auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei SPD und SSW)

Mit den Geldern können wir den ländlichen Raum stärken, was allen - auch den Landwirten - zugute kommt. Damit können wir die nötige **Infrastruktur** fördern, um die Menschen im ländlichen Raum

halten zu können. Die Landwirte sollten darin endlich ihre Chance erkennen.

Schließlich sind solche Anreize nötig, um Fachkräfte auf die Höfe zu holen oder den eigenen Kindern Perspektiven bieten zu können, damit die den Hof mal übernehmen können.

Ohne Infrastruktur wie Kindergärten oder Schulen, Einkaufsmöglichkeiten oder Kulturangeboten, wird der ländliche Raum weiter ausbluten.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ulrike Rodust [SPD]:

Wir wollen die kleinen und mittelständischen Betriebe fördern. Daher begrüßen wir den Vorschlag im EU-Health Check.

Meine Redezeit ist um, und ich möchte Sie gern in den Urlaub entlassen. Deshalb kürze ich jetzt ab. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss, und ich hoffe, wir werden zu geeigneten Lösungen kommen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klinckhamer, Sie hatten in Ihren Ausführungen sinngemäß festgestellt: Der Health Check der EU-Kommission darf nicht zu einer vorzeitigen Beendigung der heutigen Agrarmarktordnung führen. Genau diese Auffassung teile ich auch. Ich habe aber eben versucht zu erläutern, dass dies im Rahmen der Milchmengenpolitik faktisch geschieht.

Meine Damen und Herren, **Agrarzahlungen** in der Zukunft, wenn denn hier so viel von Markt und Wettbewerb die Rede ist, dürfen sich nur noch an **ökologischen und sozialen Kriterien** orientieren. Wenn für das bloße Gießkannenprinzip, also nur für das Erzeugen, für die normale landwirtschaftliche Tätigkeit, Gelder zur Verfügung stehen, werden die Verbraucher und Steuerzahler fragen: Wofür denn bitte? Welcher Zweck wird mit diesem Geld bedient? Es ist schon immer unser Standpunkt gewesen, dass in der Agrarpolitik damit Schluss sein

(Detlef Matthiessen)

muss, die Gelder schlicht zu verstreuen, ohne gesellschaftliche Ziele damit zu bedienen.

Meine Damen und Herren, nach meiner Verfolgung der Tagesordnung ist dies der letzte Tagesordnungspunkt - nicht ganz - unserer Tagung vor den Sommerferien. Ich darf mich daher auf diese Ausführungen zu diesem Thema beschränken.

(Beifall)

Ich freue mich auf die Beratungen im Agrararusschuss.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW im Landtag hat der Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es vermutlich auch in drei Minuten schaffen. Um die Modernisierung der Europäischen Agrarpolitik weiter voranzubringen und sie für den Weltmarkt weiter fit zu machen, sieht die EU-Kommission, eine Evaluierung der bisherigen Maßnahmen vor. Damit soll untersucht werden, ob eine Feinjustierung notwendig ist und wie die Gestaltung und die Priorität ab 2013 aussehen soll.

Grundsätzlich halten wir diesen Gesundheitscheck für sinnvoll, da er uns frühzeitig vor bösen Überraschungen warnt. Schließlich war und ist die Reform der EU-Agrarpolitik eine wirkliche Reform des alten Systems. Darüber hinaus zeigt das Ergebnis des Gesundheitschecks, dass die neuen Herausforderungen wie zum Beispiel Klimawandel, Wassermanagement und der steigende Bedarf an Bioenergie jetzt aufgegriffen werden müssen.

Das **Ziel der Reform** ist die Entkopplung von Direktzahlungen und Produktionsprämien hin zu einer mehr **marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft**. Der SSW hat diese Reform immer konstruktiv begleitet und sich für die marktwirtschaftliche Ausrichtung ausgesprochen.

Natürlich ist uns klar, dass den Landwirten dies nicht immer geschmeckt hat. Aber man kann auf der einen Seite nicht immer nur nach dem Markt rufen und auf der anderen Seite an der alten Förderpolitik festhalten. Beides geht nicht. Aber ich glaube, dass man sich auch vonseiten der Landwirtschaft jetzt mit dieser Entwicklung abgefunden hat.

Auch wenn das **Regionalmodell** seinerzeit eine Kürzung für unsere Landwirte mit sich gebracht hat, macht der Bericht jetzt deutlich, dass diese Entscheidung richtig war. Denn wir können jetzt nachlesen, dass die Kommission das Regionalmodell positiv bewertet und diejenigen Mitgliedstaaten, die sich für das Standardmodell entschieden haben, die Möglichkeit bekommen sollen, zwischen 2009 und 2013 ihr System umzustellen. Damit haben unsere Landwirte einen Vorsprung im System, und die damalige rot-grüne Landesregierung hat seinerzeit die richtige Entscheidung getroffen.

Im Rahmen der Modulation werden die **Direktzahlungen** an die Landwirte gekürzt und fließen in die zweite Säule. Die Kommission schlägt nun, zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen, eine „**progressive**“ **Modulation** vor. Dies würde dazu führen, dass das Einkommen der Landwirte stärker sinkt, als ursprünglich vorgesehen. Die Landesregierung lehnt diese „progressive“ Modulation ab. Sie will sich dafür einsetzen, dass im gegebenen Fall dadurch keine zusätzlichen Landesmittel für die **Kofinanzierung** benötigt werden oder zumindest der Anteil der Kofinanzierung gesenkt wird. Angesichts der derzeitigen **Haushaltslage** können wir die Landesregierung durchaus verstehen. Jedoch sollten wir uns darauf einstellen, dass die „progressive“ Modulation kommen wird. Seit der Reform 2003 haben sich die Herausforderungen verschärft. Klimawandel, Wassermanagement, Bioenergien und die Erhaltung der biologischen Vielfalt haben seitdem an Bedeutung gewonnen.

Für diese Herausforderungen wird das Geld gebraucht und in die zweite Säule gesteckt werden müssen. Es wird unsere Aufgabe sein, die Politik der ländlichen Räume so zu gestalten, dass sie diese Herausforderung annehmen können.

Der Gesundheitscheck wird eine vorzeitige und tiefgreifende Reform mit sich ziehen. Jedoch stehen wir schon seit 2003, wie ich bereits gesagt habe, vor neuen Herausforderungen, die wir nicht einfach beiseite schieben können. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen und dürfen nicht im alten planwirtschaftlichen System verharren. - Vielen Dank. 2 Minuten und 10 Sekunden bleiben übrig.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich unterstelle, dass der Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2137,

(Präsident Martin Kayenburg)

dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung vorgelegt werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Konsequenzen aus der Neufassung des § 46 SGB II

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2145 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Nach der Übereinkunft zwischen den Fraktionen, dass die Berichterstattung gegenüber dem Sozialausschuss erfolgen soll, schlage ich Abstimmung in der Sache in der so modifizierten Fassung des Antrags Drucksache 16/2145 (neu) vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 16/2173

Wir werden über die Tagesordnungspunkte, für die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, in einer Gesamtabstimmung beschließen. Voraussetzung ist, dass niemand widerspricht. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wir kommen also zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 16/2173 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

Damit schließe ich die letzte Sitzung vor der Sommerpause, nicht ohne zu verkünden, dass der Beginn der 35. Tagung des Landtags am 10. September 2008 um 10.00 Uhr sein wird. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, den Mitgliedern der Regierung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine angenehme, erholsame und friedvolle Sommerpause. Danach sehen wir uns hier zu den üblichen Diskussionen wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

Schluss: 13:53 Uhr